



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

99. Sitzung

5. Wahlperiode

Mittwoch, 7. Juli 2010, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel,
Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses
	- Drucksache 5/3609 - 8
Änderung der Tagesordnung 4	Beschluss 8
Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT 4	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Kreisstrukturgesetz) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) - Drucksache 5/2683 - 8
Aktuelle Stunde Volkes Wille achten – Volksbeteiligung zur Kreisgebietsreform 4	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses - Drucksache 5/3599 - 8
Udo Pastörs, NPD 4	Änderungsantrag des Abgeordneten Peter Ritter, Fraktion DIE LINKE - Drucksache 5/3601 - 8
Heinz Müller, SPD 5	Änderungsantrag der Abgeordneten Detlef Müller, Dr. Margret Seemann, Dr. Till Backhaus, Fraktion der SPD, Gabriele Měšťan, Fraktion DIE LINKE, und Dr. Armin Jäger, Fraktion der CDU - Drucksache 5/3603 - 8
Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Errichtung von Dataport als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) - Drucksache 5/3471 - 8	

Änderungsantrag der Abgeordneten Toralf Schnur, Michael Rooff und Gino Leonhard, Fraktion der FDP – Drucksache 5/3604 – 8	Änderungsantrag der Abgeordneten Vincent Kokert, Fraktion der CDU, und Dr. Klaus-Michael Körner, Fraktion der SPD – Drucksache 5/3633 – 8
Änderungsantrag der Abgeordneten Toralf Schnur, Michael Rooff und Gino Leonhard, Fraktion der FDP – Drucksache 5/3605 – 8	Änderungsantrag des Abgeordneten Sebastian Ratjen, Fraktion der FDP – Drucksache 5/3639 – 8
Änderungsantrag des Abgeordneten Gino Leonhard, Fraktion der FDP – Drucksache 5/3606 – 8	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes über die Zuordnung von Aufgaben im Rahmen der Landkreisneuordnung (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 5/2684 – 8
Änderungsantrag der Abgeordneten Sigrun Reese, Fraktion der FDP – Drucksache 5/3607 – 8	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 5/3600 – 8
Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD – Drucksache 5/3614 – 8	Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD – Drucksache 5/3615 – 8
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/3616 – 8	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/3617 – 8
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/3618 – 8	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/3622 – 8
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/3619 – 8	Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD – Drucksache 5/3626 – 8
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/3620 – 8	Dr. Gottfried Timm, SPD 9
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/3621 – 8	Ministerpräsident Erwin Sellering 11
Änderungsantrag der Abgeordneten Wolf-Dieter Ringguth, Jürgen Seidel, Fraktion der CDU, und Rudolf Borchert, Fraktion der SPD – Drucksache 5/3624 – 8	Harry Glawe, CDU 13
Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD – Drucksache 5/3625 – 8	Peter Ritter, DIE LINKE 15, 52
Änderungsantrag der Fraktion der NPD – Drucksache 5/3627 – 8	Minister Lorenz Caffier 21
Änderungsantrag der Fraktion der NPD – Drucksache 5/3628 – 8	Heinz Müller, SPD 29
Änderungsantrag des Abgeordneten Toralf Schnur, Fraktion der FDP – Drucksache 5/3629 – 8	Gino Leonhard, FDP 34
Änderungsantrag der Abgeordneten Beate Schlupp, Fraktion der CDU – Drucksache 5/3631 – 8	Torsten Renz, CDU 38
Änderungsantrag der Abgeordneten Egbert Liskow und Jörg Vierkant, Fraktion der CDU – Drucksache 5/3632 – 8	Stefan Köster, NPD 46
	Thomas Schwarz, SPD 49
	Toralf Schnur, FDP 49
	Barbara Borchardt, DIE LINKE 50
	Detlef Müller, SPD 51
	B e s c h l u s s 55-61, 75-84
	Erklärung zur Abstimmung durch die Abgeordnete Beate Schlupp, CDU, gemäß § 96 GO LT 62
	Erklärung zur Abstimmung durch den Abgeordneten Udo Timm, CDU, gemäß § 96 GO LT 62
	B e s c h l u s s 62, 65, 85

Gesetzentwurf der Landesregierung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung
der Mitwirkung der Seniorinnen und
Senioren am gesellschaftlichen Leben
in Mecklenburg-Vorpommern (Senioren-
mitwirkungsgesetz M-V – SenMitwG M-V)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– Drucksache 5/3094 – 66

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit**

– Drucksache 5/3602 – 66

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

– Drucksache 5/3630 – 66

Ralf Grabow, FDP 66

Ministerin Manuela Schwesig 66

Günter Rüks, CDU 67

Irene Müller, DIE LINKE 68

Jörg Heydorn, SPD 70

Stefan Köster, NPD 71

Toralf Schnur, FDP 71

B e s c h l u s s 72

**Erklärung zur Abstimmung durch den
Abgeordneten Ralf Grabow, FDP,
gemäß § 96 GO LT**

..... 73

Nächste Sitzung

Donnerstag, 8. Juli 2010 74

Beginn: 10.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 99. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 99., 100. und 101. Sitzung liegt Ihnen vor.

Im Ältestenrat bestand Einvernehmen darüber, den Tagesordnungspunkt 16 mit dem Tagesordnungspunkt 19 zu tauschen. Wird der so geänderten vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 99., 100. und 101. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion der NPD hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Volkes Wille achten – Volksbeteiligung zur Kreisgebietsreform“ beantragt.

**Aktuelle Stunde
Volkes Wille achten –
Volksbeteiligung zur Kreisgebietsreform**

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Herr Abgeordneter Pastörs für die Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Komödie um die Neuwahl des Bundespräsidenten in der letzten Woche könnte Pate gestanden haben für das, was sich hier in Mecklenburg-Vorpommern in Bezug auf die Kreisgebietsreform abgespielt hat.

(Reinhard Dankert, SPD:
Sie haben doch mitgespielt.)

Das eine wie das andere, man muss schon sagen, Theaterstück wird unter Ausschluss der Bevölkerung von oben durchgedrückt. Uns Nationale verwundert nicht, dass die größten Schreihälse für eine Kreisgebietsreform die gleichen sind, die noch vor wenigen Jahren diese sogenannte Reform in Bausch und Bogen ablehnten. Als Oberchamäleon in dieser Sache kann hier beispielhaft der CDU-Innenminister Caffier genannt werden.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Sie, Herr Caffier, sind es, der sich mit ungläublicher Arroganz einer Reform verschrieben hat, die keine ist. Originalton Caffier vor genau einem Jahr in einer Dringlichkeitssitzung hier in diesem Hause, Zitat: „Die Bürger werden die Namen und die Sitze der neuen Landkreise durch Bürgerentscheide selbst bestimmen dürfen. Das ist deutschlandweit einmalig.“ Zitatende, Herr Caffier. Das, was Sie hier im Zusammenhang mit den Sozis von der SPD jetzt durchziehen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die Sozialdemokraten meinen Sie, ja?)

ist wirklich deutschlandweit einmalig, meine Damen und Herren.

Aber auch der edle Ritter von den Postkommunisten

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, Post kriege ich jeden Tag.)

ist in Bezug auf Bürgerentscheid umgefallen, Herr Ritter, und dies erstaunlich geräuschlos. Es war ja eben DIE LINKE, Herr Professor Methling,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja?)

und Sie ganz vorne mit dabei,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja.)

die kategorisch auf einen Bürgerentscheid bestand, um jetzt stromlinienförmig wie immer gemeinsam mit der restlichen Blockparteienbrühe in dieselbe Richtung zu fließen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Muss man sich das gefallen lassen?)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs!

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Udo Pastörs, NPD: Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs, ich bitte Sie, einen Moment zu unterbrechen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Bitte lassen Sie diese diskreditierenden Äußerungen in Bezug auf die Abgeordneten, die hier im Haus ...

(Reinhard Dankert, SPD: Wir wissen ja, dass wir uns nicht mögen.)

Udo Pastörs, NPD: Nein, meine ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: ... Repräsentanten der Bevölkerung von Mecklenburg-Vorpommern sind. Und ich weise ebenso zurück Ihren unparlamentarischen Vergleich in Bezug auf den Innenminister.

Udo Pastörs, NPD: Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wollen keine mündigen Bürger, Sie wollen auf allen Ebenen der politischen Entscheidungsfindung unter Ausschluss des Volkes nur Ihre Pfründe sichern.

(Reinhard Dankert, SPD:
Wir wollen keine NPD.)

Die Bürger unseres Landes mitbestimmen zu lassen – das haben Sie erkannt –, würde für Sie, also die Apparatschiks dieses Systems, ein großes Risiko bedeuten. Die Kreisgebietsreform wird kommen und ihre Ausgestaltung wird ausschließlich von der CDU-SPD-Regierung definiert sein.

Die ganze, ja, Charakterlosigkeit der sogenannten herrschenden Klasse des Landes wird jedem noch einmal deutlich vor Augen geführt, der sich näher mit der Notwendigkeit dieser Gebietsreform beschäftigt. Überschuldung – vom Juli bis Oktober 2009 ging eine wahre Flut an Stellungnahmen hier im Landtag ein. 144 Verbände, 12 Kreise, 6 kreisfreie Städte, 35 amtsfreie Städte und Gemeinden, 78 Ämter und 777 amtsangehörige Städte und Gemeinden wurden angeschrieben. Auf diese insgesamt über 1.000 Schreiben gingen 161 Stellungnahmen ein und zusätzlich wurden 4 Stellungnahmen unaufgefordert vorgelegt.

All dies war, wie wir heute wissen, ein reines Showprogramm. Sie, meine Damen und Herren der Landesregierung, können schon längst nicht mehr Politik gestalten. Sie sind bankrott. Sie können nur noch reagieren und nicht mehr agieren. Aktion ist jedoch der Primat von Gestaltungswille.

(Zurufe von Wolfgang Griese, DIE LINKE,
und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Sie versuchen durch Zentralisierung, zum Nachteil des Bürgers

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Konzentrierungen durchzuführen, die, was die Einsparungseffektivität angeht, höchst zweifelhaft sind.

Zum Abschluss noch ein paar Worte zu den LINKEN zu meiner Linken.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja?)

Herr Fraktionsvorsitzender Holter: erst hü, dann hott –

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

wie im Reichstag letzte Woche.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Na, Ihr Auftritt war ja auch gerade berauschend.)

Und Herr Ritter und Sie selbst rührten kräftig die Werbetrommel für eine Bürgerbeteiligung, wurden alsdann über Nacht fahnenflüchtig und verkündeten laut Pressemitteilung vom 10. Mai des Jahres dem Sinne nach, das Volk habe den Mund zu halten, der Gesetzgeber, also die hier im Landtag vertretenen Parteien allein, sollte über die zukünftigen Kreissitze entscheiden. Was für ein Widerspruch!

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Wenn wir entscheiden könnten,
würden Sie schon längst verboten sein.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren der LINKEN, was sind Sie doch für eine, ich muss schon sagen, Heuchlerbande, Herr Holter.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Es gibt nur eine Bande.)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, die Kreisgebietsreform wird zum Nachteil aller Bürger kommen. Es wird eine Kreisgebietsreform sein, die die Bürger unseres ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs, Ihre Rede...

(Der Abgeordnete Udo Pastörs
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Ihre Rede...

(Der Abgeordnete Udo Pastörs
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Jetzt rede ich, Herr Pastörs.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Ich habe gesagt, jetzt rede ich. Jetzt hören Sie mir bitte zu!

(Der Abgeordnete Udo Pastörs
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Herr Pastörs, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Es steht Ihnen nicht zu, hier meine Anweisungen zu kommentieren oder irgendwie zu bewerten. Sie haben Ihre Redezeit überschritten und ich weise den Ausdruck „Heuchlerbande“, den Sie eben verwandt haben, zurück,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

erteile Ihnen dafür einen zweiten Ordnungsruf

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, der hat einfach kein Benehmen, der Mann.)

und mache Sie darauf aufmerksam, dass ein weiterer Ordnungsruf nach sich zieht, dass Ihnen für die heutige Sitzung die Redemöglichkeit entzogen wird. Bitte nehmen Sie wieder Platz.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Herr Abgeordneter Pastörs!

(Der Abgeordnete Udo Pastörs
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Eh, wer sind Sie denn? Setzen Sie sich hin, Herr Pastörs!
Haben Sie überhaupt keinen Anstand? –
Zurufe aus dem Plenum:
Ausmachen! Ausmachen!)

Herr Abgeordneter Pastörs,

(Der Abgeordnete Udo Pastörs beendet seine
Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. –
lang anhaltender Beifall bei
Abgeordneten der Fraktion der NPD)

ich habe Ihnen mitgeteilt, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist. Ich habe Sie aufgefordert, sich hinzusetzen. Sie sind dieser Anweisung nicht nachgekommen. Sie haben hier die Möglichkeit missbraucht, um Ihre Rede trotzdem fortzusetzen. Das ist ein grober Verstoß gegen die Ordnung und gegen die Würde des Hauses. Herr Pastörs, ich erteile Ihnen den dritten Ordnungsruf und damit haben Sie heute kein Rederecht mehr.

(Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank, gnädige Frau! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und raus! –
lang anhaltender Beifall bei
Raimund Frank Borrmann, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Abgeordneter Borrmann, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

(Stefan Köster, NPD: Und warum? –
Udo Pastörs, NPD: Begründen Sie das doch mal! Präsidialdiktatur wird hier abgezogen.
Sie haben Angst, dass wir reden. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Raus mit ihm! Raus mit ihm!)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller für die Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Die Sonne scheint ins Kellerloch.)

Der von mir ganz und gar nicht geschätzte Kollege Pastörs hat soeben die Wahl des Bundespräsidenten, also unseres Staatsoberhauptes, wie ich fand, versucht in den Dreck zu ziehen,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

und versuchte es hinzustellen als ein Schmierentheater.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sprechen
hier von Schmierereien!)

Ich darf dazu feststellen, Herr Pastörs, ich bin sicher, dass ich hier für alle Demokraten spreche, wenn ich sage, dass wir mit Christian Wulff und Dr. Joachim Gauck

(Zurufe von Stefan Köster, NPD,
und Tino Müller, NPD)

zwei außerordentlich ehrenwerte und außerordentlich qualifizierte Bewerber für dieses Amt gehabt haben

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Helmut Holter, DIE LINKE: Es gab noch
eine dritte Bewerberin. – Zuruf von
Barbara Borchardt, DIE LINKE)

und dass wir am Ende eine Entscheidung gehabt haben in einem absolut demokratischen Prozess, die eine Mehrheitsentscheidung ist – und so gehört sich das in einer Demokratie. Deswegen wünschen wir dem, der gewonnen hat, und das ist unser neues Staatsoberhaupt Christian Wulff, selbstverständlich im Amt alles Gute.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und FDP)

Dieses, meine Damen und Herren, war ein demokratischer Akt und hat überhaupt nichts damit zu tun, Herr Pastörs, was Sie unter Demokratie verstehen.

(Udo Pastörs, NPD: Da habe ich
meine Zweifel, Herr Müller.)

Sie verstehen davon nämlich nichts. Und wenn Sie ehrlich sind, wollen Sie sie auch gar nicht. Was soll also das Geheuchel?

(Stefan Köster, NPD: Seit wann sind Sie
sich einig? Das wäre ja das erste Mal.)

Aber lassen Sie uns, meine Damen und Herren, auf das Thema Kreisgebietsreform, auf das Thema Verwaltungsreform und die Einbeziehung der Bevölkerung eingehen.

Meine Damen und Herren, wir stehen heute hier und werden in wenigen Augenblicken die Zweite Lesung zu diesen beiden Gesetzen hier vollziehen am Ende eines über Jahre laufenden Prozesses. Wir haben in diesem Prozess Anhörungen durchgeführt und wir haben uns mit Betroffenen unterhalten.

(Udo Pastörs, NPD:
Das ist ein Theaterstück hier.)

Bei Ihnen ist das vielleicht Theater, bei anderen keineswegs, Herr Pastörs.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, alles Theaterstück.)

Bei anderen keineswegs.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind ein
guter Schauspieler. Aber nicht so gut,
dass man Sie nicht durchschaut.)

Sie sollten nicht so sehr von sich auf andere schließen.

Wir haben vor Ort in den Wahlkreisen – und viele von uns auch außerhalb des eigenen Wahlkreises – eine Fülle von Veranstaltungen zu diesem Thema gemacht. Wir haben einen großen und wir haben einen sehr umfassenden Diskussionsprozess zu diesem Projekt durchgeführt, und dieses seit vielen Jahren. Es hat vielen von uns Kraft gekostet

(Udo Pastörs, NPD: Dass ich nicht lache!)

und es gab sehr viele kontroverse und unterschiedliche Meinungen in diesem Prozess. Nur eine Stimme habe ich in diesem Prozess fast – ich betone, fast – nie gehört, das war die Stimme der NPD.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
So ist es.)

Ob im Innenausschuss oder in der Enquetekommission, Sie haben sich da hingesetzt ...

(Udo Pastörs, NPD: Wir lehnen das
ab, was Sie da zu Papier bringen.)

Sie haben sich dahingesetzt und haben sich an fachlichen, an inhaltlichen Diskussionen in keiner Weise beteiligt.

(Udo Pastörs, NPD: Wir haben
demonstriert und unsere Aktionen
auf der Straße gemacht. So ist das.)

Sie haben keinen einzigen inhaltlichen Vorschlag,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Genauso war es.)

Sie haben keine einzige inhaltliche Vorstellung, wie Verwaltungsreform denn aussehen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und ich sage es Ihnen noch einmal: Sie haben nicht mal ein Interesse daran,

(Stefan Köster, NPD: Sie sind unwissend,
Herr Müller, absolut unwissend. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Und das sagt Herr Köster!)

überhaupt vernünftige Vorstellungen für die zukünftige Gestaltung unserer Verwaltung zu entwickeln. Sie wollen, und das sagen Sie doch ganz offen, dass dieses System zusammenbrechen soll. Und jemand, der erwartet, dass das System zusammenbricht,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und
Raimund Frank Borrmann, NPD)

der wird natürlich nicht daran mitarbeiten, dieses System besser zu machen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Was wir wollen, wir, die Demokraten, ist, die Verwaltung reformieren,

(Udo Pastörs, NPD: Auch an den
Früchten können wir Sie erkennen.)

die Verwaltung besser machen. Das ist nicht Ihr Interesse. Das kann gar nicht Ihr Interesse sein und so haben Sie sich konsequent verhalten. Sie sitzen da und halten Maulaffen feil. Vielmehr können Sie auch gar nicht. So.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Udo Pastörs, NPD: Ist lächerlich,
was Sie da bringen. – Zuruf von
Raimund Frank Borrmann, NPD)

Und wer am Ende eines solchen Prozesses – wie gesagt, heute ist die Zweite Lesung –

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

sich hinstellt und sagt, wir haben vor zwei Jahren ja mal in der Enquetekommission ein Gutachten gefordert, was die Enquetekommission übrigens mit guten Gründen abgelehnt hat, wir haben ein Gutachten gefordert,

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Stefan Köster, NPD)

wie man denn die Kreise möglichst von Aufgaben völlig entblößen kann,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und zwar ohne gegen die Verfassung zu verstoßen. Das war Ihr einziger Beitrag zum Thema Verwaltungsreform. Und dieses, meine Damen und Herren, wollen wir nicht.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das ist eine Alternative.)

Sie haben sich also an dieser Diskussion nur mit einem – ich darf das mal so salopp sagen – wenig sinnvollen Vorschlag beteiligt.

(Stefan Köster, NPD: Das fordern
Gemeinde- und Stadtvertreter auch.)

Und am Ende dieses Prozesses stellen Sie sich als die guten Menschen hin und sagen, wir verlangen, dass das Volk mitredet. Das, meine Herren, ist nichts anderes als Heuchelei und soll nur von Ihrer eigenen Untätigkeit und Unfähigkeit ablenken.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Das alles wäre ja schon schlimm genug ...

(Stefan Köster, NPD: Herr Müller, unfähig
sind Sie! – Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das wissen Sie, Herr Köster, genau, ne?! –
Udo Pastörs, NPD: Das ist richtig.)

Das alles wäre schon schlimm genug ...

Das von Ihnen zu hören, ist für mich ein Kompliment. Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Das alles wäre ja schon schlimm genug, von eigener Unfähigkeit und Untätigkeit abzulenken.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber, meine Damen und Herren, schauen wir noch mal eine kleine Stufe weiter oder vielleicht zwei: Die NPD sagt, wir wollen die Beteiligung des Volkes. Meine Damen und Herren, was versteht die NPD eigentlich unter Volk?

(Michael Andrejewski, NPD: Das deutsche
Volk! – Irene Müller, DIE LINKE:
Das kann man nachlesen. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wollen wir, bevor wir – und das haben Sie uns mit Anträgen noch in der letzten Sitzung deutlich gemacht – mit dem Volk

(Stefan Köster, NPD: Im Land der Deutschen.)

über die Verwaltungsreform reden, vielleicht Rassemerkmale feststellen,

(Udo Pastörs, NPD: Hören Sie
doch mal mit diesem Blödsinn auf!)

ob sie denn wirklich ethnisch Deutsche sind, damit sie Rechte haben? Nein, meine Herren, das wollen wir keinesfalls.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Und ein Weiteres sage ich Ihnen hier in aller Klarheit: Wer Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht ganz eindeutig ablehnt,

(Udo Pastörs, NPD: So, wie Sie das
ablehnen. So, wie Sie das ablehnen. –
Raimund Frank Borrmann, NPD: Sie
haben das gemacht, Herr Müller, geben
Sie das zu! Sie haben das gemacht.)

sondern wer dazu mit Worten schweigt und wer sie in Taten praktiziert, der soll sich hier nicht hinstellen und von der Beteiligung des Volkes reden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Was würden Sie denn tun, wenn das Volk eine andere Meinung vertritt als Ihre? Auch drauf eintreten, Herr Köster?

(Stefan Köster, NPD: Das ist doch lächerlich! –
Udo Pastörs, NPD: Sie respektieren, diese
Meinung. Das ist doch ganz klar. Sie
respektieren. – Michael Andrejewski, NPD:
Wir wollen eine Volksabstimmung.)

Sie wenden Gewalt gegen Menschen an, die anders denken als Sie. Und wer so handelt, wer Gewalt als Mittel der Politik akzeptiert und praktiziert, der soll hier nicht von der Einbeziehung des Volkes reden.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist doch lächerlich!)

Das ist reine Heuchelei!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Und deswegen, meine Herren ...

(Udo Pastörs, NPD: Sagen Sie mal
was zur Kreisgebietsreform, Herr Müller! –
Stefan Köster, NPD: Und zur Volksbeteiligung.)

Dazu werde ich nachher sehr viel sagen und dazu werden andere etwas sagen. Aber das wird dann eine fachliche und eine sachliche Diskussion,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, wie
man sie kennt. Bla, bla, bla!)

und nicht Ihr Geschwätz.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wer, meine Herren von der NPD, über Tierschutz redet,

(Udo Pastörs, NPD:
Jetzt kommt der Tierschutz.)

das kann man ja sagen, ist ja gut, feiner Tierschutz. Aber wer hunderttausendfach wegen Tierquälerei bestraft ist, und Sie als eine Partei, die sich als geistige Nachfolger der deutschen Nationalsozialisten verstehen,

(Udo Pastörs, NPD:
Blödsinn! Absolut Blödsinn!)

wer sich selbst in diese Tradition stellt, der ist, um im Bilde zu bleiben,

(Udo Pastörs, NPD: Reden Sie zur Sache! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

millionenfach der Tierquälerei überführt

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und der soll sich nicht für den Vorsitz im Tierschutzverein bewerben.

(Udo Pastörs, NPD:
Sie sind ja absolut besoffen!)

Das ist absolut daneben und das spielen wir nicht mit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Errichtung von Dataport als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, auf Drucksache 5/3471, hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3609.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag
zur Änderung des Staatsvertrages über die
Errichtung von Dataport als rechtsfähige
Anstalt des öffentlichen Rechts**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 5/3471 –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses**
– Drucksache 5/3609 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Errichtung von Dataport als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts auf Drucksache 5/3471. Der Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 5/3609 unverändert anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 5/3471 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 5/3471 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3** und hier 3 a): Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 5/2683, und hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 5/3599, in Verbindung mit 3 b): Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Zuordnung von Aufgaben im Rahmen der Landkreisneuordnung, auf Drucksache 5/2684, und hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 5/3600.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegen Ihnen folgende Änderungsanträge vor: Änderungsantrag des Abgeordneten Peter Ritter auf Drucksache 5/3601, Änderungsantrag der Abgeordneten Detlef Müller, Dr. Margret Seemann, Dr. Till Backhaus, Gabriele Měšťan und Dr. Armin Jäger auf Drucksache 5/3603, Änderungsanträge der Abgeordneten Toralf Schnur, Michael Roolf und Gino Leonhard auf den Drucksachen 5/3604 und 5/3605, Änderungsantrag des Abgeordneten Gino Leonhard auf Drucksache 5/3606, Änderungsantrag der Abgeordneten Sigrun Reese auf Drucksache 5/3607, Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und SPD auf den Drucksachen 5/3614 und 5/3615, Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE auf den Drucksachen 5/3616, 5/3617, 5/3618, 5/3619, 5/3620, 5/3621 sowie 5/3622, Änderungsantrag der Abgeordneten Wolf-Dieter Ringguth, Jürgen Seidel und Rudolf Borchert auf Drucksache 5/3624, Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und SPD auf den Drucksachen 5/3625 und 5/3626, Änderungsanträge der Fraktion der NPD auf den Drucksachen 5/3627 und 5/3628, Änderungsantrag des Abgeordneten Toralf Schnur auf Drucksache 5/3629, Änderungsantrag der Abgeordneten Beate Schlupp auf Drucksache 5/3631 und Änderungsantrag der Abgeordneten Egbert Liskow und Jörg Vierkant auf Drucksache 5/3632.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung
zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise
und kreisfreien Städte des Landes
Mecklenburg-Vorpommern
(Kreisstrukturgesetz)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 5/2683 –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses**
– Drucksache 5/3599 –

**Änderungsantrag des Abgeordneten
Peter Ritter, Fraktion DIE LINKE**
– Drucksache 5/3601 –

**Änderungsantrag der Abgeordneten
Detlef Müller, Dr. Margret Seemann,
Dr. Till Backhaus, Fraktion der SPD,
Gabriele Měšťan, Fraktion DIE LINKE,
und Dr. Armin Jäger, Fraktion der CDU**
– Drucksache 5/3603 –

**Änderungsantrag der Abgeordneten
Toralf Schnur, Michael Roolf und
Gino Leonhard, Fraktion der FDP**
– Drucksache 5/3604 –

**Änderungsantrag der Abgeordneten
Toralf Schnur, Michael Roolf und
Gino Leonhard, Fraktion der FDP**
– Drucksache 5/3605 –

**Änderungsantrag des Abgeordneten
Gino Leonhard, Fraktion der FDP**
– Drucksache 5/3606 –

**Änderungsantrag der Abgeordneten
Sigrun Reese, Fraktion der FDP**
– Drucksache 5/3607 –

**Änderungsantrag der Fraktionen
der CDU und SPD**
– Drucksache 5/3614 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/3616 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/3618 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/3619 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/3620 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/3621 –

Änderungsantrag der Abgeordneten
Wolf-Dieter Ringguth, Jürgen Seidel,
Fraktion der CDU, und
Rudolf Borchert, Fraktion der SPD
– Drucksache 5/3624 –

Änderungsantrag der Fraktionen
der CDU und SPD
– Drucksache 5/3625 –

Änderungsantrag der Fraktion der NPD
– Drucksache 5/3627 –

Änderungsantrag der Fraktion der NPD
– Drucksache 5/3628 –

Änderungsantrag des Abgeordneten
Toralf Schnur, Fraktion der FDP
– Drucksache 5/3629 –

Änderungsantrag der Abgeordneten
Beate Schlupp, Fraktion der CDU
– Drucksache 5/3631 –

Änderungsantrag der Abgeordneten
Egbert Liskow und Jörg Vierkant,
Fraktion der CDU
– Drucksache 5/3632 –

Änderungsantrag der Abgeordneten
Vincent Kokert, Fraktion der CDU,
und Dr. Klaus-Michael Körner,
Fraktion der SPD
– Drucksache 5/3633 –

Änderungsantrag des Abgeordneten
Sebastian Ratjen, Fraktion der FDP
– Drucksache 5/3639 –

Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes über
die Zuordnung von Aufgaben im
Rahmen der Landkreisneuordnung
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 5/2684 –

Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
– Drucksache 5/3600 –

Änderungsantrag der Fraktionen
der CDU und SPD
– Drucksache 5/3615 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/3617 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/3622 –

Änderungsantrag der Fraktionen
der CDU und SPD
– Drucksache 5/3626 –

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Verfahren Folgendes anmerken: Die Fraktionen haben sich im Ältestenrat auf folgendes Verfahren verständigt. Wir werden nach der verbundenen Aussprache eine Sitzungsunterbrechung von 30 Minuten vorsehen, um die Abstimmungen vorzubereiten. Es liegen Ihnen mittlerweile eine Reihe von Änderungsanträgen vor. Sollten noch weitere Änderungsanträge in Vorbereitung sein, möchte ich darauf hinweisen, dass diese spätestens bis zum Schluss der Beratung eingereicht sein müssen, das heißt bis zur Sitzungsunterbrechung, vorliegen.

Ich werde bei der Abstimmung der einzelnen Vorschriften zunächst über den Änderungsantrag oder die zu der entsprechenden Vorschrift vorliegenden Änderungsanträge abstimmen lassen. Mehrere gleichlautende Änderungsanträge in Bezug auf die festzulegenden Kreissitze werden gleichzeitig zur Abstimmung gestellt. Mehrere unterschiedliche Änderungsanträge zu einer Vorschrift werden gleichzeitig aufgerufen und jedes Mitglied der Landtages hat die Möglichkeit, zu einem Kreissitz durch Aufstehen vom Platz aus den Namen des jeweiligen Kreissitzes zu sagen oder mit Nein oder Enthaltung zu stimmen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Das Wort zur Berichterstattung hat jetzt der Vorsitzende des Innenausschusses Herr Dr. Gottfried Timm.

Dr. Gottfried Timm, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Innenausschuss hat Ihnen zwei Beschlussempfehlungen vorgelegt, die eine zum Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern und die andere zum Entwurf eines Gesetzes über die Zuordnung von Aufgaben im Rahmen der Landkreisneuordnung. Beide Gesetzentwürfe hat die Landesregierung am 16. Juli 2009 – also fast vor einem Jahr – in den Landtag eingebracht, welche wir dann im Innenausschuss und auch in den mitberatenden Ausschüssen ein Jahr lang intensiv beraten haben.

Am Ende der Beratungen sind von den Abgeordneten im Innenausschuss 106 Änderungsanträge und 3 Entschließungsanträge eingebracht worden, von denen 91 Änderungsanträge angenommen und in die Beschlussempfehlungen aufgenommen worden sind. Allein daran ist erkennbar, wie intensiv die Mitglieder des Innenausschusses die beiden Gesetzesvorhaben durchgearbeitet haben. Aber auch die mitberatenden Ausschüsse haben konzentriert gearbeitet und dem federführenden Innenausschuss Änderungen zu den Gesetzentwürfen vorgeschlagen.

Bereits in seiner 70. Sitzung im Juli 2009 verständigte sich der Innenausschuss auf einer öffentlichen Anhörung zu beiden Gesetzentwürfen. Daraufhin wurde ein umfangreiches Anhörungsverfahren durchgeführt. Es wurden jeweils zu den Gesetzentwürfen alle Landkreise, kreisfreien Städte, Gemeinden und Ämter des Landes Mecklenburg-Vorpommern angeschrieben und um eine schriftliche Stellungnahme gebeten. Außerdem wurden 144 Verbände, Institutionen und Organisationen um ihre Meinung gebeten. Im Ergebnis sind dann 270 Stellungnahmen zu den Gesetzentwürfen eingegangen, die

von den Mitarbeitern des Ausschussesekretariates aufbereitet und ausgewertet wurden. Diese Auswertung ist dem Landtag jeweils als Zwischenbericht zu den beiden Gesetzesvorhaben mit dem Datum vom 23. November 2009 vorgelegt worden.

Im Dezember des vergangenen Jahres gab es dann eine umfangreiche über vier Tage sich erstreckende mündliche Anhörung. Über 70 Sachverständige sind den Einladungen des Innenausschusses gefolgt und haben im Plenarsaal ihre Auffassungen vorgetragen, Fragen der Abgeordneten beantwortet und Meinungen zu einzelnen Details der Gesetzentwürfe ausgetauscht.

Deutlich geworden ist, meine Damen und Herren, dass ganz überwiegend der Reformbedarf an der öffentlichen Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern anerkannt worden ist. Besonders die Finanzlage des Landes und der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern erfordere die Entwicklung

(Udo Pastörs, NPD: Bankrotteure!)

von effektiven und effizienten Verwaltungsstrukturen im Lande. Allerdings gab es eine Vielzahl verschiedener und weit auseinanderlaufender Vorschläge, wie diesem Reformbedarf durch den Gesetzgeber dann konkret begegnet werden soll.

Es wurde dann das Anhörungsverfahren für beide Gesetzentwürfe mit spezielleren Fragestellungen an zwei Tagen im Mai 2010 fortgeführt. Hierzu wurden erneut alle Landkreise, kreisfreien Städte und Kreistagspräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie die Kreissitzstädte und Gemeinden des Amtes Demmin-Land und wiederum etliche Verbände, Organisationen und Institutionen angeschrieben und erneut um eine schriftliche Stellungnahme zu den gestellten Fragen gebeten. 75 Anzuhörende erschienen bei der Anhörung und haben in einer mündlichen Erörterung verschiedene Fragen mit uns diskutiert, unter anderem Fragen zur Kreissitzbestimmung und zum Kreisnamen sowie Fragen zum Personalübergang und Weiteres.

Einen Schwerpunkt bildete die Erörterung des Verbandsmodells und die Übertragung weiterer Aufgaben sowie weitere Schwerpunkte im Bereich der Personalangelegenheiten im Ganzen. Aufgrund der Anhörungsergebnisse konnte sich der Ausschuss ein umfassendes Bild von der Problemlage erarbeiten.

Ich möchte an dieser Stelle im Namen des gesamten Ausschusses allen Kommunalpolitikern, Vertretern von Verbänden, Institutionen und Bürgerinitiativen herzlich danken, dass sie sich aktiv in die Diskussion um dieses wichtige Reformvorhaben für unser Land eingeschaltet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Neben den schriftlichen Stellungnahmen und den mündlichen Vorträgen haben uns auch einige Gutachten zur Verfügung gestanden. So flossen die beratende Äußerung des Landesrechnungshofes auf der Drucksache 5/2180, ein Gutachten des ifo Institutes und ein Gutachten der kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement in die Beratungen sowie ein Bericht des Finanzministeriums über das Ergebnis der Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips ein.

Wenn man das alles zusammen betrachtet, meine Damen und Herren, dann stellt man fest, dass uns in

der Ausschussarbeit eine umfassende Fülle von Material, Daten, Aussagen und Meinungen zugrunde lag, um dieses Reformvorhaben miteinander durchzuarbeiten und Ihnen heute die Beschlussvorlagen zu präsentieren.

Lassen Sie mich kurz auf die wichtigsten Details, die wir erarbeitet haben, eingehen. So wurde die Festlegung der Kreissitze mittels eines Bürgerentscheids fast einhellig von den Anzuhörenden abgelehnt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Argumentiert wurde mit der herausragenden Bedeutung der Festlegung der Kreissitze für das Land, welche nur vom Gesetzgeber selbst anhand objektiver Kriterien erfolgen könne. Zudem wurden emotionale Debatten befürchtet, die für ein Zusammenwachsen der neuen Landkreise hinderlich sein würden. Der Innenausschuss hat sich deshalb für eine gesetzliche Festlegung der Kreissitze entschieden und dabei die Kriterien der Landesregierung zur Kreissitzbestimmung, welche im Vorfeld des Gesetzentwurfes im Rahmen der Ressortanhörung erörtert wurden, übernommen und um einige weitere Gesichtspunkte erweitert. Wesentliches Kriterium für die Kreissitzfestlegung war die Einschränkung, dass als Kreisstadt nur bisherige Kreisstädte der derzeitigen Landkreise und bisher kreisfreie Städte, die eingekreist werden, in Betracht kämen und dass sich diese Städte im neuen Kreisgebilde befänden.

Zusätzlich wurden die als Kreissitz infrage kommenden Städte gebeten, zur Einordnung im zentralörtlichen System, zur Erreichbarkeit, zur Einwohnerzahl, zur Situation der vorhandenen Verwaltungsimmobilien und vor allem zu strukturpolitischen Auswirkungen von unseren Entscheidungen Stellung zu nehmen.

Auch die Zuordnung der Hansestadt Demmin und der Gemeinden des Amtes Demmin-Land erwies sich als von Anfang an strittig. Vor Ort entschied man sich nach längerer Diskussion schließlich für die Zuordnung zum neuen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, um gewachsene Strukturen nicht zu zerschlagen und um eine gemeinsame touristische Erschließung zu ermöglichen. Weiterhin hat sich der Innenausschuss ausführlich mit möglichen Alternativmodellen zu den Gesetzentwürfen beschäftigt.

Das unter anderem von der Stadt Neubrandenburg vorgeschlagene Verbandsmodell hat wie kein anderes Thema den Innenausschuss beschäftigt und wurde in mehreren Sitzungen intensiv debattiert. Sowohl im schriftlichen Anhörungsverfahren als auch während der Anhörungstage im Dezember wurde das Verbandsmodell vorgestellt. Der Innenausschuss hat dabei die Idee des Verbandsmodells aufgegriffen und in den Anhörungstagen im Mai um konkretere Ausführungen gebeten. Mehrfach haben die Vertreter des Verbandsmodells Rede und Antwort gestanden und auch die Landesregierung hat hierzu eine Bewertung abgegeben. Der Umfang der Aufgabenübertragung durch das Aufgabenzuordnungsgesetz wurde ebenfalls kritisch eingeschätzt. Trotzdem war schnell erkennbar, dass die Erfüllung der Aufgaben des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit am effektivsten und damit am besten auf Landesebene gewährleistet werden kann.

Ein weiterer Diskussionsschwerpunkt war die Frage der finanziellen Auswirkungen und der zu erwartenden Einspareffekte der Reform. Besonders dieses hat den Ausschuss immer wieder beschäftigt. Zu dieser Frage wurden vor allem die Gutachten umfassend ausgewertet.

Das Gleiche gilt auch für alle Fragestellungen, die mit dem Personal im Zusammenhang stehen, die Fragen des Kündigungsschutzes, der Mitbestimmung und weitere Fragestellungen.

Meine Damen und Herren, wie schon erwähnt hat der Innenausschuss über 91 Änderungsanträge zu beiden Gesetzesentwürfen angenommen. Daran wird erkennbar, wie ernsthaft wir die Argumente der angehörten Sachverständigen abgewogen und in die Reformvorhaben einbezogen haben. So regelt das Aufgabenzuordnungsgesetz nunmehr, dass die Aufgabe der Anregung und Förderung der Entwicklung der Jugendhilfe und ihrer Träger sowie der Unterstützung der Jugendämter bei ihrer Aufgabenwahrnehmung beim Land verbleibt, um die übergeordneten Steuerungsfunktionen des Landes auch weiterhin zu ermöglichen. Die Schulträgerschaft im Bereich der Förderschulen wird, anders als im Gesetzentwurf vorgeschlagen, erst am 1. August 2012 wechseln.

Von der im Gesetzentwurf vorgesehenen Übertragung der Ausgabe von Fischereischeinen an Berufsfischer wird abgesehen und auch die Übertragung der Aufgaben aus dem Bereich Arbeitsschutz und technische Sicherheit wird, wie schon erwähnt, aufgrund der Ergebnisse des Anhörungsverfahrens nicht stattfinden. Dafür wurde der Gesetzentwurf um die Übertragung der Aufgabe des Feststellungsverfahrens im Schwerbehindertenrecht nach Paragraph 69 Sozialgesetzbuch des Neuntes Buches ergänzt. Zudem wird der überwiegende Teil des Mehrbelastungsausgleichs nicht mehr nach der Fläche, sondern nach Einwohnern verteilt.

Das Kreisstrukturgesetz, meine Damen und Herren, sieht, wie es auch der überwiegende Wunsch der Anzuhörenden war, nun eine gesetzliche Festlegung der Kreissitze vor. Als Kreissitze werden durch den Innenausschuss die Städte Wismar, Güstrow, Stralsund, Parchim, Neubrandenburg und Greifswald dem Landtag zur Abstimmung vorgeschlagen, wissend, dass hierzu einige Alternativvorschläge in diesem Hohen Haus zur Abstimmung gestellt werden. Darüber hinaus werden die Hansestadt Demmin sowie sämtliche Gemeinden des Amtes Demmin-Land dem neuen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte zugeordnet.

Weiterhin sehen die Empfehlungen des Innenausschusses vor, dass der Personalübergang mit Bildung der neuen Landkreise abgeschlossen sein wird. Anders als im Entwurf der Landesregierung erfolgt jetzt ein Übertritt für alle Beamten und Arbeitnehmer der Landkreise und einzukreisenden Städte ausschließlich kraft Gesetzes durch Rechtsnachfolge, und zwar mit dem Tag der Bildung der neuen Landkreise.

Der Innenausschuss war sich darüber hinaus weitestgehend einig, dass die im Gesetzentwurf vorgegebene Frist von drei Wochen für die Vorbereitung der konstituierenden Sitzung der Kreistage zu kurz bemessen war. In den Beratungen überzeugten die Argumente der Fraktion DIE LINKE, dass in diesem Punkt keine Gründe für ein Abweichen von der Kommunalverfassung ersichtlich sind, zumal aufgrund der größeren Anzahl der Kreis tagsmitglieder ein erhöhter Arbeitsaufwand für die Kreiswahllleiter und zusätzliche Anforderungen an die Bildung arbeitsfähiger Vertretungen zu erwarten sind. Der Innenausschuss hat deshalb die Frist auf sechs Wochen verlängert.

Von der im Gesetzentwurf zum Kreisstrukturgesetz vorgesehenen Aufhebung der Entschädigungsverordnung

für unsere Ehrenamtler wird durch den Beschluss des Innenausschusses abgesehen, da sich diese Entschädigungsverordnung in der Praxis bewährt hat, auch wenn sie an einigen wichtigen Stellen weiterzuentwickeln ist. Letztlich wird als Tag der Bildung der neuen Landkreise – und damit des gesamten Aufgaben- und Personalübergangs – sowie als Tag der Wahlen für die Kreistage und Landräte der neuen Landkreise der 4. September 2011 vorgeschlagen.

Meine verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Mit diesen beiden Beschlussempfehlungen legt der Innenausschuss dem Landtag das Ergebnis eines langen und intensiven Diskussionsprozesses vor. Ich möchte an dieser Stelle auch sehr herzlich den Mitarbeitern im Ausschusseksretariat für ihren unermüdlichen Einsatz und Fleiß sehr herzlich danken.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vor allem das Kreisstrukturgesetz wird die Entwicklung des Landes deutlich beschleunigen und das Gesicht Mecklenburg-Vorpommerns wie kaum ein anderes Vorhaben des Landtages nachhaltig verändern. Mit diesem Reformvorhaben wird der Wille zur Eigenständigkeit des Landes betont und seine Zukunft gesichert.

(Udo Pastörs, NPD: Toll! Gesichert!)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren, und empfehle im Namen der Mehrheit des Innenausschusses, die beiden Gesetzesentwürfe auf der Grundlage der Beschlussempfehlungen anzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Timm.

Im Ältestenrat wurde eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von 210 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Sellering.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landtag entscheidet diese Woche über die beiden wichtigsten Gesetzgebungsvorhaben der Landesregierung in dieser Legislaturperiode, heute über die Verwaltungsreform und morgen über das KiföG. Das ist die Woche der wichtigen Entscheidungen für Mecklenburg-Vorpommern.

(Gino Leonhard, FDP: Woche der Wahrheit. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, über kein anderes politisches Thema ist in den letzten Jahren in unserem Land so kontrovers diskutiert worden wie über die Verwaltungsreform: hier im Landtag, in der Öffentlichkeit, zwischen dem Land und den Kommunen.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Viele Vertreter der Kommunen sind heute zu dieser Sitzung nach Schwerin gekommen. Ich werbe gerade auch bei Ihnen für diese Reform, meine Damen und Herren, denn diese Verwaltungsreform ist notwendig und rich-

tig für unser Land. Sie ist notwendig und richtig, weil die Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch darauf haben, dass wir die Verwaltung in unserem Land so sparsam und effizient wie nur irgend möglich organisieren. Und man muss sagen, da können wir auf allen Ebenen besser werden. Sie ist notwendig und richtig, weil wir uns auf eine veränderte Bevölkerungszahl einstellen müssen.

(Udo Pastörs, NPD: Die Sie zu verantworten haben.)

Anfang der 90er-Jahre gab es 1,9 Millionen Einwohner, zurzeit sind es 1,65.

(Udo Pastörs, NPD: Woran liegt das wohl?)

2020 werden es 1,55 Millionen Einwohner sein und darauf müssen wir unsere Verwaltungsstrukturen ausrichten. Und schließlich ist diese Reform notwendig und richtig, weil wir nicht nur wegen der geringeren Bevölkerungszahl, sondern auch weil der Solidarpakt II ausläuft,

(Udo Pastörs, NPD: Ein Bankrott, ich wiederhole das.)

künftig mit deutlich weniger Geld auskommen müssen als bisher. Und da sage ich ganz klar: Es ist besser, es ist unabweislich, die knapper werdenden Mittel für Familie und Kinder, für Wirtschaft und Arbeit, für Bildung auszugeben und nicht für zu viel Bürokratie und nicht für eine zu große Verwaltung. Das ist die richtige Schwerpunktsetzung auf unserem Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, mit dieser Reform schaffen wir zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen für Mecklenburg-Vorpommern. Im Zuge der Kreisgebietsreform reduzieren wir die Zahl der Landkreise und kreisfreien Städte. Es wird künftig in Mecklenburg-Vorpommern sechs Kreise und zwei kreisfreie Städte geben.

(Toralf Schnur, FDP: Na, das werden wir noch sehen.)

Mit der Funktionalreform übertragen wir Aufgaben vom Land auf die Kommunen, insbesondere in den Bereichen Immissionsschutz und Abfallwirtschaft sowie beim Wasser-, Boden- und Naturschutz. Damit bauen wir Doppelzuständigkeiten ab und straffen die Verwaltung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das glauben nur Sie, Herr Ministerpräsident.)

Das ist der Inhalt der beiden Gesetze, über die wir heute hier reden. Zur Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern gehört aber, Herr Schwarz, noch viel mehr.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dazu gehört die bereits erfolgte Neuordnung der Kommunalfinanzen mit Stärkung der Zentren, dazu gehört E-Government,

(Udo Pastörs, NPD: E-Government!)

dazu gehört Deregulierung – mit Bürokratieabbau und Deregulierung habe ich bereits in meiner Zeit als Justizminister begonnen – und dazu gehört auch die Straffung der Landesverwaltung. Minister Dr. Backhaus hat die Landwirtschafts- und Umweltämter zusammengeführt. Das ist nach der Zusammenlegung der beiden Ministerien der zweite richtige Schritt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Und diese Zusammenlegung erfolgt im Übrigen in einer Viererstruktur, sodass diese Aufgaben, wenn die neuen Kommunen es selbst wollen, zu einem späteren Zeitpunkt ebenfalls auf die kommunale Ebene übertragen werden können.

Meine Damen und Herren, es ist heute also weder der erste noch der letzte Schritt zur Modernisierung unserer Verwaltung, aber es ist der wichtigste. Es ist völlig klar, diese Reform ist von vitalem Interesse für unser Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Die Argumente für die Reform liegen auf dem Tisch: Wir straffen die Verwaltung. Wir stärken die Selbstverwaltung, indem wir zukunftsfähige Strukturen schaffen und Aufgaben übertragen, und wir sparen bei den Verwaltungsausgaben.

(Udo Pastörs, NPD: Das warten wir erst mal ab, ob das eintritt.)

Sie wissen, dazu gibt es Gutachten. Diese Gutachten gehen von unterschiedlichen Methoden aus, aber sie kommen alle zu demselben Ergebnis: Es wird nach einer Anlaufzeit Einsparungen in zweistelliger Millionenhöhe geben, etwa 50 Millionen Euro pro Jahr. Auch dafür lohnt sich diese Reform.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, welche Argumente bringen die Gegner vor? DIE LINKE fordert eine Verschiebung der Reform, es sei noch nicht genug diskutiert worden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, das stimmt doch gar nicht. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Dazu will ich eines sehr deutlich sagen: Wir diskutieren seit 2002 über diese Verwaltungsreform.

(Toralf Schnur, FDP: Davon ist sie aber nicht besser geworden.)

Seit dieser Zeit sind zahlreiche Konzepte, Papiere und Gutachten geschrieben worden. Sie sind in der Regierung, im Landtag, zwischen Land und Kommunen, in der Öffentlichkeit sehr ausführlich diskutiert worden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie hätten mal die Anhörungsprotokolle lesen sollen.)

Auf der Grundlage, lieber Herr Ritter, des Urteils des Verfassungsgerichts

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das auch. Das hätten Sie auch lesen sollen.)

haben Landesregierung und Landtag zunächst ein Leitbild für die Reform diskutiert und verabschiedet, übrigens auch hier. Auf dieser Basis hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf erarbeitet. Wir haben Anhörungen durchgeführt. Wir haben nach Auswertung dieser Anhörungen dann das Gesetz in den Landtag eingebracht. Hier hat es wieder Anhörungen gegeben und ausführliche Beratungen in den Ausschüssen. Dabei sind immer wieder Alternativen geprüft worden

(Toralf Schnur, FDP: Zu keinem Zeitpunkt.)

und bei entsprechenden Ergebnissen auch Änderungen an den Gesetzentwürfen vorgenommen worden.

(Toralf Schnur, FDP: Von dem ursprünglichen Gesetz ist nichts mehr da.)

Wir haben immer gesagt, diese Reform wird kommen, aber wir sind offen für gute Vorschläge, für Verbesserungsvorschläge. Und daran haben wir uns gehalten, meine Damen und Herren.

(Toralf Schnur, FDP: Nicht eine Minute!)

Dieses Gesetz ist sorgfältig beraten worden und jetzt ist es Zeit für die Entscheidung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es. – Egbert Liskow, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, auch ein zweites Argument lässt sich leicht widerlegen. Ich weiß, dass einige Landräte weitergehende Aufgabenübertragungen wünschen, aber Kreisgebietsreform und Funktionalreform müssen zueinander passen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Und deshalb können wir bei sechs Kreisen und zwei kreisfreien Städten nicht so viele Aufgaben übertragen,

(Toralf Schnur, FDP: Das sind ja fast keine.)

wie das bei vier oder fünf Kreisen möglich gewesen wäre, sonst schaffen wir mehr Bürokratie und nicht weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Wir haben aber, ich habe schon darauf hingewiesen, die Grundlage dafür gelegt, dass weitere Aufgaben, auch in großem Umfang, übertragen werden können. Das setzt allerdings entsprechende Mehrheitsbeschlüsse und entsprechende Vereinbarungen der neuen Kreise voraus. Den Weg dazu haben wir geöffnet.

Schließlich, meine Damen und Herren, gibt es Kritik von denen, die einfach nur an den alten Strukturen festhalten wollen. Ich habe Verständnis für jeden Landrat, jeden Bürgermeister, jede Kommunalpolitikerin, jeden Kommunalpolitiker, der für seine Stadt, seinen Kreis, seine Region kämpft. Aber als Landesregierung und als Landtag sind wir dem ganzen Land verpflichtet und deshalb setze ich mich als Ministerpräsident für diese Reform ein. Ich bin mir sicher, Wismar zum Beispiel, Greifswald oder Rügen werden auch dann noch etwas Besonderes sein, wenn die bisher kreisfreien Städte oder die Insel verwaltungstechnisch größeren Kreisen angehören.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Angelika Peters, SPD: Ja, wir bleiben trotzdem Rügen.)

Mit der Verwaltungsreform beweist die Landesregierung, beweist die Regierungsmehrheit aus SPD und CDU ihre Handlungsfähigkeit. Dass wir heute abschließend über diese Reform entscheiden, ist keine Selbstverständlichkeit. Schauen Sie zu unseren Nachbarn, zum Beispiel nach Schleswig-Holstein, wo Ministerpräsident Carstensen mit seiner Verwaltungsreform kläglich gescheitert ist,

(Toralf Schnur, FDP: Dank des Ergebnisses. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

und als Folge davon muss er jetzt zu unpopulären und vielfach unsinnigen Haurucksparmaßnahmen greifen. Das kann für uns kein Vorbild sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Udo Pastörs, NPD: Das liegt aber nicht an der Aussetzung der Reform.)

Wir zeigen, meine Damen und Herren, die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern, die Mehrheit aus SPD und CDU

(Toralf Schnur, FDP: Man kann sich das aber auch schönreden. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

verwirklicht auch schwierige Reformvorhaben, die notwendig sind für unser Land. Wir verbinden unsere solide Konsolidierungspolitik, unsere solide Finanzpolitik mit der notwendigen Modernisierung der Verwaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe von Toralf Schnur, FDP, und Udo Pastörs, NPD)

Ihre Haltung, meine Damen und Herren von den LINKEN, finde ich nicht überzeugend. Sie lehnen jetzt das ab, was Sie in Ihrer Regierungszeit noch für sinnvoll und richtig gehalten haben. Das überzeugt nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Toralf Schnur, FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben heute eine wichtige Entscheidung zu treffen. Ich bin überzeugt, unser Land braucht diese Reform. Nur mit ihr werden wir unsere Zukunft aus eigener Kraft gestalten können. Und das wollen wir. Lassen Sie uns deshalb heute die letzten Details beraten und dann diese beiden Gesetze auf den Weg bringen für eine Zukunft aus eigener Kraft für unser Heimatland Mecklenburg-Vorpommern. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir stehen heute nach dreijähriger Diskussion vor der Entscheidung, eines der wichtigsten Gesetze für das Land Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg zu bringen. Und zwar sind die Schaffung zukunftsfähiger Strukturen in den Landkreisen für Mecklenburg-Vorpommern und eine Funktionalreform zu beschließen.

(Udo Pastörs, NPD: Schaffen Sie erst mal zukunftsfähige Regionen für die Menschen und nicht so was, was die jetzt hier erzählen.)

Dazu hat es viele Diskussionen gegeben. Die CDU-Fraktion hat sehr viel Wert darauf gelegt, dass eine Reform im Dialog stattfindet und stattgefunden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Toralf Schnur, FDP: Mit euch selber, oder was?!)

Das Leitbild wurde beschlossen und in allen Landkreisen diskutiert.

(Toralf Schnur, FDP: Zehn haben abgelehnt.)

Der Innenminister persönlich hat diese Dinge im Land bekannt gemacht. Er hat sich den Landkreisen, den Vertretern des Städte- und Gemeindetages, dem Landkreistag, den Vertretern der Kreistage und auch der kreisfreien Städte in der Diskussion gestellt.

Diese Reform ist unstrittig notwendig.

(Toralf Schnur, FDP:
Eine Reform ist notwendig.)

Sie fußt auf dem Beschluss des Landesverfassungsgerichtes vom Sommer 2007. Dieses Verfassungsgerichtsurteil war sozusagen das Kochbuch für die jetzige Koalition.

(Toralf Schnur, FDP: Viele Köche verderben den Brei. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine Damen und Herren, schon vor dem Urteil hat niemand an der Notwendigkeit einer umfassenden Reform gezweifelt. Das Landesverfassungsgericht selbst hat auch betont, dass diese Reform notwendig ist.

Meine Damen und Herren, die Gründe lassen sich kurz zusammenfassen: In Mecklenburg-Vorpommern sinken die Einwohnerzahlen und als Folge daraus auch die Einnahmen für das Land.

(Udo Pastörs, NPD: Ja klar, aber das haben wir doch alles schon hundertmal gehört. Ja, das haben wir hundertmal gehört. Das hören wir heute noch zweihundertmal.)

Der demografische Wandel ...

Herr Pastörs, auch wenn es Ihnen nicht passt, Sie sollten ab und zu einmal zuhören,

(Udo Pastörs, NPD: Es fällt mir schwer. Immer wieder dieselbe Orgel.)

um die Wichtigkeit und die Bedeutung dieses Reformwerkes auch aufnehmen zu können.

(Stefan Köster, NPD: Das ist doch Murks.)

Meine Damen und Herren, vor 20 Jahren lebten in Mecklenburg-Vorpommern rund 1,9 Millionen Bürgerinnen und Bürger, heute sind es 1,67 Millionen.

(Udo Pastörs, NPD: Woran liegt das wohl, dass die alle abhauen?)

Alle Prognosen rechnen damit, dass sich der Trend fortsetzen wird. Diese Entwicklung ist bedauerlich, aber wir alle müssen uns den Realitäten stellen.

(Udo Pastörs, NPD: Schicksalhaft ist das.)

Das bedeutet auch, dass sich die Kreise und Gemeinden, aber auch das Land auf weiter sinkende Einnahmen einstellen müssen. Mit jedem Einwohner verliert das Land jährlich rund 2.400 Euro aus Steuereinnahmen und aus dem Länderfinanzausgleich. Hinzu kommt das Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019.

(Udo Pastörs, NPD: Immer das Gleiche. Bla, bla, bla!)

Im Haushaltsjahr 2010 enthalten sind immer noch knapp 1 Milliarde Euro.

(Udo Pastörs, NPD: Das wissen wir doch.)

Und diese 1 Milliarde Euro muss bis zum Jahre 2019 ausgeglichen werden.

Meine Damen und Herren, das Kreisstrukturgesetz gibt die richtige Antwort. Mit der Umsetzung der Reform werden Landkreise geschaffen, die auch in einer derzeit wichtigen Zukunftsfrage aufgestellt sein sollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Monsterkreise sind das.)

Daher ist der Spagat zwischen der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung auf der einen Seite und der Steigerung der Effektivität der Verwaltung auf der anderen Seite nicht nur wichtig, er ist nötig, meine Damen und Herren. Deswegen werden die Vorgaben des Landesverfassungsgerichtes eingehalten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eben nicht.)

Das Gericht hatte unter anderem bemängelt, dass für den gescheiterten Reformversuch kein Leitbild erarbeitet wurde. Das haben wir nachgeholt.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Der Landtag hat das Leitbild für die Kreisgebietsreform am 24. April 2008 als Teil des Gesamtrahmens für die umfassende Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern beschlossen. Darin sind als allgemeine Ziele der Reform die Schaffung nachhaltiger, tragfähiger und effizienter Verwaltungsstrukturen sowie der Erhalt und die Stärkung der ehrenamtlich ausgeübten kommunalen Selbstverwaltung benannt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wieder das Ehrenamt gestärkt.)

Damit war der Rahmen der Reform festgelegt, der nun im Gesetz ausgefüllt wird. In einem nächsten Schritt hat der Innenminister im Juni 2008 insgesamt 13 mögliche Modelle für die neue Kreisgebietskulisse vorgelegt. Diese reichten von 6+1 über 7+6 bis hin zu 8+2.

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Udo Pastörs, NPD)

Alle Varianten wurden wiederum ausführlich in der Öffentlichkeit, insbesondere mit den kommunalen Gebietskörperschaften diskutiert. Als Ergebnis der Diskussion hat sich das Modell 6+2 als das beste für unser Land erwiesen.

(Udo Pastörs, NPD: Warten Sie doch erstmal ab, ob es sich als das beste erweist.)

Das Ziel der Reform ist es, im ganzen Land möglichst gleichwertige – ich sage, gleichwertige, nicht gleiche! – Lebensverhältnisse zu schaffen, und dies soll umgesetzt werden.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dabei sind zum Teil auch große Gebietskörperschaften entstanden. Einerseits ist die Bevölkerungsdichte eine gewisse Größe und andererseits spielen auch Gebiete, wie in der Seenplatte zu sehen, eine Rolle.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir haben Ihnen heute ein wichtiges Reformpaket zur Abstimmung auf den Tisch gelegt.

(Stefan Köster, NPD: Falsch gedacht.)

Der Innenminister hat entscheidende Weichen gestellt. Die Arbeit in den Ausschüssen war sehr konstruktiv. Viele Dinge, die in den Anhörungen angesprochen worden sind, sind in die Gesetzgebung eingeflossen. Auch dem Willen der Mehrheit bei der Anhörung, der Forderung, Kreissitze durch den Landtag bestimmen zu lassen, kommen wir nach, meine Damen und Herren.

(Toralf Schnur, FDP: Das ist das Einzige. Das ist das Einzige.)

Ich denke, viele Dinge sind auf den Weg gebracht.

(Udo Pastörs, NPD: Alles wird gut.)

Wir werden insgesamt ein gutes Reformwerk beschließen und wir werden die Zukunftsfähigkeit für Mecklenburg-Vorpommern damit sichern. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter für die Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor vier Jahren haben wir an dieser Stelle erbittert um das rot-rote Verwaltungsmodernisierungsgesetz gestritten. Viele von Ihnen werden sich daran erinnern, die CDU-Fraktion hat es damals für verfassungswidrig gehalten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: War es ja auch.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, führt man sich die damalige Debatte vor Augen, dann muss man sich heute schon sehr wundern. Kollege Glawe, Kollege Ringguth, Kollege Kokert, bevor Sie in der nächsten Woche wieder vor Ihre Wählerinnen und Wähler in der Heimat treten, werde ich Ihnen heute den Spiegel vor das Gesicht halten müssen.

(Harry Glawe, CDU: Nicht doch! –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Sie werden vor Schreck erstarren und im Boden versinken.

(Zurufe aus dem Plenum: Oooh!)

Spieglein, Spieglein an der Wand, wer sagt die Unwahrheit im Land? Und auch der Kollege Dr. Jäger und der Kollege Renz werden in diesem Zusammenhang zu zensieren sein.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das macht nichts.)

Zunächst aber darf ich mich an den Innenminister wenden. Sehr geehrter Herr Innenminister, nach Ihren Vorstellungen soll mit dem heutigen Tag die Verwaltungsmodernisierung in die Annalen von Mecklenburg-Vorpommern eingehen, und zwar als sogenannte Reform im Dialog.

(Toralf Schnur, FDP: Ja,
das ist der größte Witz.)

Herr Minister, es ist an der Zeit, Ihren Wachtraum zu beenden, denn die Rolle vom Chefankläger zum Chefreformer ist Ihnen nicht gelungen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Ich denke in erster Linie dabei nicht an die öffentlichen Sitzungen der Enquetekommission, die abgebrochen werden mussten, da die Koalitionäre unfähig waren für einen Dialog.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP –
Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Ich denke bei dieser Dialogreform auch nicht an Kabinettsbeschlüsse, die durch einzelne Minister mit Protokollnotizen aufgeweicht werden sollten.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Tankstellendialog.)

Jüngst sprach sich die Justizministerin sogar für Anklam als Kreisstadt aus.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Eine mutige Entscheidung, muss ich sagen, denn die Frau Justizministerin muss heute nicht abstimmen. Wie man aber hört, will sie nächstes Jahr für die Landtagswahl in Anklam kandidieren.

(Harry Glawe, CDU: Die ist mutiger als Sie. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich denke hierbei schließlich auch an bemerkenswerte Beschlüsse von CDU-Sonderparteikreistagen, bei denen, lieber Kollege Ringguth, der Dialog wohl mächtig in die Hose gegangen ist.

Nein, Herr Innenminister, auffallen ist etwas anderes: Zwischen den zahlreichen Kritikern und den sehr übersichtlichen Befürwortern dieses Gesetzgebungsvorhabens, namentlich aus dem Landkreis Nordvorpommern,

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

dem Heimatkreis des CDU-Fraktionsvorsitzenden, und dem Landkreis Mecklenburg-Strelitz,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dem Heimatkreis des Innenministers, besteht in einem Punkt Einigkeit: Wir müssen einschätzen, so die meisten Anzuhörenden in der Dezemberanhörung 2009, dass wir 2006 in vielen Fragen schon weiter waren. Auch deshalb muss das aktuelle Vorhaben gestoppt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die vorliegenden Gesetzentwürfe werfen das Land hinter den Stand von 2006 zurück.

Ich darf an dieser Stelle den Kollegen Jäger zitieren, allerdings den 2006er-Jäger: „Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal ganz kurz zusammenfassen, warum ich an Sie appelliere, diesem Gesetzentwurf so nicht zuzustimmen. Mit dem, was Ihnen vorliegt, beginnen Sie keine Verwaltungsreform, Sie verschieben sie.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Was haben wir denn jetzt?)

„Mit dem, was Ihnen vorliegt, begründen Sie keine Verstärkung der kommunalen Selbstverwaltung, auf Kreiserebene unterbinden Sie sie.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das haben
die Richter so gesehen. Ja, ja,)

„Und mit dem, was Ihnen vorliegt, schaffen Sie keine kostengünstigere Verwaltung, sondern Sie schaffen neue Schnittstellen innerhalb der Verwaltung.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU,
und Hans Kreher, FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, hören Sie bitte besonders gut hin!

(Dr. Ulrich Born, CDU, und
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, war alles richtig.)

Ich zitiere weiter: „Wir sind enttäuscht darüber, dass es ... nicht gelungen ist, klarzubekommen, dass man die Teile der Verwaltungsreform, nämlich Funktionalreform I und II, jetzt absolvieren kann und dass man die Veränderungen auf der kommunalen Ebene, die sich dann als notwendig erweisen, in die Wege leiten kann.“ Zitatende.

Lieber Kollege Dr. Jäger, sollte dies eine ehrliche Einschätzung gewesen sein, können Sie den heute vorliegenden Gesetzentwürfen eigentlich nicht zustimmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben es immer noch nicht begriffen. Sie sind eingeschränkt einsichtig.)

Meine Damen und Herren, die Form der verbundenen Aussprache, Herr Kollege Dr. Jäger, beider Gesetze ist ganz offensichtlich der einzige Zusammenhang zwischen Strukturänderung und Aufgabenzuordnung.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Richtig.)

Von einem angeblichen Zusammenhang mit dem FAG spricht schon niemand mehr. Das Kreisstrukturgesetz blockiert eine tatsächliche Funktionalreform. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, was Sie Aufgabenzuordnung nennen, führt zu keiner Verwaltungsmodernisierung. Das ist keine Reform, sondern eine Reformblockade ersten Ranges.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE, und Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ja.)

Die vorliegenden Gesetzentwürfe müssen deshalb gestoppt werden, um Schaden vom Land abzuwenden.

(Harry Glawe, CDU: Nein, absolut falsch.)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie nicht müde werden zu erklären oder zu behaupten, man könne Klagen gelassen entgegensehen, da werde ich hellhörig. Gleiches haben Sie uns 2006 erzählt, als Sie noch Justizminister waren.

(Hans Kreher, FDP: Ja, ja, ja, ja, ja, ja. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und was aus den Gesetzentwürfen geworden ist, das wissen wir wohl alle.

Herr Ministerpräsident, Herr Innenminister, Sie sind sich beide besonders sicher, dass erneute Verfassungsklagen aussichtslos seien, dass Sie – und der Kollege Glawe hat es ja auch versucht darzustellen – das Gerichtsurteil sehr, sehr gründlich ausgewertet hätten.

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

Aber hier sind Zweifel angebracht, lieber Kollege Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Nein.)

Das beginnt an zentraler Stelle des Urteils, nämlich beim Reformbedarf, den im Übrigen meine Fraktion auch heute nicht infrage stellt.

(Heinz Müller, SPD: Aha! – Harry Glawe, CDU: Das schreiben wir uns mal auf.)

Das Landesverfassungsgericht, Herr Müller, begründet den enormen Reformbedarf gerade eben nicht allein mit der Bevölkerungsprognose

(Heinz Müller, SPD: Aber Sie wollen es später machen.)

und nicht allein mit der strukturellen Haushaltsschielage. Also anders als der Ministerpräsident und Herr Glawe es hier begründet haben, stellt nämlich das Verfassungsgericht eine andere Grundlage für den Reformbedarf fest. Und ich zitiere: „Die Organisation der Landesverwaltung ist nicht zweckmäßig.“

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

„Sie ist bei den unteren Landesbehörden durch eine Vielzahl von Sonderbehörden und teilweise durch Kleinteiligkeit geprägt.“ Zitatende.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Wie recht sie haben!)

Daraus leitet das Verfassungsgericht den Reformbedarf vordergründig ab.

Herr Ministerpräsident und Herr Landwirtschafts- und Umweltminister, allein von neuen Behördenbezeichnungen wird sich das Verfassungsgericht nicht täuschen lassen. Sie haben die Landesebene konzeptionell reformfrei gehalten, Sie haben die Kreisstrukturreform weitgehend isoliert und die Verwaltungsmodernisierung in eine Sackgasse geführt. Das ist das Ergebnis der bisherigen Beratungen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Gabriele Měšťan, DIE LINKE: So es ist. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und, Herr Kollege Renz, wer dem Verwaltungsmodernisierungsgesetz 2006 zugestimmt hat, der war für Sie ganz einfach – ich zitiere Sie – „ein vaterlandsloser Geselle“.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ja. Daran kann er sich gar nicht erinnern. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

In Ihrer gestrigen Erklärung ließen Sie uns wissen, dass derjenige, der heute gegen das Gesetz stimmt, die Zukunft des Landes gefährdet. Ich bin nun wirklich sehr gespannt auf Ihre heutige tiefschürfende Analyse, um Ihren Sinneswandel zu begründen.

(Torsten Renz, CDU: Richtig.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Grundlage der vorliegenden Gesetzentwürfe sind bekanntermaßen das von der Enquetekommission mehrheitlich beschlossene Leitbild und die Leitlinien.

(Heinz Müller, SPD: Ah ja!)

Und falls wieder die Frage nach Alternativen kommt, vor allen Dingen von Herrn Renz, will ich hier noch einmal betonen, dass von den von meiner Fraktion benannten Kommissionsmitgliedern hierzu ein umfangreiches Sondervotum abgegeben worden ist. Die Kollegin Tegtmeyer wollte hierin bereits eine Klageschrift für das Landesverfassungsgericht erkannt haben. Nun gut. Fakt ist aber, dass sich das Gericht sehr dafür interessieren wird, auf welcher Grundlage die Ermessensentscheidungen dieser Kommission oder des Landtages etwa zu den Flächen- und Einwohnervorgaben zustande gekommen sind.

Defizite im Gesetzgebungsverfahren beziehungsweise Ermessensdefizite lassen sich nur dadurch vermeiden, dass man die Argumente vollständig aufgreift, auch wenn man ihnen im Ergebnis nicht vollständig folgt. Beim Durcharbeiten der entsprechenden Protokolle des Landtages wird sich das Landesverfassungsgericht verwundert die Augen reiben, denn der Abwägungsprozess, liebe Kolleginnen und Kollegen, war nicht etwa fehlerbehaftet, nein, er hat gar nicht stattgefunden.

(Heinz Müller, SPD:
Also, Herr Ritter, das geht zu weit. –
Helmut Holter, DIE LINKE: Hört, hört!)

Meine Fraktion hat frühzeitig und wiederholt darauf verwiesen,

(Heinz Müller, SPD: Das ist nicht in Ordnung. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jetzt wird
aber übertrieben.)

dass diesbezüglich auch internen Koalitionsabsprachen rechtliche Grenzen gesetzt sind.

(Heinz Müller, SPD: Das entspricht einfach
nicht der Wahrheit. – Toralf Schnur, FDP:
Das war ausdrücklich richtig, Herr Müller.)

Weder das Leitbild noch die Leitlinien haben es im Ergebnis vermocht, die vorliegenden Gesetzentwürfe zu verhindern. Dabei muss ich auf die Abweichungen von den quantitativen Vorgaben zu Flächen und Einwohnern nicht eingehen, sie sind offensichtlich, Herr Müller. Die Forderung der Leitlinien, zur Sicherung transparenter Strukturen Landesaufgaben in der Regel auf alle Landkreise zu übertragen, wird in weniger als 50 Prozent der Fälle umgesetzt, eine Forderung der Leitlinien, die Sie beschlossen haben, wogegen Sie verstoßen mit beiden Gesetzentwürfen. Auch hier wird die Ausnahme zur Regel. Doppelstrukturen werden nicht, wie im Leitbild gefordert, abgebaut, sie werden dort, wo die große kreisangehörige Stadt zugleich Kreissitz wird, neu geschaffen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie sollten laut Leitbild Doppelstrukturen abschaffen,

(Heinz Müller, SPD: Aber Sie wissen
doch, dass das Unsinn ist, Herr Ritter.)

aber Sie schaffen neue, Herr Müller.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Na, na, na, na!
Das Leitbild haben Sie doch hochgehoben.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Justizministerin, nach Einschätzung Ihres Hauses genügt der Gesetzentwurf zur Kreisstrukturreform den verfassungsrechtlichen Anforderungen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das gelte ausdrücklich auch für die Prüfung von Alternativvorschlägen und hier insbesondere für das alternative Verbandsmodell, auch Krüger-Modell genannt. Hier muss ich ausdrücklich widersprechen, denn hier besteht ein ganz offensichtliches Abwägungsdefizit. Sie beziehen sich in Ihrer Bewertung auf den vorliegenden Gesetzentwurf, insbesondere auf die Seiten 94 fortfolgend, und somit auch auf das Verbandsmodell.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Da jedoch dieses Verbandsmodell im Gesetzentwurf der Landesregierung gerade nicht hinreichend in die Abwägungsentscheidungen einbezogen wurde,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

hat es der Innenausschuss erst auf Antrag meiner Fraktion für notwendig erachtet, zu diesem Modell am 11. Mai eine erneute Anhörung durchzuführen. Und den Grundtenor dieser Anhörung brachte der Geschäftsführer des Städte- und Gemeindetages Herr Thomalla auf den Punkt, den ich zitieren will. Er sagte: Das Verbandsmodell ist „nicht nur eine Alternative zum derzeitigen Aufgabenzuordnungsgesetz ..., sondern es ist eine Alternative zum Kreisstrukturgesetz und dem Aufgabenzuordnungsgesetz.“ Zitatende.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aber
zugestimmt hat der Verband auch nicht.)

Frau Justizministerin, auf die verfassungsrechtliche Dimension beziehungsweise Problematik verwies in dieser Anhörung ausdrücklich der Geschäftsführer des Landkreistages Herr Schröder indem er sagt, ich zitiere: „... nach unserer Auffassung muss dieses Modell unbedingt zur Vermeidung von verfassungsrechtlichen Bedenken in die gesetzgeberische Entscheidung mit einbezogen werden.“

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

„Nach meiner Einschätzung, insbesondere auch aufgrund der Weiterentwicklung des Modells seit dem Herbst letzten Jahres, ist dies mit den vorliegenden Ausführungen in der Gesetzesbegründung ... noch nicht hinreichend geschehen.“ Zitatende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ermessensdefizite lassen sich nur dann vermeiden – und dies wiederhole ich ausdrücklich –, wenn die Argumente vollständig aufgegriffen werden. Und das ist beim Verbandsmodell eben nicht geschehen. Nach der frühzeitigen Festlegung auf 6+2 wurde diese Alternative durch die Koalitionäre mit spitzen Fingern angefasst. Die angeforderten Gutachten zu möglichen Einsparpotenzialen wie das Renditegutachten wurden auf Vorgabe des Innenministeriums ausdrücklich auf 6+2 beschränkt. Alternativen wurden nicht untersucht. Und wenn das Verbandsmodell mit Verweis auf Leitbild und Leitlinien abgelehnt wird, dann zeigt dies nur, dass bereits im Prozess der Leitbilderarbeitung nicht ernsthaft genug schonendere Varianten und Alternativen in den Blick genommen wurden.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, all das können Sie so oder so ähnlich in der Urteilsbegründung von 2007 nachlesen. Von zukunftsfähigen Strukturen kann man also nicht sprechen, wenn damit eine Aufgabenkommunalisierung behindert sowie die Auflösung unterer staatlicher Behörden verhindert wird. Und von einer nachhaltigen Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung kann wohl niemand ernsthaft sprechen. Es soll für die neuen Kreistagsfraktionen nicht einmal mehr zwingend hauptamtliche Unterstützung geben, so, wie es im rot-roten Gesetzentwurf vorgesehen war.

Herr Innenminister, es ist aber auffällig, dass Sie überall dort, wo die großen Strukturen Probleme für das Ehrenamt und die Bürgerinnen und Bürger mit sich bringen, das Land aus der Verantwortung nehmen. Stattdessen verweisen Sie großzügig auf die Organisationshoheit der kommunalen Selbstverwaltung, Stichwort „Außenstellen“. Redlicher wäre es gewesen, hier verbindliche und damit konnexrelevante Vorgaben zu machen. So aber lassen Sie die kreiskommunale Ebene im Regen stehen.

Meine Damen und Herren, im Grunde besteht also diese aktuelle Reform in der Schaffung deutlich vergrößerter Landkreise, die 2006 von der CDU noch den Namen „Monsterkreise“ erhielten. Aber zum Teil sind diese neuen Kreise doch identisch, zum Beispiel Nordvorpommern, oder weitgehend identisch, zum Beispiel die Mecklenburgische Seenplatte und Südvorpommern.

(Harry Glawe, CDU: In Nordvorpommern
gibt es keine Monsterkreise.)

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, Herr Glawe, vor diesem Hintergrund der Kreiskulisse empfehle ich Ihnen wärmstens Ihre Argumente aus dem Jahre 2006, denn es ist teilweise herzerreißend.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wenn Dr. Jäger beispielsweise an den Kreis Mecklenburgische Seenplatte dachte, ist ihm ganz kalt ums Herz geworden. Wie fühlen Sie sich denn eigentlich heute?

Dem Kollegen Ringguth fiel spontan das Märchen von „Des Kaisers neue Kleider“ ein, wenn er den Innenminister über diese großartigen Einsparpotenziale reden hörte. Und dann stellte er uns folgende Frage, die ich hiermit gerne zurückgebe, lieber Kollege Ringguth: „Wann wollen Sie endlich begreifen, dass Sie mit so einer Augen-zu-und-durch-Mentalität und diesem aberwitzigen Glauben, dass von diesen großen zentralistischen Strukturen die Heilungskräfte ausgingen, dem Ehrenamt und der Demokratie ... einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügen ...?“ Zitatende.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Haben Sie dem damals nicht zugestimmt? –
Helmut Holter, DIE LINKE:
Originalton Ringguth. –
Hans Kreher, FDP: Recht hat er.)

Lieber Kollege Ringguth, sollte dies mehr als Populismus gewesen sein, dürfte eine Zustimmung für Sie heute ausgeschlossen sein.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Harry Glawe, CDU: Herr Ritter, Sie sollten wieder nach vorne gucken. –
Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU,
und Irene Müller, DIE LINKE)

Das Gleiche gilt auch für die Kollegen Glawe und Kokert.

(allgemeine Unruhe)

Der Kollege Glawe gab Folgendes zu Protokoll, ich zitiere: „Der Landkreis Nordvorpommern und die Stadt Grimmen sind mit diesem Gesetzentwurf todunglücklich. Sie können damit kaum leben und wir werden alles tun, dass wir das auch beklagen werden. Das kann ich Ihnen heute schon versprechen.“ Zitatende.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla! –
Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE,
und Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Das war ein wenig theatralisch, aber versprochen ist versprochen, Herr Glawe.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Was hat sich denn von damals zu heute für den Landkreis Nordvorpommern geändert? Überhaupt nichts,

(Toralf Schnur, FDP: Genau.)

außer dass es noch weniger Aufgaben gibt als im roten Gesetzentwurf.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig. –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Also klagen Sie, Herr Kollege Glawe!

(Udo Pastörs, NPD: Das ist denen doch piepegal. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und ganz schweres Geschütz hat dann zu später Stunde der Kollege Renz aufgefahren, als er sagte: „Ich sage Ihnen, wir haben den Kanzler der Einheit gestellt,“ – ich weiß gar nicht, was das mit dem Thema zu tun hatte –

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

„das war ein Erfolg, und dann werfen Sie uns als CDU so etwas nicht vor! Wir lehnen den Gesetzentwurf ab.“ Zitatende. Ja, lieber Kollege Renz, auch ohne Einheitskanzler kann man diese Gesetzentwürfe nur ablehnen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich diese aufschlussreiche Rückschau gemeinsam mit unserem Kollegen Kokert beenden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Zu fragen ist dann, ob seine faktengeladene Argumentation auch heute noch gilt.

(Vincent Kokert, CDU: Na los!)

Da sagte er: „Erklären Sie mal den Menschen vor Ort, warum Sie diesen traditionsreichen Landkreis Mecklenburg-Strelitz abschaffen wollen! Das können Sie denen nicht erklären. ... Ihnen sind nämlich die Menschen in diesen Landkreisen eigentlich vollkommen egal. Und das ist das eigentlich Traurige daran.“

(Vincent Kokert, CDU: Ja, Ihnen. Das haben Sie ja schon deutlich gemacht. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und dann wird es noch ein wenig persönlich, indem er sagt: „Ja, das ist ja das Schlimme, Herr Ritter, Sie sind Kreistagsabgeordneter, Sie sind Kreistagsabgeordneter und tun so, als wenn Ihnen das alles nichts wert ist.“ Zitatende.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, genau.)

Ich bin gespannt auf Ihre heutige Wertschätzung, Herr Kollege Kokert.

(Vincent Kokert, CDU: Den Antrag haben Sie ja schon gekriegt, Herr Ritter.)

Und zum Schluss ergeht ein Aufruf an alle, mit dem Kollege Kokert heute mehr denn je als richtig liegt. Er sagt: „Zum Schluss möchte ich Sie alle noch mal aufrufen: Kehren Sie um! Noch ist es nicht zu spät. Das Kind ist noch nicht in den Brunnen gefallen. Kommen Sie wieder zurück an den Verhandlungstisch! Versuchen Sie nicht, so einen, na ja, halben Gesetzentwurf hier durch den Landtag zu peitschen!“ Zitatende.

(Harry Glawe, CDU: Aber Herr Kokert ist auch schlauer geworden, Herr Ritter. Das müssen Sie mal zugeben! –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollern der CDU-Landtagsfraktion, sollten Ihre Argumente von 2006 gegen das Verwaltungsmodernisierungsgesetz auch nur im Ansatz über reinen Populismus oder zynischen Wahlkampf hinausgereicht haben,

(Harry Glawe, CDU: Sie müssen mal nach vorne gucken, Herr Ritter. Nicht nach hinten schauen, das hilft keinem mehr. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dann dürften die vorliegenden Gesetzentwürfe heute eine parlamentarische Mehrheit verfehlen. Damit wäre der Weg frei für eine tatsächliche Verwaltungsmodernisierung. Ich befürchte aber, dass heute nicht gerade ste-

hen kann, wer sich 2006 so verbogen hat, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Fraktion wird den Gesetzentwürfen nicht zustimmen.

(Torsten Renz, CDU: Nee?!)

Nach unserer Auffassung schaden sie insgesamt mehr, als sie dem Land nutzen. Aber den Spatz in der Hand oder die Taube auf dem Dach, diese Frage muss sich auch eine konstruktive Opposition stellen. Mit unseren zahlreichen Änderungsanträgen haben wir versucht, die Gesetze nachzubessern, wohl wissend, dass die wesentlichen Konstruktionsfehler damit nicht zu beheben sind. Aber beim Thema Aufgabenzuordnung eröffnet unser Antrag dem Landtag zumindest die Möglichkeit, die Tür zu einer tatsächlichen Funktionalreform offen zu halten.

(Harry Glawe, CDU: Aber nicht wieder Straßenbauämter. – Torsten Renz, CDU: Sie weichen aber von dem Grundsatz ab, den wir im Ausschuss diskutieren.)

Und, Herr Innenminister, sollten Sie es mit einer Reform im Dialog jemals erst gemeint haben, dann stimmen Sie unserem Antrag zu einem Inkrafttreten im Jahre 2014 ganz einfach zu! Es ist nämlich kein Verhinderungsargument, Herr Ministerpräsident, sondern die klare Forderung der Anhörung vom Dezember. Hätten Sie einmal einen Blick in die Anhörungsprotokolle geworfen, hätten Sie das auch lesen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, selten ist es einer Landesregierung so vollständig gelungen, die öffentliche Wahrnehmung auf ein Nebengleis zu führen und das Thema Verwaltungsmodernisierung auf die emotional beladene Frage künftiger Kreissitze einzudämpfen. Im ersten Kabinettsentwurf werden Kreissitze vorgeschlagen, dann wird vorgeschlagen, nee, lass uns lieber einen Bürgerentscheid machen, dann gibt es gar nichts, die Kritik in der Anhörung zu Recht, dass wir uns dieser Entscheidung nicht entziehen dürfen, und nun gibt es wieder Vorschläge für Kreissitze. Dabei hat sich die Koalition die Argumente so zurechtgebogen, wie sie es braucht.

(Torsten Renz, CDU: Das ist eine falsche Aussage, Herr Ritter, und das wissen Sie.)

Herr Ministerpräsident, Herr Innenminister, der Gesetzentwurf ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da gibt es doch eine Beschlusslage im Innenausschuss, oder?! – Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Ja, ja, ich komme noch dazu.

(Heinz Müller, SPD: Sie wissen das alles, Herr Ritter.)

Und, Herr Nieszery, ich wundere mich, wie Sie so genau Bescheid wissen. Bei der entscheidenden Innenausschusssitzung waren Sie doch gar nicht zugegen.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ach, wenn es einen Bürgerentscheid gibt. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Ministerpräsident, Herr Innenminister, der Gesetzentwurf,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Ritter, lese ich Protokolle.

Herr Ritter, im Gegensatz zu Ihnen lese ich einfach Protokolle. – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Harry Glawe, CDU)

jetzt will ich die Landesregierung mal loben, der Gesetzentwurf der Verbandsanhörung enthielt die Festlegung künftiger Kreissitze. Diese waren von der Fachebene umfangreich und weitgehend nachvollziehbar begründet, auch für Ludwigslust und für Anklam.

(Vincent Kokert, CDU: Kehren Sie um, Herr Ritter!)

Was dann weiter geschah, entzieht sich der Fachdiskussion und verliert sich in dunstigen Koalitionsrunden: Gibst du mir, so ich dir!

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Mit landesplanerischen Entscheidungen oder landespolitischer Verantwortung hatte das alles nichts mehr zu tun, wenn ich an den Schwenk von Anklam nach Greifswald denke, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Es tut mir leid, das an dieser Stelle sagen zu müssen. An dieser Stelle haben Sie sich verhalten wie ein sogenannter Hinterbänkler und nicht wie ein Regierungschef. Der sollte nämlich erst denken und dann sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Heinz Müller, SPD: Unglaublich, Herr Ritter!)

Das haben Sie aber ganz offensichtlich durcheinandergebracht, wenn man sich den künftigen Landkreis Südvorpommern vor Augen führt. Sie haben in dieser Frage nicht geeint, Sie haben in dieser Frage zusätzlich gespalten. Sie haben nicht versachlicht, sondern Sie haben sich persönlich hinreißen lassen. Und das kann keine Entscheidungsgrundlage sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, war die abschließende Beratung im Innenausschuss daher auch schon ein wenig abenteuerlich. Da waren seitens der CDU-Fraktion Abgeordnete zugegen, die hat man während des gesamten Gesetzgebungsprozesses

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Nicht gesehen.)

nur selten im Ausschuss gesehen, geschweige denn gehört. Sie hatten nicht einmal die notwendigen Unterlagen mit, Hauptsache, den Arm bei der Abstimmung so heben, dass es für die Koalitionsmehrheit reicht.

(Udo Pastörs, NPD: Herr Müller, haben Sie das übersehen?)

Phasenweise konnten die Koalitionäre nicht mal ihre eigenen Änderungsanträge erklären

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Genau.)

und mussten das Innenministerium um Amtshilfe bitten.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist Kompetenz, was?)

Nun, sehr erhellend waren die Ausführungen des Innenministeriums an dieser Stelle auch nicht. Schließlich wurden bei der Festlegung der Kreissitze die Argumente so hingebogen, dass es eben koalitionsmehrheitsfähig war.

(Torsten Renz, CDU: Das stimmt doch nicht, Herr Ritter. Das wissen Sie doch. – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Nur sachgerecht, Herr Renz, war es eben nicht.

Hören Sie bitte zu! Da wurde zum Beispiel behauptet, dass der Kreissitzverlust für Parchim schwerer zu verkraften wäre als für Ludwigslust. Das mag ja sein. Aber ist der Kreissitzverlust für Anklam nicht noch schwerer zu verkraften? Plötzlich zählte dieses Argument nicht mehr.

(Heinz Müller, SPD: Es gibt doch auch Gegenargumente. Die muss man gegeneinander abwägen. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist Ihre Meinung.)

Es wurde ein neues Argument eingeführt, Herr Müller, entgegen unseren Vereinbarungen im Innenausschuss. Es wurde das Argument der Rolle als Oberzentrum eingeführt.

(Heinz Müller, SPD: Das haben wir immer dringehabt. – Regine Lück, DIE LINKE: Immer, wie man es braucht.)

Die oberzentrale Rolle Greifswalds ist also für Süd-vorpommern das entscheidende Kriterium. Wenn aber das Kriterium „Rolle als Oberzentrum“ als entscheidendes Kriterium gilt, dann müsste doch eigentlich Schwerin Kreisstadt im Landkreis Südwestmecklenburg werden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, das ist ein guter Vorschlag. – Heinz Müller, SPD: Gehört allerdings nicht zum Kreis.)

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, fachliche Argumente in ihrer Gesamtschau und ihrer Gesamtabwägung zählten für die Kreissitzentscheidung der Koalition nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Heinz Müller, SPD: Genau das haben wir gemacht.)

Genau das nicht. Gibst du mir, so gebe ich dir, lautete die Devise.

Und wie abenteuerlich muss es schon sein in einer Regierung, wenn heute noch so kurz vor ultimo der stellvertretende Ministerpräsident einen Änderungsantrag einbringt für die Kreissitzfrage und sich entgegen der Entscheidung der Koalition jetzt für Waren ausspricht?

(Toralf Schnur, FDP: Ja.)

Ich verstehe die Welt nicht mehr, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(allgemeine Unruhe – Harry Glawe, CDU: Ludwigslust steht auch. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, Andreas Bluhm, DIE LINKE, und Helmut Holter, DIE LINKE)

Dabei, meine sehr verehrten Damen und Herren, hatte das Innenministerium, ich wiederhole,

(Toralf Schnur, FDP: Herr Backhaus übrigens auch.)

im Ersten Entwurf zur Verbandsanhörung durchaus schlüssige Kriterien für die Kreissitze dargestellt und auf dieser Grundlage Vorschläge für die Kreissitze erarbeitet.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Warum, Herr Innenminister, haben Sie sich an dieser Stelle das Heft des Handelns aus der Hand nehmen lassen?

(Toralf Schnur, FDP: Er hat es doch nie in der Hand gehabt.)

Wiegt die Angst vor einem Plakat „HGW ade dank SELLER und Caffier“ so stark,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ja, das ist hier die Frage. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dass Sachargumente weichen müssen und vor allem im Falle von Anklam ein weiteres Ausbluten einer ganzen Region wissentlich in Kauf genommen wird?

(Harry Glawe, CDU: Aber wir sind doch mit federführend dabei.)

Das kann doch keine vorausschauende Politik sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben die Chance, diese Fehlentscheidung zu verhindern. Die Kollegin Frau Reese und ich haben Änderungsanträge zugunsten von Anklam vorgelegt, die von meiner Fraktion unterstützt werden. Votieren Sie für Anklam und geben Sie der Region eine Chance!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ebenso bitte ich Sie um Zustimmung zu den anderen Änderungsanträgen meiner Fraktion. Wir wollen, ich wiederhole:

- den Vollzug der Reform an die nächste reguläre Kommunalwahl im Jahr 2014 koppeln, damit den Kreisen und den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern Luft zum Atmen gegeben wird.

(Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

- Wir wollen, dass die Gleichstellungsbeauftragten mit Konstituierung, sofort mit Konstituierung der neuen Kreistage bestellt werden, damit sie sofort auf ordentlicher Grundlage arbeiten können.

- Wir wollen die Altfehlbetragsumlage streichen, damit die Kommunen nicht noch für eine falsche Reform bluten müssen.

- Wir wollen die Kommunalisierung der Aufgaben der bisherigen Ämter für Landwirtschaft und für Umwelt und Natur, damit die Funktionalreform wenigstens etwas Sinn bekommt.

- Wir wollen für die neuen Kreistagsfraktionen hauptamtliche Unterstützung, und zwar eine solche Unterstützung, die nicht von der Haushaltslage der Kreise abhängig gemacht wird.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Sehr richtig.)

- Und wir wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass geprüft wird, wie in den künftigen Kreisen die Arbeit der kommunalen Ausländerbeauftragten neu geregelt und gestärkt werden kann.

Zeigen Sie mit einer Zustimmung zu unseren Anträgen, dass Sie die Kritiken und Hinweise der Anhörungen und der vielen schriftlichen Stellungnahmen wirklich so ernst nehmen, wie Sie es immer gern behaupten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Namens meiner Fraktion beantrage ich zur Abstimmung über die Kreissitze und zur Endabstimmung zu beiden Gesetzentwürfen namentliche Abstimmung. – Danke schön.

(lang anhaltender Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Sehr gut. – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Kollege Ritter, Entschuldigung, es tut mir leid, Ihnen das sagen zu müssen, aber ich habe selten eine so schlechte Rede von Ihnen gehört wie heute zu dem großen Thema Kreisgebietsreform.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zurufe von Gabriele Měšťan, DIE LINKE, Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Sie ist deswegen so schlecht, weil Sie nicht mit einem Wort ein Angebot gemacht haben, wie denn die Alternative aussehen soll aus Sicht der Opposition.

(Regine Lück, DIE LINKE: Dann haben Sie aber nicht zugehört. – Toralf Schnur, FDP: Wir sind hier nicht auf dem Jahrmarkt.)

Ich rede nicht über den Jahrmarkt.

Es ist einfach alternativlos. Und wer sich dieser Frage nicht stellt, der sorgt dafür, dass wir in naher Zukunft das Licht in den Kommunen ausschalten müssen.

(Toralf Schnur, FDP: Das machen die Kommunen heute schon. – Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ein Ehrenamt im Dunkeln wird es mit den Koalitionsfraktionen nicht geben. Und deswegen stellen wir uns ganz klar dieser Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Aus diesem Grund bin ich auch sehr enttäuscht über Ihre Ausführungen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist gut, wenn die Koalition enttäuscht ist.)

Aber ich denke, Kollege Müller und auch die anderen Kollegen aus den Fraktionen werden noch auf einen Teil der Inhalte eingehen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und was mich auch enttäuscht hat: Sie hätten ja wenigstens ansatzweise Teile der alten Verwaltungsmodernisierung verteidigen müssen. Sie haben Sie selber mit eingebracht.

(Irene Müller, DIE LINKE: Richtig.)

Und falls es Ihnen entgangen ist, der eine oder andere Teil aus diesem Gesetzgebungsverfahren findet natürlich auch Eingang in das Gesetzgebungsverfahren.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das ist doch selbstverständlich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Irgendwie hat Sie das alles schwer getroffen, Herr Innenminister.)

Und dass man dazu steht und das auch dementsprechend ausführt, ist doch vollkommen selbstverständlich.

(Udo Pastörs, NPD: Sie müssen davon reden, dass man zu etwas steht, Sie Witzfigur!)

Meine Damen und Herren, ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Einen Moment, Herr Minister.

Herr Abgeordneter Pastörs, Sie haben soeben den Innenminister beleidigt. Ich erteile Ihnen hiermit den Ausschluss von der heutigen Sitzung. Bitte verlassen Sie sofort den Saal!

(Stefan Köster, NPD: Damit gefährden Sie, Frau Präsidentin, das gesamte Gesetzvorhaben, denn Sie rauben einem Abgeordneten die Stimme.)

Herr Abgeordneter Köster, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Sie haben die Entscheidungen des Präsidiums hier vorne weder zu bewerten noch zu kommentieren.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Stefan Köster, NPD)

Herr Minister, ich bitte Sie, Ihre Rede fortzusetzen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Minister Lorenz Caffier: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, heute Abend wird in Südafrika das zweite Halbfinale gespielt.

(Toralf Schnur, FDP: Jawoll!)

Wir drücken, glaube ich, alle der deutschen Mannschaft die Daumen.

(Toralf Schnur, FDP: Das ist unfair jetzt. Das ist jetzt eine ganz unfaire Nummer.)

Mit der Verwaltungsreform, meine Damen und Herren, sind wir schon eine Runde weiter.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wir sind letztendlich im Finale.

(Toralf Schnur, FDP: Und hier sind wir auf dem Abstiegsplatz.)

In der ersten Halbzeit ging es um das Verwaltungsmodernisierungsgesetz. Das ist schon mehrmals hier angesprochen worden, das Landesverfassungsgericht hat uns die Rote Karte gezeigt. Jetzt sind wir am Ende der zweiten Halbzeit. Es geht um das Kreisstrukturgesetz

und um das Aufgabenübertragungsgesetz. Obgleich klar ist, dass es hierzu noch eine Verlängerung um ein Gerichtsverfahren geben wird, wird es, und das ist der große Vorteil gegenüber der Fußballweltmeisterschaft, bei unserem Finale keine Verlierer geben.

(Toralf Schnur, FDP: Es gibt auch keinen einzigen Gewinner. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Durch die erheblichen Einsparungen, die keiner wegdiskutieren kann, die uns beide Reformgesetze verschaffen, werden alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu Gewinnern. Durch effektivere Strukturen mit weniger Doppelzuständigkeiten und letztendlich auch Abstimmungsschwierigkeiten

(Toralf Schnur, FDP: Das stimmt doch vorn und hinten nicht.)

werden alle Kreise und Städte dieses Landes zu Gewinnern.

(Toralf Schnur, FDP: Keiner gewinnt.)

Zur Kreisstrukturreform und zum Funktionalreformübertragungsgesetz liegen derzeit keine alternativen Vorschläge vor, die auch ansatzweise nur dazu beitragen könnten, dass über andere Formen gesprochen oder diskutiert wird.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Wir brauchen die Reform dringend, und zwar jetzt, um den Bestand unseres Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern langfristig sichern zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Torsten Renz, CDU: Richtig.)

Wie bei der Fußball-WM ist auch bei den beiden Reformgesetzen der Großen Koalition der Weg nicht immer leicht gewesen.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Genau das, was eine gute Mannschaft ausmacht, nämlich in entscheidenden Momenten, dann, wenn es darauf ankommt, zusammenzuhalten und zusammenzustehen, genau das hat die Große Koalition immer wieder gezeigt. Und das werden Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, am Ende des heutigen Tages, wenn es zur Abstimmung kommt, erleben.

(Toralf Schnur, FDP: Na?!)

Mag auch der eine oder andere Bürgerschaftspräsident sich gerne auf Bildern als vermeintlicher Freiheitskämpfer verewigt sehen, mag auch der eine oder andere Bürgerschaftspräsident auf lokaler Ebene seine Fraktion verlassen, aber was auf dem Fußballfeld genauso wie im Landtag zählt,

(Toralf Schnur, FDP: Gefoult wird nicht.)

das ist die Teamarbeit und das ist letztendlich auch die Teamfähigkeit. Einzelspieler haben auch in Südafrika nicht zum Erfolg geführt, sondern letztendlich die Mannschaftsleistung.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Die Mannschaftsleistung von CDU und SPD wird am Ende der Abstimmung auch stimmen, meine Damen und Herren.

Sehr geehrter Herr Ritter, die CDU als Ganzes und auch ich ganz persönlich, weil Sie mich ja mehrmals angesprochen haben,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind doch Innenminister.)

waren in der Tat, und das wird man ja wohl noch mal sagen dürfen, ohne sich entschuldigen zu müssen, Gegner des alten Verwaltungsmodernisierungsgesetzes.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Dazu stehe ich auch noch heute ohne jeden Vorbehalt, dazu steht meiner Meinung nach auch die Fraktion ohne Vorbehalt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

auch wenn sich Betrachtungsweisen zu einzelnen Punkten elementar verändert haben.

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber das soll ja in der Politik nicht strafbar sein, dass man andere Betrachtungsweisen bekommt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und wir dürfen das nicht, oder was?! Das steht uns auch zu.)

Aber, und das ist ganz wichtig und ein großer Unterschied zu Ihnen, wir waren nie gegen die Modernisierung unseres Landes,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das können Sie uns nicht unterstellen. Dagegen waren wir auch nicht 1994.)

wir waren nie gegen die Reform.

(Zurufe von Andreas Bluhm, DIE LINKE, Wolfgang Griese, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Wir waren nur, und das sind wir auch heute noch, gegen Gesetze, die vom Ansatz her nach unserer Auffassung

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

falsch angelegt waren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Toralf Schnur, FDP: Ihr habt gesagt, die Funktionalreform brauchen wir. – Zurufe von Gabriele Měšťan, DIE LINKE, und Michael Andrejewski, NPD)

Eine andere Ansatzweise hätte vermutlich auch meine Fraktion damals mitgetragen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Irene Müller, DIE LINKE: Spagat bei Männern tut weh. – Toralf Schnur, FDP: Das ist ja wohl ein Witz! – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ja, dass Sie lachen, meine Damen und Herren von der FDP, kann ich verstehen. Sie waren damals noch gar nicht dabei.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Meine Damen und Herren, die Koalition aus SPD und CDU hat schon in ihrem ersten Jahr gemeinsamer Arbeit ein hohes Maß an Mannschaftsgeist bewiesen,

(Toralf Schnur, FDP: Och!)

denn bereits im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf verständigt, egal wie das Landesverfassungsgericht urteilt, wir akzeptieren jede Entscheidung der Schiedsrichter. Und wir sind mit der Entscheidung professionell umgegangen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Es war auch keiner so entsetzt wie Sie. – Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Toralf Schnur, FDP)

Es gab kein Nachtreten und keine Häme, sondern wir haben uns sofort gemeinsam an die Arbeit gemacht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Dennoch hat nicht nur das Urteil des Gerichtes, sondern vor allem das daran anschließende Verfahren, das neue Verfahren, in dem die Landesregierung eine Reform im Dialog entwickelt hat, gezeigt, dass die Klage zumindest dazu beigetragen hat, dass der Ansatz zum Gesetz in der Herangehensweise verändert worden ist. Und das soll ja wohl auch nicht strafbar sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Vincent Kokert, CDU: Das müssen Sie mal zur Kenntnis nehmen! – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Am Ende des langen Diskussionsprozesses stehen eine aufeinander abgestimmte Kreisstrukturreform und eine Funktionalreform,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ha, ha, ha! – Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE, und Toralf Schnur, FDP)

die eine Einheit bilden, sehr geehrter Herr Kollege Ritter. Das kann ja auch nicht anders sein.

(Irene Müller, DIE LINKE: Sehen Sie sich die Anhörung mal an!)

Die Ausgangslage des Landes und seiner Kommunen hat sich in den letzten Jahren ja nicht verändert, aber, und das ist der Entscheidende, der Weg ins Finale war dieses Mal ein ganz anderer.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Und das, was heute zur Beratung ansteht, hat auch einen ganz anderen Inhalt.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Deshalb können wir auch heute dieser Reform zustimmen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Zum Verfahren, falls Sie das vergessen haben, Herr Ritter, will ich nur so viel sagen: Grundlage der beiden Gesetze ist das vom Landtag im April 2008 beschlossene Leitbild für eine Kreisgebietsreform.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wo Sie Tausendmal dagegen verstoßen. Tausendmal haben Sie dagegen verstoßen. – Toralf Schnur, FDP: Sie haben sich doch nicht daran gehalten.)

Schon am Ausgangspunkt der Reform wird deutlich, dass am Anfang der Überlegung nicht ein Blick auf die Landkarte stand, sondern ein von Ihnen, von den Landtagsabgeordneten erarbeiteter Auftrag an die Landesregierung. Dieser Auftrag lautete, innerhalb eines vom Landtag vorgegebenen Rahmens die bestmögliche Kreisstruktur und die daran gekoppelte bestmögliche Aufgabenverteilung für unser Land zu finden. Auf diesem Ihrem Leitbild aufbauend wurden die gesamte Reform und damit auch die Kreiszuschnitte von der Landesregierung im ständigen Dialog mit allen Kommunen des Landes entwickelt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, das war meistens ein Monolog!)

Ich selbst ...

Darauf komme ich noch.

Ich selbst habe mehrere Male alle Kommunen im Land aufgefordert, mir ihre Vorstellungen mitzuteilen. Ich habe vor Ort in allen Landkreisen und in allen kreisfreien Städten mit den Vertretern der Kommunen und mit den Vertretern der Fraktionen diskutiert und um Lösungen gerungen. Das Angebot für alle war da. Wer es nicht wahrgenommen hat, muss sich hinterher nicht darüber beschweren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben bloß nicht zugehört. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

So hat sich im Laufe der Zeit in einem ständigen Diskussions- und Verbesserungsprozess

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

aus zunächst 13 verschiedenen detailliert untersuchten Modellen und Varianten das Modell herauskristallisiert, welches dem Gesetzentwurf der Landesregierung letztendlich zugrunde lag.

Die Damen und Herren Abgeordneten im Innenausschuss haben dann die kommunalen Vertreter erneut zweimal schriftlich und an insgesamt sechs Tagen persönlich zu Wort kommen lassen. Dass am Ende einer solchen Veranstaltung nicht alle Vorstellungen, die vorgebracht wurden, umgesetzt werden konnten, liegt dabei auf der Hand. Es gilt ja, eine Reform zu machen, die im gesamten Land Mecklenburg-Vorpommern auf Dauer starke und leistungsfähige Strukturen schafft. In allen diesen verschiedenen Anhörungs- und Diskussionsphasen wurden aber immer wieder zahlreiche Anregungen aufgegriffen, näher betrachtet und bewertet, intensiv das Für und Wider abgewogen. Viele neue Ideen haben jetzt ihren Niederschlag in dem Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf gefunden.

(Toralf Schnur, FDP: Das sind so gut wie keine.)

Es ist doch ganz klar, jedes Modell einer neuen Kreisstruktur, auch das jetzige, hat nicht nur Vor- oder nur Nachteile, jedes Modell hat mehr oder weniger gute Seiten. Beim jetzt zur Abstimmung stehenden 6+2-Modell sind aber schlicht die Vorteile am größten und die Nachteile am geringsten. Deswegen ist dieses Modell für unser gesamtes Land Mecklenburg-Vorpommern auch das beste. Und infolge des jederzeit nachvollziehbaren und dokumentierten umfangreichen Abwägungs- und Diskussionsprozesses sowohl innerhalb der Regierung als auch innerhalb des Parlaments ist das Modell auch rechtssicher.

(Toralf Schnur, FDP: Das haben schon ganz andere gesagt.)

Meine Damen und Herren, für die Aufgabenzuordnung gilt genau dasselbe. Auch bei der Funktionalreform gibt es nicht die einzig richtige Lösung. Jeder Vorschlag – jeder! – stößt auf Befürworter und stößt auf Gegner. Ich will nicht verhehlen, dass ich mir persönlich und meiner Partei mehr Übertragungen gewünscht hätte. In einer solchen Situation sind in einer Koalition immer Kompromisse zu suchen. Wir haben in der Sache hart miteinander gerungen.

(allgemeine Unruhe –
Toralf Schnur, FDP: Das kann man sich gar nicht vorstellen bei dem Ergebnis.)

Das Ergebnis, das jetzt auf dem Tisch liegt, ist ein guter Kompromiss.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Auch die Fähigkeit, Herr Ritter, im Dienst der Sache vernünftige Kompromisse schließen zu können,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

gehört zum Team, zur Teamfähigkeit und zum Teamgeist. Das hat die Koalition bewiesen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das ist unglaublich! – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Wenn also behauptet wird, die Regierung oder der Landtag oder beide hätten die Reform durchgepeitscht, man sei beratungsresistent gewesen, wir hätten keine alternativen Modelle diskutiert, es habe keinen Dialog gegeben oder Ähnliches, wie die in Zeitungen nicht nur in den letzten Tagen nachzulesenden Artikel, dann ist dieses schlicht Nonsens. Es ist nicht die Wahrheit. Im Fußball würde man sagen, es ist eine Schwalbe, und dafür würden Sie die Gelbe Karte bekommen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.)

Meine Damen und Herren, aber auch der Inhalt der beiden Gesetze ist ein ganz anderer als damals.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ihre Schwalbe fliegt ziemlich tief, Herr Caffier. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)

Ich könnte hier zahlreiche Punkte nennen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie man an Nordvorpommern sieht, ist das ganz anders.)

will mich aber auf die großen Unterschiede konzentrieren.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, ja, ja, ja, ja. – Peter Ritter, DIE LINKE:
Ganz anders, ganz anders.)

Statt nur noch fünf Großkreise, in die auch eine Stadt wie Rostock mit 200.000 Einwohnern eingekreist worden wäre, wird es künftig sechs Landkreise und zwei kreisfreie Städte geben.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Donnerwetter! –
Peter Ritter, DIE LINKE: He!)

Es gibt keinen Landkreis, Herr Ritter, der 7.000 Quadratkilometer groß ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sechs Monsterkreise! Sechs Monsterkreise! –
Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Der größte Landkreis, die Region um die Müritz, soll nach der von der beteiligten Kommune vehement geforderten Aufnahme der Hansestadt Demmin

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Toralf Schnur, FDP)

und der Gemeinden des Amtes Demmin-Land rund 5.074 Quadratkilometer sein.

(allgemeine Unruhe –
Toralf Schnur, FDP: Ja.)

Ziel der Aufgabenübertragung der Kreise ist es eben nicht, dass das Land möglichst viel an Aufgaben und Personal abwälzen kann. Nicht die Menge steht im Vordergrund, sondern der Anspruch, den die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft an die Verwaltung haben. Diejenige Behörde soll eine Aufgabe wahrnehmen und durchführen, die dieses am besten und auch am kostengünstigsten kann. Dies hat hier seinen Eingang gefunden.

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Toralf Schnur, FDP)

Ich denke, dieser Eingang wird auch Bestand haben, denn in Zukunft wird natürlich diese Übertragungsfrage ein weiterer fließender Prozess sein und ist nicht ausschließlich am heutigen Tag damit abgeschlossen.

(Toralf Schnur, FDP:
Das geht den Bach runter, ja.)

Neben diesen maßgeblichen Unterschieden zum Verwaltungsmodernisierungsgesetz will ich hier auch kurz noch einen weiteren wesentlichen Inhalt benennen: Wir schaffen eine neue kreiskommunale Struktur, die auf Dauer die notwendige Leistungskraft besitzt,

(Toralf Schnur, FDP: Ach!)

auch mit den veränderten Rahmenbedingungen – das kann keiner wegdiskutieren, dass die sich verändern – zurechtzukommen.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

„Wir schaffen jetzt“, und jetzt darf ich mal mit den Worten des Leitbildes zitieren, „nachhaltig tragfähige und effiziente Verwaltungsstrukturen und erhalten und stärken dabei die ganz überwiegend ehrenamtlich ausgeübte kommunale Selbstverwaltung.“ Zitatende.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das glauben auch nur Sie.)

Die Landkreise und auch die eingekreisten Städte können ganz erhebliche Einsparungen erzielen und dabei ihre Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft in einer besseren Qualität erbringen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Nicht zuletzt das Gutachten des Landesrechnungshofes zeigt auf, dass in den bestehenden Strukturen,

(Toralf Schnur, FDP: Das war qualitativ kaum zu überbieten.)

gerade wegen der Kleinteiligkeit, die wir derzeit haben, viele Einsparungen nur dann nötig wären, wenn man erhebliche Qualitätseinbußen in Kauf nehmen würde.

Dies kann doch in diesem Hause nicht ernsthaft jemand wollen.

Meine Damen und Herren, kein heutiger Kreissitz wird zum Verlierer der Reform. Natürlich gibt es Städte, die künftig nicht mehr die Bezeichnung „Kreisstadt“ führen werden, und selbstverständlich wird dies auch vor Ort, dort, wo das nicht mehr ist, als Verlust empfunden. Aber auch weiterhin werden diese Städte doch Sitze von Teilen der Kreisverwaltung sein, werden Außen- oder Nebenstellen beherbergen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Keiner der neuen Landkreise wird am Sitz der neuen Kreisverwaltung neue große Gebäude errichten können.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die hierfür notwendigen überschüssigen Finanzmittel müssen sich die neuen Kreise ja erst einmal erwirtschaften.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Von mir als Innenminister wird es jedenfalls keine Kreditgenehmigung und schon gar keine Sonderbedarfszuweisung dafür geben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Vincent Kokert, CDU: Sehr gut, sehr gut. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Trotzdem wird das Land die dann künftig ehemaligen Kreisstädte mit Mitteln, die zusätzlich zu den Finanzzuweisungen nach dem FAG gezahlt werden, unterstützen. Bereits am 1. Januar 2012 werden hier je Stadt 1,2 Millionen Euro ausgezahlt. Und natürlich wird sich die Landesregierung auch neben diesen gesetzlich fixierten Zahlungen darum bemühen, den Städten im Rahmen der Möglichkeiten auch auf anderen Wegen beiseitezustehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Im Wege zu stehen, ja.)

Eigentlich haben alle, Kollege Ritter, Städte den Kreissitz verdient.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Jede Stadt, und der Ministerpräsident ist schon mal darauf eingegangen, ist auf ihre Art lebens- und lebenswert.

(Toralf Schnur, FDP: Das
ist aber ein Wunschkonzert.)

Jede Stadt wäre ohne Weiteres in der Lage, Hauptsitz der Kreisverwaltung zu sein. Nur brauchen wir eben bei nur noch sechs Landkreisen auch nur noch sechs offizielle Kreissitze.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Je nachdem, welchen Aspekt man in den Vordergrund stellt, kann es am Ende eben nur die eine oder die andere Stadt sein.

(Toralf Schnur, FDP:
Es kann nur einen geben, ja.)

Gestatten Sie mir hierzu auch eine persönliche Bemerkung, weil Sie mich ja angesprochen haben, Herr Ritter: Wie die Diskussion in den Medien zeigt, die seit der Beschlussempfehlung des Innenausschusses täglich zu beobachten ist, ist die Kreissitzfrage sehr wohl ein

Thema, das die Bürgerinnen und Bürger nicht nur interessiert, sondern das ihnen offensichtlich am Herzen liegt. Ich verhehle nicht, dass ich mir nach wie vor eine andere Lösung gewünscht hätte, sie ist aber von der Mehrheit in der Form nicht getragen worden. Und deswegen akzeptiere ich auch als Demokrat,

(Toralf Schnur, FDP: Na, wer
ist denn hier der Innenminister?)

dass es eine andere Entscheidung gibt. Und ich werde heute auch meine Stimme für einen der Kreissitze abgeben.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Aber Sie müssen auch respektieren, dass in den Fraktionen zu der Frage – genau wie 1994, das müssten Sie noch wissen – eben der Fraktionszwang aufgehoben ist.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Insofern ist es nicht von vornherein klar, wer wo wie seine Stimme abgibt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Es waren sieben dagegen und fünf dafür.)

Also, Frau Borchardt, wissen Sie, Sie selber waren nun mal mit in der Regierung

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ja, sieben waren dagegen und fünf dafür.)

und haben hier hinreichend oft Vorträge darüber gehalten. Also entschuldigen Sie,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

jeder Abgeordnete kann hier frei entscheiden,

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

was die Kreissitzfrage anbelangt. Und das halte ich auch für legitim.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und von der ...

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Toralf Schnur, FDP)

Davon werde ich genauso Gebrauch machen wie die anderen Kollegen des Landtages.

Auch zur oft kritisierten Fläche der Landkreise, Herr Ritter, insbesondere des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte will ich einige Worte sagen, weil es eben nicht so ist, wie Sie es dargestellt haben. Die neuen Landkreise werden, von Nordwestmecklenburg abgesehen, die größten in Deutschland sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sage ich doch.)

Sie werden aber auch, das müssen Sie dann immer dazusagen, die am dünn besiedeltesten sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na und?!)

Sie werden durchschnittlich von nur 51 Menschen je Quadratkilometer bewohnt werden.

(Irene Müller, DIE LINKE: Eben, eben. –
Toralf Schnur, FDP: Das war
doch schon immer so.)

In dieser Situation müssen ganz einfach Landkreise entstehen, die eine große Fläche haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das haben Sie doch damals beklagt. Sie haben das doch damals beklagt, Herr Caffier.)

Unter Einbeziehung von Außenstellen und mit der entsprechenden Flexibilität vor Ort jedenfalls

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sprachen von Monsterkreisen, nicht wir.)

wird dies aber sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die ehrenamtlichen Kreistagsmitglieder zu bewältigen sein. Die Alternative ist schlicht und einfach, dass man in 20 Jahren in kleinen einwohnerschwachen Kreisen lebt, in denen das Licht ausgeht und eben niemand – ich wiederhole, niemand! – mehr das Geld hat,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

nicht die Kreise, nicht das Land und auch nicht die Gemeinden, es wieder anzuschalten. Und das können und wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land schlicht nicht zumuten. Ein Ehrenamt im Dunkeln können wir nicht wollen.

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Ich bin mir sicher, das will auch vor Ort niemand. Wir würden uns damit dauerhaft ins Abseits stellen und die Existenz dieses Bundeslandes gefährden.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Keiner von uns, Herr Ritter, keiner weiß, wo die verfassungsrechtliche Grenze für die Fläche von Kreisen liegt,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie wussten es damals. –
Toralf Schnur, FDP: Ja.)

das hat schon das Landesverfassungsgericht ausdrücklich so bestätigt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie wussten es damals, Herr Caffier.)

Man muss dann allerdings das Urteil an dieser Stelle auch ganz genau lesen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja!)

Die Richter sagen ausdrücklich: Auch wir wissen nicht, an welcher Stelle ein Landkreis zu groß ist.

(Toralf Schnur, FDP:
Das werden wir ja bald sehen. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die Richter haben ausdrücklich nicht gesagt, der Kreis Nordwestmecklenburg mit 7.000 Quadratkilometern und der Kreis Mecklenburgische Seenplatte mit damals 5.800 Quadratkilometern ist zu groß. Das sagen sie eben nicht. Sie sagen, was diese beiden Kreise angeht, sind Bedenken nicht von der Hand zu weisen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und, sehr geschätzter Herr Kollege Ritter, genau das tut ja auch heute niemand, nicht die Landesregierung, nicht die Fraktion der CDU, nicht die Fraktion der SPD und ich ganz persönlich auch nicht. Wir alle sehen die Bedenken, die es gibt. Wir gehen aber nicht leichtfertig damit um und wir wischen sie nicht einfach vom Tisch. Nein, ganz im Gegenteil, wir nehmen die Bedenken sehr ernst

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach?! –
Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

und kommen am Ende eines Diskussions- und Überlegungsprozesses dazu, dass wir sagen: Ja, trotz der Bedenken ist der Kreis Mecklenburgische Seenplatte mit 5.470 Quadratkilometern notwendig. Keiner in der Koalition sagt, die Kreisfläche ist Spitze, die ist toll, lass uns doch möglichst lauter solche großen Kreise machen. Wir sagen, der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte hat sich im Dialog entwickelt. Zuletzt, und das wissen Sie am Allerbesten, wollten die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Demmin und aller Gemeinden des Amtes Demmin-Land

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, weil sie Ihren Unsinn nicht mitmachen wollten mit der Kreisteilung.)

und des Landkreises Demmin insgesamt diesen Kreis unbedingt.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es ist also offensichtlich: Die Gestalt des Landkreises ist ein Prozess der Diskussion. Er ist im Miteinander entstanden, nicht im Gegeneinander

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

und eben nicht am grünen Tisch. Das macht ihn aus meiner Sicht auch in der Zukunft gerichtsfest.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Im Übrigen ist die Kreisstrukturreform natürlich ein Gesamtpaket, auch vor dem Landesverfassungsgericht. Um das zu wissen, muss man in der Tat nicht Jurist sein. Es ist ein Paket aus zahlreichen einzelnen Päckchen. Und da macht es einen großen Unterschied, davon bin ich überzeugt, ob sich ein Gericht mit am Reißbrett entworfenen Kreisen konfrontiert sieht, von denen der größte 7.000 und der zweitgrößte 5.800 Quadratkilometer ist,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

oder ob die Kreisstruktur im Dialog entstanden ist und die beiden größten Kreise 5.474 Quadratkilometer beziehungsweise 4.750 Quadratkilometer groß sind,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

das ist etwas ganz anderes.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Der Zuschnitt des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte ist dabei nur ein Beispiel dafür, dass im Verfahren, auch noch im Landtagsverfahren, immer wieder auf Kritik eingegangen wurde

(Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

und die Entwürfe entsprechend verändert wurden.

Ein Weiteres will ich Ihnen stellvertretend für zahlreiche andere noch nennen, die ursprünglich vorgesehene Übertragung des Aufgabenbereiches „Arbeitsschutz und Technische Sicherheit“ auf die Landkreise und kreisfreien Städte. Infolge der Kritik aus den Reihen der Wirtschaftsverbände und der Beschäftigtenvertretungen wurde auf die Übertragung dieser Aufgaben verzichtet, stattdessen wurde eine weitere Forderung des kommunalen Landesverbandes erfüllt.

Die kommunale Seite hat sich wiederholt für eine verstärkte Aufgabenübertragung im Bereich Jugend und Soziales eingesetzt. Neben der bereits vorgesehenen Übertragung im Bereich des Bundeselterngeldes und -elternzeitgesetzes erfolgt nun auch mehr eine

Übertragung des Feststellungsverfahrens im Schwerbehindertenrecht. Auf diese Weise können die Landräte und kreisfreien Städte ihre Funktion als Bündelungsbehörde weiter ausbauen und für die Bürger eine Vielzahl von Dienstleistungen aus einer Hand anbieten. Zusammen mit den Aufgaben des Landesjugendamtes, die der Kommunale Sozialverband Mecklenburg-Vorpommern wahrnehmen wird, werden zukünftig alle Vollzugsaufgaben der öffentlichen Jugendhelfer auf der kommunalen Ebene angesiedelt

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

und so noch mehr Doppelstrukturen zu dem Thema abgebaut.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Da gab es auch massive
Proteste von den Betroffenen.)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, wir haben aber auch insgesamt eine Funktionalreform vor uns, die mit Augenmaß gemacht wurde. Künftig wird der am besten geeignete Verwaltungsträger die jeweilige Aufgabe wahrnehmen. Unter setzt wird dieses Ziel jetzt schon im Leitbild durch drei Kriterien: Wirtschaftlichkeit und Effizienz, Bürger- und Wirtschaftsnähe, Rechtssicherheit.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Auch wenn die Zahl der Stellen, die vom Land übergeht, mit 300 Stellen auf den ersten Blick eher bescheiden wirken mag,

(Toralf Schnur, FDP: Auch auf den zweiten.)

so stelle ich nochmals eindeutig heraus,

(Vincent Kokert, CDU: Eine Kreisverwaltung! –
Toralf Schnur, FDP: Nicht mal, nicht mal.)

dass es sich um einen hochwertigen Aufgabenkomplex handelt. Aufseiten des Landes werden endlich die so viel kritisierten Doppelstrukturen abgebaut. In den Landkreisen und kreisfreien Städten werden die vorhandenen Aufgabenkataloge in Zukunft sinnvoll ergänzt. Die Kreisebene kann künftig ihre Funktion als Bündelungsbehörde weiter ausbauen. Die Qualität zählt am Ende, nicht die Quantität.

Meine Damen und Herren, auch in der Frage der Einkreisung haben wir sorgsam abgewogen. Im Leitbild des Landtages heißt es hierzu, ich zitiere: „Es ist abzuwägen, ob dem Interesse einer nachhaltigen Entwicklung des gesamten Landes eine Einkreisung kreisfreier Städte oder eine Aufrechterhaltung der Kreisfreiheit zweckdienlicher ist.“ Zitatende. Bei der danach gebotenen Gesamtbetrachtung aller kreisfreien Städte des Landes und aller Landkreise sind wir im Ergebnis dazu gekommen, dass dem Gemeinwohl am besten gedient wird, wenn die vier kleineren kreisfreien Städte dieses Landes eingekreist werden.

Ich bin fest davon überzeugt, dass alle vier Städte auch nach der Einkreisung eine herausgehobene Rolle in diesem Land spielen werden und ein bedeutendes wirtschaftliches, wissenschaftliches und kulturelles Zentrum unseres Landes sein werden. So gibt es bundesweit, und ich habe das schon mehrmals gesagt, eine Reihe von sehr erfolgreichen Oberzentren und Universitätsstädten in der Größenklasse zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern, die auch kreisangehörig sind. In Städten wie Lüneburg, Göttingen, Hildesheim, Gießen, Marburg, Fulda, Konstanz oder Tübingen hängt weder das Selbst-

verständnis noch die Wahrnehmung ober- oder mittelzentraler Funktionen von der Kreisfreiheit ab, meine Damen und Herren.

(Toralf Schnur, FDP: Das
machen wahrscheinlich alle.)

Und das wird auch bei uns im Land nicht anders sein. Ich jedenfalls habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass wir in unserem Bundesland in Greifswald, Neubrandenburg, Stralsund und Wismar in Zukunft dasselbe leisten und schaffen können. Sie dürfen nur nicht im eigenen Spielfeld stehen und mauern, dann, in der Tat, gehen sie mit wehenden Fahnen unter.

Als letzten Punkt will ich den Namen der Landkreise ansprechen. Wir werden heute noch vorläufige Bezeichnungen festlegen. Am Tag der Kreistags- und vermutlich Landratswahlen dürfen die Bürgerinnen und Bürger selbst – Landtagswahlen, Entschuldigung – über den endgültigen Namen der Landkreise abstimmen.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Das ist deutschlandweit einmalig, denn das hat es noch nie gegeben.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Dies ist ein nicht zu unterschätzender Beitrag dazu, dass die neuen Kreise keine Fremdkörper werden,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

sondern dass die Bürger von Anfang an in ihre Entstehung miteinbezogen werden.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, zu dem Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf zur Kreisstrukturreform und Funktionalreform liegen derzeit keine ernsthaften Alternativvorschläge vor. Auch im Dialog wurden weder der Landesregierung noch dem Landtag andere machbare und zielführende Lösungsansätze – ich betone, zielführende Lösungsansätze – vorgestellt.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Die Gründe für die Notwendigkeit der Reform sind seit Langem bekannt und immer wieder wiederholt worden. Ich kann mich dabei relativ kurzfassen und möchte es trotzdem noch mal tun in der Schlussberatung.

Mecklenburg-Vorpommern hat seit 1990 bis zum heutigen Tag 250.000 Einwohner verloren. Nach wissenschaftlicher Einschätzung wird die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2030 noch mal um die gleiche Zahl zurückgehen. Für die vielen Zuschüsse der Europäischen Union und des Bundes, die pro Kopf gezahlt werden, hat der Einwohnerverlust ganz automatisch zur Folge, dass nach Mecklenburg-Vorpommern in Zukunft erheblich weniger Geld fließt. Hinzu kommt, das ist bekannt, wenn es viele auch nicht hören wollen, der Solidarpakt II, der die neuen Länder bisher umfangreich unterstützt hat und zurzeit noch unterstützt, wird auslaufen. Statt wie derzeit noch 1 Milliarde Euro im Jahr – zurzeit sind es 920 Millionen – werden im Jahr 2020 diese Zuschüsse auf null gestellt.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Wir, das Land, seine Landkreise und seine Gemeinden müssen spätestens dann finanziell auf eigenen Füßen stehen. Und dass die Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 noch hinzukommt, sollte zumindest in diesem

Haus jedem bekannt sein. Jeder der genannten Gründe spricht für sich. Spätestens in der Zusammenschau steht für jeden, der die Augen nicht bewusst vor den Tatsachen verschließt und sich in eine andere Welt träumt, fest, dass die neuen Kreisstrukturen Hand in Hand mit der optimierten Aufgabenzuordnung jetzt kommen müssen.

Nur auf einen Punkt will ich kurz noch etwas tiefer eingehen, und zwar auf die demografische Entwicklung dieses Landes, und dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass viele, allen Lippenbekenntnissen zum Trotz, nach wie vor hier eine Reform der Kreisstrukturen komplett ablehnen. Sehr viele erzählen, man müsse schon irgendwie reformieren, nur bitte schön nicht so und auf gar keinen Fall jetzt schon. In Wahrheit wollen sie aber gar keine Reform,

(Vincent Kokert, CDU: Richtig, genau.)

sondern sie wollen alles beim Alten lassen. Und genau das geht nicht, wenn man sich die Zahlen ansieht.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Der Landtag hat in seinem Leitbild festgestellt,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dass die Landkreise in der Regel mehr als 175.000 Einwohner haben sollten. Schon bei der Kreisgebietsreform von 1994 war einer der wesentlichsten Maßstäbe, dass Teile der Landkreise unter 100.000 Einwohner haben sollten.

Betrachten wir doch einmal die prognostizierten Einwohnerzahlen: Nur drei unserer heutigen Landkreise würden in 20 Jahren gerade einmal knapp 100.000 Einwohner haben. Und schauen wir die kleinsten Kreise dieses Landes in den Zahlen für das Jahr 2030 an, dann ist alles noch erschreckender: Der Landkreis Rügen 59.000 Einwohner,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

der Landkreis Mecklenburg-Strelitz 54.000 Einwohner,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist nichts Neues.)

der Landkreis Demmin 53.000 Einwohner, ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: 17.000! –
Toralf Schnur, FDP: Das ist doch alles nichts
Neues. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich kann ja nichts dafür, wenn die Zahlen so sind, wie sie sind. Sie müssten sie vielleicht mal zur Kenntnis nehmen!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

... der Landkreis Müritzk 57.000 Einwohner. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Michael Andrejewski, NPD: Das
haben Sie hervorragend hingekriegt. –
Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

sind Zahlen, wie sie mittlere deutsche Städte aufweisen,

(Stefan Köster, NPD: Das
sind die Folgen Ihrer Politik.)

kreisangehörige Städte wohlgemerkt. Das sind keine Werte, die starke und zukunftsfähige Landkreise haben und die starke und zukunftsfähige Landkreise brauchen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wir
haben hier eine ganz andere Struktur.)

Hingegen verfügt nach unserem Gesetzentwurf künftig selbst der einwohnerschwächste neue Landkreis im Jahr 2030 noch über etwa 160.000 Einwohner, so viel wie drei der eben genannten Kreise zusammen.

(Toralf Schnur, FDP:
Ja, aber nur die drei kleinsten.)

Dass so viel weniger Menschen mit so viel weniger Mitteln ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Zahlen sind
seit 2006 bekannt. Und das haben Sie ignoriert
und beklagt. Und jetzt erzählen Sie genau
das Gegenteil. Das war lächerlich!)

Na, Herr Ritter, Sie können ja gerne mal reden. Ich habe nichts dagegen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist
doch lächerlich, was Sie hier erzählen!)

Wenn Sie meinen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, das ist
trotzdem lächerlich, was Sie hier erzählen.)

Dass so viel weniger Menschen mit so viel weniger Mitteln nicht unverändert große Verwaltungen bezahlen können, liegt nun wirklich ganz klar auf der Hand.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das war 2006 schon klar.)

Größere einwohnerstärkere Kreise sparen viel Geld, nach unserer mehrfach wissenschaftlich bestätigten Einschätzung sogar sehr viel Geld,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Monsterkreise waren das 2006. –
Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

nämlich jedes Jahr aufs Neue hohe zweistellige Millionensummen. Die neuen Landkreise werden auch vieles besser machen können als die derzeitigen kleinen Landkreise.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das haben Sie ja alles bezweifelt
vor vier Jahren. Toll, toll, toll!)

Ein größerer Landkreis kann eben eher spezialisierte Fachleute beschäftigen, während kleine getrennte Verwaltungen eher Alleskönner brauchen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die Kreisverwaltungen werden somit künftig schlagkräftiger und sie haben die Chance – und das können Sie mir glauben, das weiß ich als Rechtsaufsicht sehr wohl genau, worüber ich rede –, ihre Kräfte erheblich zu bündeln zum Wohle ihrer Bürgerinnen und zum Wohle ihrer Bürger,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hätten
wir alles schon haben können.)

zum Wohl der Unternehmen und zum Wohle der Betriebe.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die
Strukturen könnten schon längst stehen.)

Nur einen Satz am Rande: Vergleichbares gilt natürlich auch für die Landesverwaltung, weil Sie uns das ja immer vorwerfen. Auch hier wird seit Jahren Personal abgebaut.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vier sind genug, sagte die Junge Union.)

Im laufenden Personalkonzept der Landesregierung wurden bereits 8.000 Stellen eingespart. Der Abbau weiterer 5.000 Stellen ist beschlossen und in Angriff genommen. Es gilt also ganz klar: Alle Verwaltungen im Land auf allen Ebenen müssen ihren Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern erbringen.

Natürlich, meine Damen und Herren Abgeordnete, damit möchte ich zum Schluss kommen, vertreten wir alle als Landtagsabgeordnete unseren Wahlkreis, unsere Region oder Gemeinde, aber wir alle müssen doch als Landtagsabgeordnete auch das Interesse des gesamten Landes Mecklenburg-Vorpommern in den Blick nehmen.

(Angelika Peters, SPD: Sehr richtig, Herr Innenminister, sehr richtig. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Das hätten Sie mal 2006 erzählen sollen, Herr Innenminister!)

Bei diesem Gesamtinteresse des Landes ist natürlich auch immer noch Platz für lokale oder regionale Interessen. Das verbietet sich überhaupt nicht, das gehört dazu und das ist für mich auch selbstverständlich. Bei allem Lokal- und Regionalpatriotismus gilt es aber, eben nicht nur einen Landkreis oder eine große Stadt im Blick zu behalten, sondern die gesamte Landesstruktur, die gesamte Kreisstruktur. Unsere Aufgabe als Landtagsabgeordnete ist es, das Land insgesamt nach vorne zu bringen und nicht seine Existenz durch Kirchturmdenken oder durch Reformunwilligkeit zu behindern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie 2006 durch die CDU. Sehr gut, sehr gut.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, nach der zweiten Gelegenheit,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, und Sie haben das zugelassen und Ihre Meinung grundlegend geändert. Natürlich, ja, ja.)

eine Kreisstrukturreform erfolgreich zu gestalten, wird es aus meiner festen Überzeugung keine dritte Gelegenheit mehr geben.

(Angelika Peters, SPD:
Das sehen wir auch so.)

Daher mein eindringlicher Appell an Sie alle, und ich will dazu noch einmal ausdrücklich zu meinem eingangs gezeichneten Bild vom Finale zurückkommen: Der entscheidende Elfmeter steht an. Lassen Sie ihn uns alle gemeinsam, gemeinsam verwandeln! Unsere Bürgerinnen und Bürger, unsere Kinder und unsere Enkel erwarten das von uns, erwarten das von Ihnen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Beim Fußball ja,
aber nicht bei der Verwaltungsreform.
Knallrote Ohren müsste man kriegen
bei dem, was Sie da erzählen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heinz Müller für die Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich an den Anfang meiner Ausführungen, motiviert durch die bisherige Debatte, einen Gedanken stelle, der sicherlich auch ein Stückchen persönlich gefärbt ist.

(Vincent Kokert, CDU: Aber nicht persönlich werden deswegen!)

Ich bin Teil dieser Debatte, die wir in diesem Lande seit acht Jahren führen. Und ich bin froh, dass wir heute diese Debatte, so denke ich, mit einem Beschluss dieses Landtages zu einem Ende bringen. Es waren acht Jahre sehr wechselvoller Diskussionen, mal war es angenehm, mal war es unangenehm. Und als der Kollege Ritter hier eben darauf verwiesen hat, wie wir vor vier Jahren hier in diesem Landtag diskutiert haben und wie er meinem Koalitionspartner von der CDU seine damalige Haltung vorgeworfen hat – Lorenz Caffier hat dazu einiges gesagt –, hat mich das schon persönlich berührt.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Ich hätte es allerdings zu einem vollständigen Bild auch erwartet, Herr Kollege Ritter, dass Sie vielleicht mal den eigenen Sinneswandel danebenlegen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh ja, oh ja!
Herr Müller, das hätte ich auch gut
gefunden. Aber da ist er blind.)

und wir vielleicht ein vollständiges Bild bekommen, damit wir sehr deutlich sehen können, wie Sie persönlich und Ihre Fraktion in diesen vier Jahren Ihre Position gewechselt haben. Sie würden sehen, vieles war spiegelbildlich zu dem, was wir bei der CDU erlebt haben, aber vieles geht auch weit darüber hinaus.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wenn aus einer Partei und einer Fraktion, die zumindest mehrheitlich eine Fraktion mitträgt, eine Fraktion wird,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Führen Sie
doch bitte mal den Beweis, Herr Müller!)

die sich hier als die großen Verhinderer hinstellen, und das mit Argumenten, Herr Ritter – ich werde im Einzelnen noch darauf eingehen –, die in der Diskussion wenig tauglich sind.

(Unruhe bei Dr. Armin Jäger, CDU,
und Peter Ritter, DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin)

An der Universität, an der ich studiert habe ...

Herr Ritter, leihen Sie mir doch mal Ihr Gehör!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja,
Herr Dr. Jäger lenkt mich doch immer ab.)

Der war schon früher immer an allem schuld.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Er lernt nicht dazu, Herr Müller.)

Herr Kollege Ritter, an der Universität, an der ich studiert habe, stand gelegentlich mal mit Farbe an die Wand gesprüht: „Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau.)

Ich glaube, dieser Satz passt auf Sie sehr, sehr gut.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jawoll!)

Also, meine Damen und Herren, die LINKEN lehnen die Verwaltungsreform ab. Lassen Sie mich einen Blick auf die Argumentationsweise werfen, wie dies geschieht. Ich möchte dazu ein Zitat des Kollegen Torsten Koplin, von dem ich ausdrücklich sagen möchte, dass ich ihn persönlich sehr schätze, aus dem „Nordkurier Neubrandenburger Zeitung“ vom gestrigen Tage vorlesen. Koplin lehnt dort, und das ist Bezeichnung für die LINKEN, die Verwaltungsreform ab. Er wird mit den Worten zitiert: „Sie“ – gemeint ist die Verwaltungsreform – „ist finanzpolitisch motiviert. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht das Geld, befinden sich nicht die Menschen.“

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, richtig.)

„Eine Verbesserung der Qualität des Lebens ist nicht absehbar.“ Zitatende.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Hat er recht.)

Lieber Kollege Koplin, er ist jetzt leider nicht im Raum.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Deswegen hat er 2006 ja auch dagegengestimmt. – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Sorry! Für das Protokoll: Er sitzt im Präsidium.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Deswegen hat er 2006 auch dagegengestimmt.)

Lieber Kollege Koplin, wenn Sie hier beklagen, dass diese Reform finanzpolitisch motiviert ist, das ist keine Klage, sondern das ist eine vollkommen korrekte Feststellung, denn diese Reform ist finanzpolitisch für dieses Land notwendig. Und meine Vorredner, insbesondere der Innenminister, aber auch schon der Ministerpräsident und der Kollege Glawe, haben darauf hingewiesen, dass wir diese Reform brauchen, weil sie aus finanzpolitischen Gründen unbedingt für dieses Land gebraucht wird. Es ist kein Vorwurf gegen diese Reform, sie sei finanzpolitisch motiviert, sondern es ist endlich einmal eine richtige Erkenntnis.

Wir haben gemeinsam – SPD und damals PDS – eine Verwaltungsreform exakt mit dieser Begründung als Teil unserer Gesamtbegründung, auf den Weg gebracht, dass wir gesagt haben,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

wir sparen hier Verwaltungskosten in einer Größenordnung, die wir uns überhaupt nicht durch die Lappen gehen lassen dürfen. Und genau deswegen brauchen wir die Reform. Wir brauchen diese Reform, weil wir unsere Finanzmittel nicht für einen bürokratischen Apparat ausgeben wollen und ausgeben dürfen, den wir in diesem Umfang nicht brauchen, sondern wir wissen, wir haben Finanzmittel in diesem Umfang zukünftig nicht zur Verfügung. Und wenn wir sie zur Verfügung haben, dann wollen wir sie für ganz andere Zwecke ausgeben. Da gibt es eine Fülle von Zwecken, wo wir dieses Ausgeben tatsächlich alle wollen, ob im Bildungsbereich, im Bereich für Kinder und Jugendliche, ob im Sozialbereich oder, oder, oder.

Also, wir wollen genau, Herr Koplin, Qualität für Menschen. Und genau deswegen wollen wir weniger Bürokratie. Wir wollen weniger Bürokratie und weniger bürokratischen Apparat, auch darauf hat der Innenminister schon hingewiesen, weil die Zahl der Bevölkerung hier zurückgeht. Wenn ich im Uecker-Randow-Kreis feststellen muss, dass wir, als dieser Kreis 1994 gebildet worden

ist, eine Bevölkerungszahl von 95.000 hatten und jetzt noch eine Bevölkerungszahl von 75.000, und wir erwarten müssen, dass es in 10 bis 15 Jahren unter 60.000 sind, meine Damen und Herren,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: 55.000!)

dann können wir nicht so tun, als hätte eine solche Entwicklung auf die Struktur von Verwaltungen überhaupt keine Auswirkungen. Nein, diese Entwicklung muss Auswirkungen auf Verwaltungsstrukturen haben. Deswegen tun wir das, was wir hier tun.

Und wenn wir – der Ministerpräsident hat den Blick schon geöffnet – auf unser Nachbarland Schleswig-Holstein schauen, dann stellen wir fest, Schleswig-Holstein hat seine Verwaltungsreform abgebrochen. Manche in diesem Hause und viele Kommunalpolitiker haben uns das als Vorbild hingestellt und haben gesagt: Guckt mal an, was die für einen Mut haben. Die brechen ihre Kreisgebietsreform ab. Ich will hier nicht behaupten, dass die ganzen Probleme, die Schleswig-Holstein hat, aus diesem Abbruch der Kreisgebietsreform resultieren. Es gibt eine Reihe von anderen Ursachen und es gibt eine Reihe von anderen Fehlentscheidungen in diesem Land. Aber wenn wir in der Summe sehen, was im Moment in Schleswig-Holstein diskutiert wird, meine Damen und Herren, dann müssen wir uns einmal vor Augen halten: Wollen wir wie in Schleswig-Holstein eine Halbierung des Blindengeldes? Wollen wir die Mediziner Ausbildung in Lübeck komplett kippen?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ein ganz schlechtes Beispiel. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Ach, Herr Ritter, ich habe das Beispiel mit Absicht genommen, weil auch wir zu einer Absenkung genötigt waren. Aber dass wir es halbieren, das können wir nun nicht behaupten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja. – Gino Leonhard, FDP: Jetzt ist Schleswig-Holstein dran.)

Und wenn die Universität in Lübeck faktisch vor der Schließung steht, meine Damen und Herren, dann können Sie daran ermessen, wohin man ein Land bringt, wenn man nicht den Mut aufbringt, wichtige und notwendige Strukturentscheidungen durchzuführen. Wir jedenfalls wollen solche notwendigen Strukturentscheidungen für Mecklenburg-Vorpommern.

Und zu einer solchen verantwortlichen Politik, Herr Ritter, und dann können wir gleich weitermachen, gehört es natürlich nicht, wie von Ihrer Partei unterstützt, aber ich will gern sagen, auch von anderen, dass man neun Tage vor einem Gesetz die Wahl von Beigeordneten in den Kreisen vom Inkrafttreten des Gesetzes an untersagt, noch schnell einen Versorgungsposten ausfüllt und einen Beigeordneten in einem Kreis für weitere acht Jahre wählt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Meine Fraktion in Ostvorpommern hat sich daran nicht beteiligt. Unsere wurden mehrheitlich nicht gewählt. Erzählen Sie nicht solche Märchen! Ich bin selber dabei gewesen.)

Wer dies tut, meine Damen und Herren, soll am Ende nicht darüber jammern, dass wir ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und nun? Nun ist das Argument im Eimer. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Lieber Herr Ritter, ich wollte das Argument nicht vertiefen, aber wenn Ihre Landrätin die Wiederwahl ihres Beigeordneten, dessen Amtszeit noch bis tief in den Herbst hinein geht, wenn die von den LINKEN gestellte Landrätin diese Wiederwahl wenige Tage vor dem Inkrafttreten eines solchen Gesetzes betreibt, und zwar mit Nachdruck betreibt, und dafür sorgt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Müller, diese Landrätin hat beim Innenminister nachgefragt. Und der hat gesagt: Machen Sie es doch! – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

dass der noch für acht Jahre seinen B-besoldeten Versorgungsposten hat, Herr Ritter, dann soll man nicht hierherkommen und mit Krokodilstränen über Kommunalfinanzen reden!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das geht doch völlig in die Hose.)

Also, meine Damen und Herren, lassen Sie uns ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ah, die SPD-Fraktion in Ostvorpommern!
Das ist eine glorreiche Fraktion.)

Vizepräsidentin Renate Holznel: Meine Damen und Herren, auch Herr Ritter, der Redner muss wenigstens zu verstehen sein. Sie haben auch noch ausreichend Redezeit.

Herr Müller, Sie haben das Wort.

Heinz Müller, SPD: Herr Ritter, Sie können gerne hierherkommen und die Verhaltensweise der von Ihrer Partei gestellten Landrätin hier verteidigen und der Mehrheit Ihrer Kreistagsfraktion.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtigstellen, Herr Müller, richtigstellen.)

Aber ich persönlich halte dies für eine ziemlich schwierige Verhaltensweise.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Klären Sie das mit dem Innenminister. Der hat gesagt, das ist so.)

Ich halte das nicht für gut.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich habe es schriftlich vom ihm.)

Und nun lassen Sie uns wieder zur Landespolitik zurückkehren, also zu dem, was wir hier zu entscheiden haben. Dass Ihnen da der Mut für solche Entscheidungen inzwischen abhandengekommen ist, ist inzwischen, glaube ich, deutlich geworden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja! Reden Sie sich mal um Kopf und Kragen.)

Meine Damen und Herren, es wird in der öffentlichen Diskussion häufig die Frage gestellt, ob denn diese Einsparpotenziale wirklich belegt seien. Ehrlich gesagt, diese Diskussion verstehe ich nun überhaupt nicht mehr, weil, wenn wir uns das angucken, da wird dann gesagt, da müsste doch mal ein Gutachten gemacht werden. Wir haben inzwischen sechs dieser Gutachten vorliegen, die von unterschiedlichen Positionen kommen mit unterschiedlichen Perspektiven und dieses Einsparpotenzial sehr eindeutig belegen.

Wer sich die Arbeit macht, sich mit diesem Gutachten auseinanderzusetzen, der wird vielleicht an dem einen oder anderen Punkt – das Papier des Landesrechnungs-

hofes ist im Innenausschuss heftig und kontrovers diskutiert worden – sicherlich Kritik anzumelden haben. Aber das, was die Gesamtlinie dieser Gutachten ist, meine Damen und Herren, das kann hier nicht in Zweifel gezogen werden. Und wenn eines dieser Gutachten von der kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung gemacht worden ist, dann darf ich diejenigen, die sich in dieser Szene nicht so auskennen, vielleicht darauf hinweisen, dass dieses ein Institut ist, das von der kommunalen Ebene, und zwar bundesweit, selbst gegründet worden ist und von der kommunalen Ebene getragen wird.

Und auch dieses Institut, das übrigens in der Szene einen ausgesprochen hohen Ruf hat, kommt sehr klar zu dem Ergebnis, uns hier ein Einsparpotenzial zu attestieren, das sich nicht im ersten Jahr der Kreisgebietsreform einstellen wird, das aber schon sehr schnell und in einer Größenordnung, der Ministerpräsident hat 50 Millionen Euro genannt, einige Gutachten gehen darüber hinaus, das sich sehr schnell einstellen wird, das wir in der kommunalen Ebene dringend brauchen.

Ich habe hier leider noch nicht das Argument gehört – und deswegen möchte ich es bringen –, Kreise werden hochgradig auch von der Kreisumlage der kreisangehörigen Gemeinden bezahlt. Und wer deren Finanzsituation beklagt, der darf nicht gleichzeitig Kreisverwaltungen einen Schutzstatus verleihen, wie Sie das teilweise tun, sondern der muss sagen, ja, dann müssen wir auch gerade unter den demografischen Vorzeichen über Kreisverwaltungen nachdenken. Also, meine Damen und Herren, finanzpolitisch motiviert, ja, Einsparungen belegt, ja, effektiv, ja. Und dann kommen die LINKEN und sagen, aber das verschieben wir jetzt erst einmal.

Herr Ritter, ich darf Sie daran erinnern, dass Sie schon einmal einen entsprechenden Antrag gestellt haben und dass wir die Argumente schon einmal ausgetauscht haben. Selbst wenn wir nur 50 Millionen Euro zugrunde legen, dann wäre ein Verschieben um drei Jahre ein Verschieben um 150 Millionen Euro. Dieses, meine Damen und Herren, können und dieses wollen wir uns nicht leisten.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich würde gern noch einen Aspekt hier in die Diskussion einfügen – vieles ist von meinen Vorrednern gesagt worden –, den ich bisher vermisst habe. Das ist der Blick auf die Beschäftigten in unseren Kreisverwaltungen. Ich glaube, dass eine solche Reform, wie überhaupt Verwaltungsreformen, erfolgreich gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zu machen ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unser wertvollstes Kapital in solchen Verwaltungen und mit solchem Kapital muss man sorgfältig und pfleglich umgehen.

Ich weiß, in vielen Kreisverwaltungen haben wir eine Arbeitssituation, wo die Schraube so weit angezogen ist, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Limit dessen arbeiten, was leistbar ist. Aber gerade weil das so ist, meine Damen und Herren, können wir nicht zulassen, dass der Arbeitsdruck sich weiter erhöht. Und genau deshalb brauchen wir Strukturen, die zumindest ein Stück weit die Spielräume eröffnen, die unsere Verwaltungen brauchen. Wir brauchen Spielräume, insbesondere – und darauf sollten auch zukünftige Kreise Wert legen – für eine Qualifizierungsoffensive bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und wir brauchen Personalentwicklungskonzepte, damit unsere Verwaltungen auch zukünftig in hoher fachlicher Qualität und kostengünstig ihre Aufgaben erledigen können.

Es war uns als Koalition deshalb ein sehr wichtiger Punkt, dass wir die Rechte der Personalvertretungen gestärkt haben, dass wir insbesondere nicht zugelassen haben, dass es zu einer personalratslosen Zeit kommt, sondern dass wir das Gesetz entsprechend verändert und für eine vernünftige Übergangsregelung gesorgt haben. Wir brauchen gerade in dieser Übergangszeit gut funktionierende Personalräte zur Vertretung der Interessen der Beschäftigten.

Und wir haben genauso dafür gesorgt, dass es bei dem Personalübergang und bei dem Zusammenführen von Personalkörpern keinen Zweistufenplan gibt, dass zunächst die Kreise mit ihrem Personal zusammengeführt werden und später andere Beschäftigte dazukommen. Die könnten doch dann nur das bekommen, was übrig geblieben ist. Funktionsstellen, das kennt jeder, der Verwaltungen kennt, wären doch dann besetzt. Wir wollen, und wir haben dies in einem Änderungsantrag im Innenausschuss so beschlossen, dass dies alles zeitgleich passiert und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wo auch immer sie herkommen mögen, alle in den neuen Verwaltungen gleiche Chancen haben.

Wir haben Kritik aus den Reihen von Gewerkschaften – ob nun ver.di und DGB, ob Bund technischer Beamter und dbb – auch an anderen Stellen sehr ernst genommen. Ich möchte hier insbesondere darauf verweisen, dass wir das Thema Arbeitsschutz und technische Sicherheit aus dem Aufgabenzuordnungsgesetz, aus dem Gesetzentwurf der Landesregierung herausgenommen haben. Wir haben dies getan auf entsprechende Ausführungen der Gewerkschaften hin, aber – und das finde ich sehr wichtig – auch auf entsprechende Vorhaltungen der Unternehmerverbände.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das haben wir früher auch gemacht,
das hat Sie nicht gestört.)

Hier haben Gewerkschaften und Arbeitgeber sehr stark Hand in Hand gearbeitet und ihre Argumente waren sehr überzeugend. Und wer uns da den Vorwurf macht, ihr ändert gar nichts und eure Anhörungen sind Schauveranstaltungen, dieses, meine Damen und Herren, war ein großer Block des Aufgabenzuordnungsgesetzes, den wir dort herausgenommen haben. Das war richtig so, aber ich glaube, es belegt auch, dass wir sehr wohl bereit sind, unsere eigenen Vorstellungen zu korrigieren, Veränderungen vorzunehmen, wenn so etwas sinnvoll belegt ist.

Das haben wir auch bei den Kreisstrukturen getan, insbesondere bei der Frage der Grenzänderung im Kreis Demmin. Nun ist hier eben schon die Frage diskutiert worden, ob damit nicht ein Kreis entsteht, der von seiner Größe her verfassungsrechtlich nicht ohne Risiko sein könnte.

Nun, meine Damen und Herren, für uns war das entscheidende Argument, dass wir diese Veränderung gegenüber dem Gesetzentwurf vorgenommen haben, dass diese Veränderungen von den Beteiligten selbst gewollt wurden. Und wenn das Amt Demmin-Land und die Stadt Demmin, vertreten durch ihre Stadtvertretung, hier klar und deutlich sagen, wir würden gern zum Kreis Seenplatte gehören und nicht so gern zum Kreis Südvorpommern, dann finde ich es richtig, vernünftig und konsequent, wenn der Innenausschuss Ihnen heute vorschlägt, dass wir das dann auch tun und wir das so vollziehen. Ich würde gern das Geschrei hören, wir hätten

etwas anderes getan, dann wäre das vielleicht verfassungsrechtlich bedenklich. Nein, meine Damen und Herren, dieses zu verändern und dem Willen der Betroffenen zu folgen, ist richtig, und deswegen schlägt Ihnen der Innenausschuss dies vor.

Bei einem anderen Punkt allerdings, und der hat heute schon eine Rolle gespielt, wollen wir Ihnen eine Veränderung nicht vorschlagen, das ist das vielzitierte Thema Verbandsmodell. Meine Damen und Herren, wer sagt, wir hätten uns im Innenausschuss mit diesem Modell nicht auseinandergesetzt, sagt die Unwahrheit. Wir haben bei der ersten Anhörung den Protagonisten dieses Modells, den Neubrandenburger Oberbürgermeister Paul Krüger, gehört. Und die Anhörung, wer genau hingeguckt hat, hat da an dieser Stelle schon sehr lange gedauert, für viele verdächtig lange.

Zugegeben, Kollege Ritter, einem Antrag der Fraktion DIE LINKE, dieses noch einmal zu vertiefen und Herrn Oberbürgermeister Krüger noch einmal einzuladen, diesem Antrag haben wir selbstverständlich zugestimmt. Wir haben uns noch einmal mit ihm auseinandergesetzt. Und wir haben dann, wie sich das in einem Ausschuss gehört, in einer dritten Runde intern über das Thema diskutiert. Wer also sagt, wir hätten uns damit nicht auseinandergesetzt, der hat irgendwie die Wirklichkeit nicht mitbekommen. Wir haben uns damit auseinandergesetzt und wir haben mit sehr wohlgedachten Argumenten gesagt, dieses Modell ist für uns nicht dasjenige, das uns das vorliegende Gesetzeswerk ersetzen kann.

(Torsten Renz, CDU: Dem haben die LINKEN
sogar zugestimmt und die FDP auch. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dem haben die LINKEN sogar zugestimmt, richtig, Kollege Renz, und wenn wir uns die Beschlusslage in den kommunalen Verbänden anschauen, Herr Kollege Ritter, dann sagen die uns immer: Ja, man muss sich damit auseinandersetzen, ja, man muss diskutieren, ja, das ist eine Alternative. Aber es gibt keine Beschlüsse des Städte- und Gemeindetages, zu sagen, jawohl, das ist das Modell, das wir wollen,

(Toralf Schnur, FDP: Das haben wir
Ihnen doch auch gesagt, warum das so ist.)

weil es nämlich auch im Städte- und Gemeindegtag und weil es auch im Landkreistag erhebliche Widerstände wegen dieses Modells gibt, Widerstände, die sehr wohl fachlich motiviert sind. Deswegen war es für uns auch etwas, was nicht etwa im Widerspruch zu den kommunalen Verbänden steht,

(Toralf Schnur, FDP:
Aber abgewogen ist es nicht.)

als wir gesagt haben: Nein, dieses Modell ist für uns keine Alternative,

(Toralf Schnur, FDP: Es ist ja
nicht einmal abgewogen worden.)

zumal, und nur dieses eine Argument will ich hier noch einmal in einem Halbsatz wiederholen, es ein Modell ist, das ausschließlich auf die Frage der Aufgabenerledigung von heutigen Landesaufgaben abzielt und alle übrigen Fragen von demografischer und finanzieller Entwicklung ausblendet und auf diese Fragen keinerlei Antworten gibt.

(Toralf Schnur, FDP:
Aber das Ergebnis, das Ergebnis. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Also konnte dieses Verbandsmodell für uns keine Alternative sein. Und deswegen haben wir es abgelehnt. Und das ist auch gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Toralf Schnur, FDP: Deswegen ist es auch
ein sehr interessantes Modell. – Zuruf
von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

An einem Punkt, der, wenn wir nach draußen schauen, eine besonders wichtige Rolle spielt, haben wir natürlich ebenfalls eine Veränderung des Gesetzes vorgenommen, das ist die Frage der Kreissitze.

(Toralf Schnur, FDP: Das
war auch so ein Klüngel.)

Das ist kein Klüngel, verehrter Kollege Schnur,

(Toralf Schnur, FDP: Natürlich ist das Klüngel.)

sondern wir haben zunächst einmal, und wenn ich mich nicht ganz falsch erinnere, hat die FDP das sogar mitgetragen, gesagt,

(Toralf Schnur, FDP: Leider nicht.)

wir wollen keine Bürgerentscheide,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genauso ist es.)

sondern wir wollen,

(Toralf Schnur, FDP: Die Kreissitze
selber festlegen. Genauso ist es.)

dass der Landtag hier seine Verantwortung wahrnimmt und Kreissitze selbst festlegt. Das hat die FDP absolut mitgetragen. Also reden Sie da mal nicht von Klüngel, sondern passen Sie auf, wovon hier gerade die Rede ist.

(Toralf Schnur, FDP: Ich rede von
Klüngel bei der Festlegung selbst.)

Es ist die Rede davon, dass der Landtag seine Verantwortung wahrnimmt.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, ja!)

Jawohl, meine Damen und Herren, das wollen wir heute und das wollen wir auch abschließend. Deswegen haben wir auch per Änderungsantrag vorgeschlagen, dass wir den in der Vorlage des Innenausschusses noch möglichen Bürgerentscheid, der dann durch Kreistage beschlossen wird, herausnehmen. Unsere Entscheidung für Kreissitze soll eine endgültige sein.

(Toralf Schnur, FDP: Weil der
Druck so groß geworden ist.)

Meine Damen und Herren, wir haben dann im Innenausschuss über die einzelnen Kreissitze gesprochen. Und, Herr Ritter, ich kann Ihnen auch an der Stelle nur sagen: Bleiben Sie einfach bei den Fakten! Dass die Einordnung einer Stadt im System der zentralen Orte unseres Landes ein Kriterium war, darüber waren wir uns sogar einig. Das war nämlich eines der Kriterien, die das Innenministerium uns vorgestellt hat als Kriterium aus seinerzeitigen Diskussionen. Und wir haben im Innenausschuss, und das können wir beide gern am Protokoll nachvollziehen, gesagt, diese Kriterien, einschließlich der Einordnung im zentralen Ortesystem, übernehmen wir. Aber wir haben auch gesagt, diese Kriterien sind für

uns nicht ausreichend, sondern wir ergänzen sie mit weiteren Kriterien, als da sind, strukturpolitische Bedeutung und Wirtschaftlichkeit insbesondere zu messen an der Frage der Immobiliensituation,

(Torsten Renz, CDU: Vor allem, Herr Müller,
mit Zustimmung der LINKEN und der FDP.)

mit Zustimmung der LINKEN und mit Zustimmung der FDP,

(Toralf Schnur, FDP: Die Kriterien
waren ja auch nicht falsch.)

und das waren unsere Kriterien.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind
schon wieder beim Zurechtbiegen. –
Toralf Schnur, FDP: Ja, weil es beim ersten
Mal nicht geklappt hat. Das war das Problem.)

Und deswegen, Herr Kollege Ritter, ist es durchaus möglich und es ist auch tatsächlich so, dass der Innenausschuss zu anderen Ergebnissen kommt als dies die Landesregierung tut.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier, da ich für meine gesamte Fraktion spreche, nicht auf einzelne Kreisstadtfragen eingehen und die eine oder andere Entscheidung begründen oder verteidigen. Ich möchte nur Folgendes tun: Ich möchte an alle die, die demonstrieren und die Unterschriften sammeln, die für ihre Stadt kämpfen, appellieren: Es ist richtig, dass Sie für Ihre Stadt eintreten und dass Sie sich dafür starkmachen! Und wenn man eine Entscheidung hat wie die Entscheidung zwischen Parchim und Ludwigslust, dann weiß jeder, dass das eine außerordentlich schwierige Entscheidung ist,

(Toralf Schnur, FDP: Aber ihr habt doch
eure Kriterien, das ist doch einfach.)

weil es im Grunde genommen beide Städte verdient hätten, Kreissitz zu sein, aber am Ende kann es nur eine werden.

(Toralf Schnur, FDP: Es kann nur einen
geben. Das haben wir schon mal gehört.)

Und am Ende müssen beide wissen: Kreissitz bedeutet nicht, dass zwingend alle Verwaltungsarbeitsplätze am Kreissitz angesiedelt sind.

(Toralf Schnur, FDP: Nee.)

Ich glaube, angesichts der Größe unserer Verwaltungen und angesichts der Immobiliensituation wird sich dieses verbieten, wird dieses gar nicht möglich sein.

(Toralf Schnur, FDP: Gucken
Sie mal von 1994 bis heute,
wie sich das da entwickelt hat.)

Also auch der, der bei der Kreissitzfrage unterliegt, wird Verwaltungsarbeitsplätze am Ort haben. Dennoch verstehe ich natürlich die Emotionen, dennoch verstehe ich die Argumentation mit strukturpolitischen Argumenten. Ich sage nur allen, die so diskutieren: Bitte denken Sie daran, dass Sie auch am Tag danach miteinander umgehen können müssen, dass Sie dann ein Kreis sein werden und dass man Gräben nicht so tief aufreißen darf, dass man nachher nicht mehr auf die andere Seite kommt, um mit dem Nachbarn noch zu reden.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Toralf Schnur, FDP: Ausgangslage ist
immer noch eine andere. Das ist ein Gesetz.)

Meine Damen und Herren, wir werden heute schwierige Entscheidungen, was die Kreissitze angeht, zu treffen haben. Wir werden zwei Gesetze mit einer Reihe von Veränderungen beschließen, die unserem Land dienen,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

die unserem Land nutzen und die am Ende – davon bin ich überzeugt –

(Toralf Schnur, FDP: Das waren Sie beim ersten Mal auch schon.)

der kommunalen Selbstverwaltung, die wir alle unterstützen, die wir Demokraten alle wollen, dienen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns diese Gesetze beschließen. Aber lassen Sie uns das nicht als einen Endpunkt von Verwaltungsreform sehen, sondern lassen Sie uns noch einmal aus dem Schrank holen, was wir hier beschlossen haben, nämlich einen Gesamtrahmen für eine Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Wir haben doch noch gar nichts beschlossen.)

Sie werden sich erinnern: Einige der Punkte dieses Gesamtrahmens haben wir beschlossen, zwei weitere kommen heute hinzu und andere harren noch der Umsetzung. Dieses ist die Aufgabe der Zukunft. Ein Stück davon wird in der Enquetekommission vorbereitet. Lassen Sie uns auf diesem richtigen und vernünftigen Weg für Mecklenburg-Vorpommern weitergehen und den beiden heute vorgelegten Gesetzentwürfen in der Fassung des Innenausschusses zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Leonhard von der Fraktion der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wo ist der Innenminister?

(Toralf Schnur, FDP:
Der ist schon wieder weg.)

Da ist der Innenminister. Er sitzt auf dem Ministerpräsidentenposten, um das einmal ganz kurz festzustellen.

(Heiterkeit bei
Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ungeachtet dessen finde ich das schon sehr bedrückend,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Schnur sitzt ja auch auf dem Platz von Herrn Roof.)

dass bei diesem aus Sicht der Koalition wegweisenden Gesetzentwurf der Ministerpräsident hier nicht im Plenum sitzt. Aber das ist eine Feststellung, die ich jetzt hier alleine nur für mich zu treffen habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Müller! Wir haben mehrmals in den Reden vorab gehört, dass wir immer wieder das Thema Landesverfassungsgericht angesprochen haben. Darauf will ich mich in mei-

ner Rede auch im Wesentlichen konzentrieren. Wir werden versuchen, auf das Thema einzugehen, was wir uns eigentlich als Enquetekommission auf die Fahnen geschrieben haben, nämlich Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Toralf Schnur, FDP: Davon ist nichts übrig geblieben.)

Und ich will feststellen für meine Fraktion, für die FDP, dass wir jetzt seit fast über zehn Jahren dieses Thema besetzen. Ob es in den öffentlichen Verwaltungen ist, ob das hier im Plenum ist, wir dürfen das seit 2006 hier mitbetreuen und in diesen Ausschüssen, sowohl in der Enquetekommission als auch im Innenausschuss, entsprechend mitberaten.

Und ich will zunächst auch einmal daran erinnern, dass schon in der 3. Wahlperiode, meine Damen und Herren, die SPD und die damalige noch PDS am 13. Juli 2000 beschlossen hatten, eine Enquetekommission mit dem Titel „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“ einzusetzen.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Da war noch Sacharbeit möglich.)

Aus Ihrer Sicht mag das so gewesen sein.

(Heinz Müller, SPD: Ich war Vorsitzender.)

Auf jeden Fall, liebe Kollegin Gabi Měšťan, es fanden 17 Sitzungen statt. Das haben wir zumindest anhand der Protokolle recherchieren können.

(Torsten Renz, CDU: Das lag ja auch an der konstruktiven Opposition, Frau Měšťan.)

Und in der 4. Wahlperiode beantragten sowohl wieder die SPD als auch die PDS die Einsetzung eines Sonderausschusses „Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform“. Mit der im Jahre 2006 auch durch unser Zutun, durch uns als FDP-Fraktion mitbegleitet, eingesetzten Enquetekommission haben wir die Enquetekommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ gebildet, die mittlerweile 56 Sitzungen durchgeführt hat, mit dem Ergebnis, was wir hier heute abschließend zu bewerten haben.

Wenn Sie heute, und Kollege Müller hat das durchaus zu Recht angesprochen, in den öffentlichen Verwaltungen unterwegs sind – und das nehme ich zumindest für mich in Anspruch als jemand, der nicht nur maßgeblich hier im Landtag sitzt, sondern auch als jemand, der tagtäglich versucht, auf der kommunalen Ebene nach wie vor sein Kreistagsmandat auszuüben – und sich umhören, dann stellen Sie fest, dass bei den Bürgermeistern, bei den Amtsvorstehern, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den öffentlichen Verwaltungen eine gewisse Resignation eingetreten ist. Und das ist mehr als verständlich,

(Toralf Schnur, FDP: Das legt unsere Landesregierung so aus, als ob sie alle einverstanden wären.)

denn wir reden seit über zehn Jahren über eine grundlegende Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren.

Man hört immer wieder eine gewisse Stimmung, die sich in der Form äußert: Egal, was ihr eigentlich beschließt, aber in Gottes Namen beschließt irgendetwas!

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Beschließt irgendetwas, ob es gut ist oder schlecht ist,

(Toralf Schnur, FDP: Genau das ist das Schlimmste, was uns passieren kann.)

aber beschließt etwas, damit irgendetwas auch für die Zukunft beschlossen werden kann, woran man sich dann orientieren kann. Das finde ich persönlich, meine Damen und Herren, sehr bedrückend, denn da steckt auch eine gewisse Resignation bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern drin,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

die sich möglicherweise dann auch in den Handlungen und in der Arbeit leider Gottes widerspiegelt, meine Damen und Herren, zumal, und das will ich vielleicht hier an dieser Stelle noch mal ansprechen, wenn man bedenkt, dass die rot-rote Landesregierung mit dem Ziel damals angetreten war, die größte, die größte und die modernste Verwaltungsreform in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen. Und wo das gelandet ist, meine Damen und Herren, das durften wir dann am 26. Juli 2006 fast alle, also die Gesichter, die jetzt hier vorne zu sehen sind, vor dem Landesverfassungsgericht in Greifswald erleben, nämlich die größte Klatsche, die es jemals gegeben hat in unserem wunderbaren Land Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Toralf Schnur, FDP)

Ich hab über die Verwaltungsreform gesprochen, liebe Kollegin, und deswegen rede ich, wir reden heute nur über das Thema Verwaltungsreform, liebe Kollegin Frau Borchardt.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ungeachtet dessen machten sich SPD und CDU, die Große Koalition, die ja hinter uns sitzt, an eine neue Reform, die im Wesentlichen nicht mehr die Bildung von vier oder fünf, sondern jetzt sechs Großkreisen beinhaltet,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

und das aus unserer Sicht auch noch ohne eine Funktionalreform, meine Damen und Herren. Und es scheint so, als wenn sie die Losung ausgegeben hätte „Einfach weiter so!“, denn ein zweites Mal wird es eventuell nicht mehr geben vor dem Landesverfassungsgericht. Alle, so, wie wir hier sitzen, wissen, dass dieses Landesverfassungsgericht frei und rechtsstaatlich entscheiden wird, völlig neu besetzt ist zum großen Teil und ganz genau entscheiden wird nach dem, was an Klagen möglicherweise in den nächsten Tagen nach einer mehrheitlichen Entscheidung heute hier dann eingehen wird beim Landesverfassungsgericht in Greifswald.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Und aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion gehören zur Begründung einer grundlegenden Reform, die ohne jeden Zweifel zwingend erforderlich und längst überfällig ist, folgende Punkte:

Zum einen, und da bin ich wieder bei der Situation, wie wir eigentlich unsere Enquetekommission ausgestattet haben, nämlich mit dem Votum der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, meine Damen und Herren.

Und der zweite Punkt aus unserer Sicht, aus Sicht der FDP-Fraktion, ist der Nachweis einer effizienteren, einer effektiveren und einer kostengünstigen Verwaltungsstruktur,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

die zukunftsweisend ist für das Land Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren.

Diese beiden Schwerpunkte stehen im engen Zusammenhang und werden aus unserer Sicht auch nach wie vor gefordert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Landesverfassungsgericht hat im Prozess, ebenso wie wir als FDP, die Gefährdung des kommunalen Ehrenamtes als einen der wesentlichen Kritikpunkte bei der Schaffung von Großkreisen hier im Land Mecklenburg-Vorpommern angesehen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Dazu sagt das Gericht, lieber Kollege, und ich will es zitieren, damit es auch jeder noch mal verinnerlichen kann, damit man nachher bei der namentlichen Abstimmung,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

damit man bei der namentlichen Abstimmung auch ruhigen Gewissens dann entscheiden kann ...

(Zurufe von Torsten Renz, CDU,
Hans Kreher, FDP, und Toralf Schnur, FDP)

Lieber Kollege, ich will die Zeit nutzen und es ist schön, dass der Innenminister etwas länger gesprochen hat und dass wir dann auch die Zeit haben und die Gelegenheit dazu – auch für unsere Gäste, für unsere Bürgerinnen und Bürger, die uns heute hier begleiten –, noch mal nachdrücklich darauf zu verweisen, was das Landesverfassungsgericht geurteilt hat, meine Damen und Herren, nämlich: „Kreise müssen so gestaltet sein, dass es ihren Bürgern typisch möglich ist, nachhaltig und zumutbar ehrenamtliche Tätigkeit im Kreistag und seinen Ausschüssen zu entfalten.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Toralf Schnur, FDP: Ja.)

„Diesen Aspekt hat der Gesetzgeber vernachlässigt. Es liegt auf der Hand, dass eine ehrenamtliche Tätigkeit als Mitglied des Kreistages oder eines seiner Ausschüsse bei einer beträchtlichen Vergrößerung der Fläche eines Kreises ebenso beträchtlich erschwert werden kann und vielfach wird.“

(Heinz Müller, SPD: Herr Leonhard, das haben wir doch in der Enquetekommission ausführlich diskutiert mit mehreren wissenschaftlichen Gutachten.)

„Infolge des höheren Zeitaufwandes, der damit verbunden wäre, drohte erkennbar die Gefahr, dass die Bereitschaft von Bürgern, ein Ehrenamt auf Kreisebene wahrzunehmen, weiter nachlässt.“

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Und ich will das,

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

und ich will das an dem Beispiel des möglicherweise zukünftigen Kreises Nordvorpommern einfach mal deutlich machen, auch Ihnen deutlich machen. Wir reden über eine – ich habe versucht, mal die größtmögliche

Entfernung einfach für mich darzustellen –, wir reden über eine Entfernung von Dranske auf der Insel Rügen und Dierhagen auf dem Darß, meine Damen und Herren,

(Angelika Peters, SPD: Und jetzt fahren wir nach Bergen, oder was?!)

und es kann durchaus sein, dass eine Ausschusssitzung sowohl in Dranske ...

Liebe Kollegin, na, das steht Ihnen eigentlich nicht zu, mich von hinten anzusprechen.

(Toralf Schnur, FDP: Ja.)

Aber auch das nehme ich hier heute dann zur Kenntnis.

Ja, es kann durchaus sein, dass eine Ausschusssitzung stattfindet sowohl in Dranske als auch in Dierhagen für die ehrenamtlichen Kreistagsmitglieder, die zukünftigen Kreistagsmitglieder, und da reden wir über eine Entfernung für eine Fahrt von 132 Kilometern.

(Vincent Kokert, CDU: Landstraße. –
Torsten Renz, CDU: Per Schiff ist es kürzer. –
Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Wenn wir mit einem Schiff in der Lage wären dazu, lieber Kollege, dann wäre das durchaus zu begrüßen. Aber wir reden momentan nur davon, dass wir uns auf dem landseitigen Wege,

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Zweimal am Tag muss er dahin.)

dass wir uns auf dem landseitigen Wege bewegen müssen, und ich frage ich mich nach wie vor, ob das für jemanden möglich ist, der tagtäglich im Leben steht und sowohl Familie als auch Beruf miteinander verbinden muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Dr. Till Backhaus, SPD: Wie oft waren
Sie denn beim Landkreis?)

Also das weise ich, Herr Kollege Backhaus, das weise ich ausdrücklich von mir.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was denn?)

Ich bin seit Jahren ehrenamtlich tätig

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das stimmt.)

und wenn Sie mir den Vorwurf machen, dann sollten Sie schnell zusehen, dass Sie hier wieder hochkommen, lieber Kollege.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ich hab ja auch das Recht, hier zu sitzen.)

Ja, ja. Dann fragen Sie mal, wie oft Sie an der ehrenamtlichen Basis tätig sind, mein lieber Kollege!

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ja, da können wir uns mal messen.)

Ein weiterer Punkt ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren!

Gino Leonhard, FDP: Ein weiterer Punkt ...

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich bitte doch jetzt wieder ...

Gino Leonhard, FDP: Ja, es tut mir leid, es tut mir leid, Frau Präsidentin, darauf reagieren zu müssen.

(allgemeine Unruhe)

Aber ich denke, es ist zu Recht, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter!

Gino Leonhard, FDP: ... es ist zu Recht,

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Getroffene Hunde bellen.)

dass ich auf diese Art und Weise darauf entsprechend reagiere.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, ich muss Sie jetzt mal unterbrechen. Und wenn ich unterbreche, dann bitte ich auch, dass Sie mit Ihrer Rede aufhören.

Gino Leonhard, FDP: Ich bitte um Nachsicht.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich bitte doch, jetzt zur Sachlichkeit wieder zurückzukommen. Bitte.

Gino Leonhard, FDP: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Ein weiterer Punkt, der aus Sicht der FDP-Fraktion zu kritisieren ist, ist die Frage, inwieweit wir in den zukünftigen Kreistagen ein gesamtgesellschaftliches Spiegelbild, ein gesamtgesellschaftliches Spiegelbild bei den ehrenamtlichen Mitgliedern gewährleisten können zukünftig. Und auch dazu, meine Damen und Herren, hat das Gericht in seinem Urteil Bezug genommen und ich will wiederum daraus zitieren, meine Damen und Herren:

„Das Landesverfassungsgericht hat in der mündlichen Verhandlung den Kreistagspräsidenten, die dies wünschten, das Wort gegeben. Sie haben eindrückliche Angaben über ihre Kreistage und die Bedingungen, unter denen deren Mitarbeiter arbeiten, gemacht. Daraus ist hervorzuheben, dass es bereits jetzt in den Kreistagen weit überproportional Angehörige des öffentlichen Dienstes und Personen gibt, die einen Beruf nicht mehr oder noch nicht ausüben.“

(Heinz Müller, SPD: Was schlussfolgern Sie daraus?)

„Freiberuflich und selbständig gewerblich Tätige sind in den Kreistagen unterrepräsentiert, teilweise kaum noch vorhanden“, meine Damen und Herren. „Das hängt nicht zuletzt mit der – vor allem zeitlichen – Belastung zusammen, die ein Kreistagsmandant mit sich bringt. Kraftvolle Selbstverwaltung ist aber darauf angewiesen, dass Vertreter aus möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen sich zusammenfinden, um im Austausch der Meinungen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Kenntnisse und Erfahrungen lebensnahe, die Probleme bewältigende Entscheidungen zu treffen. Es ist vorauszusehen, dass in den neuen Kreisen die Selbstverwaltung sich noch deutlich weiter von kraftvoller Selbstverwaltung entfernen wird.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist Ihre persönliche Meinung, ne?! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und zur Zumutbarkeit von Ehrenamt sagt das Urteil Folgendes aus: „Die Arbeitslast vieler Kreistagsmitglieder wird beträchtlich höher sein wegen des größeren Zeit-

aufwands für die Wege zwischen Wohnung und Sitz der Kreisverwaltung. Dagegen kann nicht eingewandt werden, dies treffe nur auf eine Minderheit zu, da die Mehrheit oder jedenfalls viele Bürger am Kreissitz oder in dessen Nahbereich wohnten. Das ist weitgehend ein Ergebnis der Einkreisung der bisher kreisfreien Städte. Für die Bürger außerhalb der Nahbereiche der künftigen Kreisstädte aber verhält es sich in aller Regel so, dass sie – vielfach deutlich – längere Wege zurückzulegen haben, um zum Kreissitz zu gelangen. Gerade darauf, dass auch Bürger aus den entfernteren Bereichen zumutbar ein Kreistagsmandat wahrnehmen können, kommt es aber an. Sonst wäre nachhaltig in Frage gestellt, dass die Bevölkerung aller Gebietsteile des Kreises sich im Kreistag wiederfände. Es bestünde die Gefahr, dass Probleme der häufig strukturschwächeren Randbereiche nicht genügend in den Blick genommen würden.“

Und, meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sehen mit dem heute hier vorliegenden Gesetzesentwurf diese Argumente nicht entkräftet und sehen im Wesentlichen auch die Deckung des Gerichtsurteils, was wie folgt ausführt – und ich will es dann auch abschließend machen –:

„Zusammenfassend ist fraglich, ob in den Kreisen noch Aufbau der Demokratie von unten nach oben im Sinne von Art. 3 Abs. 2“ unserer Landesverfassung in Mecklenburg-Vorpommern „geleistet werden kann ...“, weil „faktisch weite Kreise der Bevölkerung von der Tätigkeit im Kreistag ausgeschlossen“ sein werden und weil „diejenigen“, meine Damen und Herren, „die sie wahrnehmen, die Grundlagen für verantwortliche Entscheidungen nicht verlässlich gewinnen können, weil sie die Gemeinden mit ihren Besonderheiten nur noch schwer im Blick haben können.“

Hinzu kommt, nach all dem, was wir inhaltlich auch im Zusammenhang mit dem Urteil, mit dem damaligen Urteil des Landesverfassungsgerichts überprüft haben, dass wir zu der Feststellung gelangen, dass wir es sehr wohl mit einem durchaus intransparenten und nicht ergebnisoffen geführten Abwägungsverfahren zu tun haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist eine Unterstellung, ne?! –
Toralf Schnur, FDP: Nein, das
ist keine Unterstellung.)

Wir haben lediglich vier Beratungen im Innenausschuss durchgeführt und ich will ausdrücklich sagen, dass wir die Anhörungen nicht mitgezählt haben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

denn die Anhörungen gehören nach der Geschäftsordnung nicht ursächlich zu den Beratungen im Innenausschuss. Und wir haben,

(Heinz Müller, SPD: Das war
aber trotzdem sehr spannend.)

wir haben als FDP-Fraktion dafür,

(Toralf Schnur, FDP: Da haben
Sie zum ersten Mal recht.)

wir haben als FDP-Fraktion dafür Sorge getragen, dass zunächst einmal das Gutachten der KGSt und das Gutachten des ifo Instituts als Beratungsgegenstand in den Ausschuss kommen. Sie haben es damals lediglich zur Kenntnisnahme bekommen und konnten uns dann im Rahmen des Innenausschusses nachträglich nach unserer,

(Heinz Müller, SPD:
Haben Sie es denn gelesen?)

nach unserer ...

(Toralf Schnur, FDP:
Auswendig gelernt haben wir es.)

Wir haben es zumindest gelesen, was die Kosten angeht. Darauf komme ich gleich noch mal, lieber Kollege Herr Müller.

(Heinz Müller, SPD: Aha, gut, prima!)

Es hat dann dazu geführt, dass wir uns inhaltlich im Innenausschuss auch in einer Anhörung zu dem Thema beschäftigt haben.

Die Beratungen haben ausschließlich über das heute vorliegende Modell von sechs Kreisen plus zwei kreisfreien Städten stattgefunden, wobei ich an dieser Stelle feststellen will, dass die Landesregierung den Landesteil Vorpommern – und da spreche ich hoffentlich, hoffentlich spreche ich für alle Abgeordneten, die hier für den Landesteil Vorpommern in diesem Plenum sitzen – völlig bei ihren Planungen ausgeklammert hat, denn Vorpommern,

(Heinz Müller, SPD. Oh!)

denn Vorpommern wird zukünftig, meine Damen und Herren, keine eigene kreisfreie Stadt haben.

Und zum KGSt-Gutachten, lieber Kollege Müller, nur noch eines: Genauso, wie beim ersten Reformversuch zwischen 180 Millionen, 160 Millionen Einsparungen damals immer so hin und her schwabbelten, ne,

(Toralf Schnur, FDP: Jetzt
sind es ja nur noch 80!)

sind es heute 80 Millionen, also genau, glaube ich, 84,5 Millionen, die in einem Zeitraum von zehn Jahren eingespart werden sollen.

(Toralf Schnur, FDP: Das stimmt
auch hinten und vorne nicht.)

Dabei – aus unserer Sicht, muss man ja wieder sagen, aus Sicht der FDP – ist aus unserer Sicht unberücksichtigt geblieben, dass schon die Fusionsrendite für nicht fusionsbedingten Personalabbau bis zum Inkrafttreten des Gesetzes im September 2011 von knapp 20 Millionen Euro abgerechnet werden müssen. Das ist auch in der Anhörung deutlich geworden, sowohl vom Landkreistag als auch vom Städte- und Gemeindetag. Mieten, die sogenannten Mieten, die man dann für frei gezogene Kreissitze einsetzen kann, sind aus unserer Sicht in den Regionen, die infrage kommen könnten, sowohl in Anklam als auch in anderen Regionen, zu hoch angesetzt worden. Auch das ist uns wiederum bestätigt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Sebastian Ratjen, FDP: Luftnummer!)

Die steigenden Kosten im Sozialbereich sind überhaupt nicht berücksichtigt worden. Und was aus unserer Sicht,

(Heinz Müller, SPD: Die haben ja auch
nichts mit der Kreisgebietsreform zu tun.)

und was aus unserer Sicht ...

(Heinz Müller, SPD: Oder steigen
die Sozialkosten wegen der
Kreisgebietsreform?! Was erzählen
Sie da überhaupt für einen Müll?! –
Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

Lauter schreien bringt nichts, lieber Kollege Müller.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Trotzdem hat er recht. – Heinz Müller, SPD: Was haben denn die Sozialkosten mit der Kreisgebietsreform zu tun?! So ein Quatsch! – Sebastian Ratjen, FDP: Herr Müller, brüllen Sie nicht so! – Raimund Frank Borrmann, NPD: Verletzen Sie nicht die Würde dieses Hauses!)

Was noch viel schlimmer ist, ist, dass über 400 Hinweise, 400 gutachterliche Hinweise der Landrätinnen und Landräte keinen Niederschlag bei den Gutachten gefunden haben, also wiederum eine fiktive Zahl, die nicht für ein transparentes und wirklich nachvollziehbares Verfahren dienlich war.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist eine fiktive Rede, die Sie hier halten, oder? – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Aus all diesen Gründen wird es diesmal wohl wieder darauf hinauslaufen, dass unmittelbar nach Beschlussfassung mit einer Mehrheit der heutigen Koalition von SPD und CDU zahlreiche Klagen vor dem Landesverfassungsgericht eingereicht werden. Der Schaden, der Schaden eines erneuten Scheiterns des Reformgesetzes wäre für das Land ebenso wie für das Vertrauen in die Arbeit der Landespolitik nicht mehr geradzurücken. Und aus unserer Sicht haben die Landesregierung und die Koalition es versäumt, die kommunale Ebene mit ins Boot zu nehmen und für sich und für die Reform zu gewinnen, meine Damen und Herren.

Nach allem kommt die FDP-Fraktion zu dem Ergebnis, dass man dem erneuten Reformanlauf dieses Mal eben durch die Große Koalition nicht mit ruhigem und gutem Gewissen zustimmen kann, und deswegen werden wir kraft der FDP-Fraktion heute hier gegen beide Gesetzesentwürfe stimmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gegen beide?!)

Wir unterstützen die namentlichen Abstimmungen, die durch DIE LINKE gefordert wurden. Wir werden ausdrücklich einen Änderungsantrag der LINKEN unterstützen, nämlich, wenn Sie hier heute die Kraft haben als Koalition, diese beiden Gesetzesentwürfe durchzubringen,

(Heinz Müller, SPD: Haben wir.)

dann wenigstens die Kraft zu besitzen, das Einstiegsdatum auf 2014 zu konzentrieren.

Und abschließend, meine Damen und Herren, muss ich dann eine persönliche Erklärung hier gleichzeitig mit einfließen lassen. Ich bitte das ausdrücklich nicht zu protokollieren als persönliche Erklärung, sondern warum ich einen Änderungsantrag für einen Kreissitz für Bergen auf der Insel Rügen eingebracht habe.

(Toralf Schnur, FDP: Das ist interessant. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Meine Damen und Herren, wenn wir hier in diesem Plenum nicht die Kraft haben, dass wir den einzigen Inselkreis in der gesamten Bundesrepublik Deutschland nicht so belassen, wie er eben gerade ist mit einem eigenen Kreissitz,

(Vincent Kokert, CDU: Usedom kriegt auch noch einen anderen Landkreis und Hiddensee.)

dann tut mir das alles leid, meine Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Leonhard.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gehöre jetzt schon fast zu den Letzten, die noch verhindern, dass wir das Büffet stürmen. So würde man das beim Neujahrsempfang sehen.

(Heinz Müller, SPD: Wir warten auf das Sommerfest um 18.00 Uhr.)

Heute ist es vielleicht sinnbildlich damit zu verstehen, dass alle schon gespannt darauf warten, hier über die einzelnen Kreissitze abzustimmen.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, Inhalt kommt ja auch nicht.)

Und ich muss ganz persönlich sagen, ich bin froh, dass die Koalitionäre die Kraft dazu gefunden haben und gerade in dieser Frage auch eine Änderung im Gesetzesentwurf vorgenommen haben, bei dem, was wir jetzt nur in den letzten drei, vier Wochen erlebt haben, welche Auseinandersetzungen hier geführt werden, die auch teilweise in den persönlichen Bereich gehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war eine lange Überzeugungsarbeit, Herr Renz.)

Insofern kann ich nur froh sein, dass wir diesen Änderungsantrag gestellt haben, auch den noch mal zum heutigen Tag,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Auch Sie mussten dazulernen.)

dass wir hier eine Korrektur vornehmen, da sich nämlich die gesamte Diskussion bei diesem Reformwerk sonst nur auf diese Frage, auf die sicherlich sehr wichtige Frage fokussiert hat, aber sie ist nicht die entscheidende Frage. Weil ich will Ihnen deutlich an dieser Stelle sagen, heute steht hier eine ganz andere Frage zur Entscheidung im Landtag an, nämlich: Will Mecklenburg-Vorpommern zukunftsfähig bleiben? Und ich sage an dieser Stelle für die CDU-Fraktion, wir werden diese Frage mit einem eindeutigen Ja beantworten. Und das heißt auch,

(Toralf Schnur, FDP: Na, das wollen wir erst mal sehen.)

das heißt auch, dass wir in unserem Land die Kreisstrukturen ändern müssen. Aber ich sage auch deutlich für die Fraktion, diese Entscheidung bedeutet auch, wer gegen das Gesetz stimmt, stellt die Zukunftsfähigkeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern infrage. Und besonders,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das haben Sie ja gestern schon geschrieben, Herr Renz. – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Alternativlos!)

und besonders richte ich natürlich diese Worte an die Vertreter,

(allgemeine Unruhe –
Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Wie alternativlos! –
Glocke der Vizepräsidentin)

besonders richte ich natürlich diese Worte an die Vertreter der Opposition

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ah ja!
Alles Quatsch, alles Quatsch! –
Zurufe von Ralf Grabow, FDP,
und Toralf Schnur, FDP)

und ganz besonders, wenn man das noch steigern kann,

(Toralf Schnur, FDP: Also wenn man
dem Gesetz nicht zustimmt, geht
das Land kaputt. So ein Quatsch!)

natürlich an DIE LINKE, die auch deutlich gemacht hat, einmal durch ihre emotionale Begleitung der Debatte ... Sie haben Herrn Ritter so ein bisschen hilflos aus meiner Sicht hier alleine stehen lassen,

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

der ja nun noch versucht hat, Argumente zu finden gegen die Reform. Er hat ja versucht, Argumente gegen die Reform zu finden

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Die waren
doch gut. Da haben Sie bloß nicht zugehört.)

und insofern muss man der Öffentlichkeit immer noch mal sagen,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

die Alternative ist ja ein 5-Kreise-Modell gewesen mit gar keinen kreisfreien Städten und viel größeren Strukturen. Und insofern, es ist Ihnen ja sogar noch einigermaßen gelungen

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

hier einen gewissen Spagat an den Tag zu legen, Herr Ritter, obwohl inhaltlich Sie natürlich sehr wenige Punkte hier in die Debatte hineingebracht haben.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Na, nun bin ich aber gespannt.)

Und insofern stellt sich dann für uns alle hier heute die Frage:

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Sind wir uns unserer Verantwortung als Landespolitiker bewusst?

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Eher gerecht, eher gerecht.)

Klar ist mir auch, wenn ich hier vorne spreche, dass ich gar keinen oder vielleicht kaum jemanden erreichen werde und in seinem Abstimmungsverhalten sozusagen auch nicht anhand von objektiven Gegebenheiten hier bekehren kann.

(Toralf Schnur, FDP: Es gibt ja keine.)

Aber nichtsdestotrotz können wir natürlich die objektiven Gegebenheiten nicht ausblenden. Auch wenn viele meiner Vorredner die hier schon aufgezählt haben, will ich stichpunktartig die drei entscheidenden Faktoren noch mal nennen, die diese objektive Situation beschreiben:

Das sind a) die Zuweisungen aus EU-Fonds und aus dem Solidarpakt II. Und ich sage es noch mal: 2019 läuft er

aus und wir haben jetzt noch Zuweisungen in Höhe von 921 Millionen. Und wie Sie das perspektivisch in einem Land wie Mecklenburg-Vorpommern kompensieren wollen, das müssen Sie dann schon beantworten.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Auch die Wirtschafts- und Finanzkrise, ich will es im Detail nicht noch mal wiederholen, führt zu ungeheuerlichen Einbrüchen im Steuerbereich, auch das müssen wir kompensieren.

Und der dritte Punkt ist der – da beziehe ich mich auch etwas schon auf den Gesetzentwurf der dazu ja deutlich auch schon Stellung bezogen hat –, weil nämlich gerade gestern das Statistische Landesamt auch die Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern noch mal für das Jahr 2008 und für 2009 bekannt gegeben hat und wir müssen einfach ...

(Toralf Schnur, FDP: Die Zahlen hauen doch
immer nicht hin. Das weißt du doch selber.)

Also das Statistische Landesamt, Herr Schnur, wenn Sie die Zahlen infrage stellen,

(Toralf Schnur, FDP: Die sind immer richtig.)

dann sollten Sie ganz was anderes hinterfragen, nämlich sich selbst.

(Toralf Schnur, FDP: Das
war der Brüller überhaupt.)

Ich sage Ihnen, der Bevölkerungsrückgang von 2008 auf 2009 durch das Statistische Landesamt, gestern vermeldet, sagt uns deutlich, dass es so sein wird, dass wir 13.140 Personen in Mecklenburg-Vorpommern in dem Jahr weniger haben. Und was will ich Ihnen damit sagen?

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Wir sagen immer einfach so schnell dahin, wir werden aufgrund der demografischen Entwicklung weniger Leute sein und das wird 2.400 Euro pro Person bedeuten. Aber genau anhand dieser Zahl müssen Sie nämlich mal multiplizieren – diese 13.140 Leute mal 2.400 Euro – und dann werden Sie auf einen Betrag von 31,5 Millionen Euro kommen, die wir in diesem Jahr 2009 weniger im Land Mecklenburg-Vorpommern erhalten werden. Und wenn Sie in den Gesetzentwurf schauen, Anlage 7 (Seite 211) empfehle ich mal, dann werden Sie genau das finden, was schon vor geraumer Zeit dort festgezurrert wurde und aufgeschrieben wurde, dass wir nämlich jährlich diese 30 Millionen verlieren werden. Das heißt, jährlich circa 10.000 Leute werden in der Bevölkerungsentwicklung weniger in Mecklenburg-Vorpommern sein, und hochgerechnet auf zwölf Jahre geht das in den Millionenbereich, 360 Millionen in der Sache an sich.

Ich glaube, diese objektiven Faktoren, die dürfen wir einfach nicht ausblenden. Und dann kommt zum heutigen Zeitpunkt hier ein Antrag der LINKEN – und ich hab jetzt gehört, die Unterstützung der FDP ist hier auch gegeben –, verschiebt doch einfach mal die Reform auf 2014. Vorredner haben es gesagt, Herr Müller war es, glaube ich, wir haben hier sechs Gutachten vorliegen, unterschiedliche Einsparpotenziale werden aufgezeigt. Ich will jetzt nicht auf die Kommastelle hier die einzelnen Gutachten diskutieren. Ich kann Sie, wie gesagt, da sowieso nicht überzeugen. Das habe ich schon beim letzten Redebeitrag eben gemerkt. Jetzt wird hier wieder gefeilscht beim KGSt-Gutachten.

(Toralf Schnur, FDP: Es wurde nicht wieder
gefeilscht, es wird immer noch gefeilscht.)

Fakt ist aber, dass wir uns in einem Rahmen von 40, sagen wir mal, bis 100 Millionen befinden.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Und ich vertrete ganz klar die Auffassung, jeder eingesparte Euro zählt,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das ist ja unglaublich mit Ihren Berechnungen, das ist ja unglaublich.)

und zwar sofort müssen wir handeln, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und da helfen uns auch nicht Pressemitteilungen wie die von der FDP weiter, die einfach mal suggerieren, wir brauchen gar nichts zu tun.

(Toralf Schnur, FDP: Das stimmt, das ist unglaublich.)

Die Demografie wird schon dazu führen, dass wir Stellen im öffentlichen Dienst verlieren in dem Sinne. Das ist so ungefähr die Botschaft,

(Vincent Kokert, CDU: 2001 war die FDP im Landtag noch gar nicht Mitglied. – Toralf Schnur, FDP: Ja, ja.)

das ist so ungefähr die Botschaft, die Sie ja gestern noch mal kurz vermitteln wollten. Und da frage ich mich schon ernsthaft: Wo waren Sie eigentlich im Innenausschuss, meine Herren von der FDP, als wir das KGSt-Gutachten diskutiert haben? Da war doch eindeutig festgestellt worden, auch von Vertretern des Landkreistages, wenn wir jetzt Beschäftigungszahlen haben von 6.300 in den Landkreisen in der Summe,

(Toralf Schnur, FDP: Alle Zahlen aus 2007, ne?)

dann wird Ihre demografische Entwicklung dazu führen, dass vielleicht 200, 250 Stellen eingespart werden, mehr aber nicht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau.)

Aber der andere Fakt ist, wenn wir heute dieses Gesetzesvorhaben beschließen, und davon gehe ich aus, dann werden wir zu einer Reduzierung kommen auf 5.100 Stellen. Und das bedeutet Pi mal Daumen, wenn ich nur mit,

(Toralf Schnur, FDP: Im Verhältnis zu 2007.)

damit Sie es auch schneller nachvollziehen können,

(Toralf Schnur, FDP: Das ist aber auch schon zwei Jahre her.)

wenn wir da nur mal mit 1.000 Stellen rechnen und eine Stelle mit circa 50.000 Euro ansetzen, dann kommen wir hier auch auf ein Einsparpotenzial von 50 Millionen.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Und da stellen Sie sich hin und sagen, die demografische Entwicklung läuft, wir brauchen nichts zu tun. Ich sage Ihnen, das ist unverantwortlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Das ist konkret gerichtet an Sie, meine Damen und Herren von der FDP.

Und ich will das auch noch weiter untersetzen, an einem weiteren Beispiel,

(Toralf Schnur, FDP: Ja, bis jetzt hast du es ja noch nicht untersetzt.)

wenn wir schon mal bei Zahlen sind. Das ist ja jetzt mein Lieblingsthema. Schauen wir doch mal in den Gesetzesentwurf, Anlage 18. Da sind doch nun die Kreise in Abhängigkeit ihrer Einwohnerzahl mal aufgelistet und auch ganz konkret, was welcher Kreis pro Kopf hier an Personalausgaben zahlen muss.

(Toralf Schnur, FDP: Das ist wohl der schlechteste aller Vergleiche.)

Und da nehmen wir mal den Uecker-Randow-Kreis, Rügen, Kreis Müritz.

(Toralf Schnur, FDP: Nimm doch mal Güstrow!)

Ich kann persönlich nichts dafür, dass das die kleinsten Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern sind. Aber ich stelle fest, wenn ich in diese Statistik schaue, dass genau diese drei Landkreise die höchsten Personalkosten haben. Und das müssen auch mal die CDU-Freunde dann im Müritzkreis zur Kenntnis nehmen, dass Müritz hier mit Abstand die höchsten Personalkosten hat,

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Toralf Schnur, FDP)

wenn wir Ostvorpommern jetzt mal ausklammern als Optionskommune. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

und das zeigt doch eindeutig, dass diese kleinteilige Struktur nicht die Antwort auf die Fragen der Zukunft sind.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Und das müssen Sie sich sehr wohl anhören, meine Herren der Opposition.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Und deswegen müssen wir handeln.

Der Ministerpräsident hat schon mal ein Thema aufgerufen. Für dieses Thema bin ich ihm sehr dankbar. Auch Herr Müller hat das noch mal angesprochen. Und es ist nicht abgesprochen, wahrscheinlich ist es so, weil die Fakten einfach so richtig sind, will ich mich auch noch mal kurz zu dieser Thematik äußern. Es geht nämlich um die Handlungsfähigkeit unseres Landes im Vergleich zu Schleswig-Holstein. Es ist einfach so, dass Schleswig-Holstein –

(Toralf Schnur, FDP: Vergleich das doch mal mit Baden-Württemberg und nicht immer mit dem Schwächsten!)

ich werde das mal so ein bisschen bildlich hier darstellen – das Wasser bis zum Halse steht.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, wenn man sich immer mit dem Schlechten vergleicht, dann ist man natürlich auch schlecht.)

Genau aus diesem Grunde haben sie nämlich ein Papier auf den Weg gebracht, das nicht irgendeine Überschrift trägt, sondern konkret die Überschrift „Schleswig-Holstein ist auf dem Weg, Handlungsfähigkeit zu erhalten“. Zu erhalten, meine Damen und Herren! Und das müssen sie tun, weil die Lage so dramatisch und schwierig ist.

(Toralf Schnur, FDP: Bei uns ist alles gut! Mann, Mann, Mann, Mann, Mann!)

Und damit wir nicht in diese ähnliche Situation kommen, Herr Müller hat hier schon praktische Beispiele genannt, welche Sparmaßnahmen dort anstehen, müssen auch wir handeln und wir werden handeln.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Toralf Schnur, FDP)

Und an dieser Stelle sei mir auch mal eine Nebenbemerkung erlaubt, wenn ich dieses Schriftstück hier von Schleswig-Holstein mir genauer anschau.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Die wollen nämlich zum Beispiel die Altersgrenzen im Vollzugsdienst und für Schwerbehinderte, sprich, auch für Polizei- und Strafvollzugsbeamte heraufsetzen von 60 auf 62. Und da erinnere ich genau diesen Landtag an eine Debatte zum Beamtenrechtsneuordnungsgesetz vor circa einem halben Jahr, wo Sie uns ja angegriffen haben ohne Ende. Da habe ich Ihnen schon gesagt, schauen Sie eines Tages in das Protokoll. Wir machen Gesetze,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

die die Zukunftsfähigkeit unseres Landes

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

auf den Weg bringen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Hört, hört!)

Und genau das werden die anderen jetzt alle unter Druck machen müssen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Unter Druck gemachte Gesetze sind keine
zukunftsfähigen Gesetze, nicht immer.)

Und Sie können eines Tages wieder in diese Debattenprotokolle schauen. Ich prognostiziere, dass auch in anderen Ländern Verwaltungsstrukturereformen auf der Tagesordnung stehen. Der Handlungsdruck ist im Moment dort noch nicht so groß, aber ich sage Ihnen, die Zeit wird kommen, dass auch dort gehandelt werden muss.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Ein Schiff wird kommen ...!)

Und deswegen sage ich noch mal abschließend zu dieser Thematik: Wenn ich Ihren Antrag sehe, wir sollen die Reform auf 2014 verschieben,

(Toralf Schnur, FDP: Das
wäre konsequent, Torsten.)

dann sage ich Ihnen nur, das sind politische Spielchen. Ich habe Ihnen damals gesagt, der Zeitpunkt war nicht korrekt, Herr Ritter, als es darum ging, während der Anhörung schon diesen Antrag zu debattieren. Ich sage Ihnen, heute ist der Zeitpunkt korrekt, aber dass wir ihn inhaltlich ablehnen müssen, das ist aus unserer Sicht auch korrekt, weil wir nämlich nicht die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hier infrage stellen wollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das
ist Ihr gutes Recht, Herr Renz.)

Viele andere Themen sind hier sozusagen erörtert worden, abgearbeitet worden, ob das die Thematik ist Ziele, Leitbild, Leitlinien et cetera oder das Urteil des Landesverfassungsgerichtes. Ich bin Herrn Müller auch sehr dankbar, dass er sich hier noch mal geäußert hat zum Verbandsmodell, wo man einfach sagen muss, dass

im Innenausschuss Vertreter der FDP und auch Vertreter der LINKEN gesagt haben, diese zusätzliche Verwaltungsebene, die macht gar keinen Sinn.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja,
richtig. Das wissen sie jetzt nicht mehr.)

Und dass wir Demokratieverluste haben, wurde auch von allen Seiten bestätigt.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Insofern, Herr Müller, bin ich Ihnen außerordentlich dankbar, dass Sie das hier noch mal so auf den Punkt gebracht haben,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dass ich das dann im Detail auch nicht so ausführen muss. Aber ich möchte mich doch auch noch mal drei größeren Punkten widmen.

Der erste Punkt ist, ich will nicht sagen, wovon sprechen wir, aber der Fakt ist, aus meiner Sicht geht das in der öffentlichen Debatte doch etwas verloren, nämlich die Zielstellung dieses Gesetzes. Und auch hier hilft noch mal, einen Blick in den Gesetzentwurf, Anlage 13, zu empfehlen, durch den Landtag hier auf den Weg gebracht: Punkt 3.1 „Schaffung nachhaltig tragfähiger und effizienter Verwaltungsstrukturen“. Das ist das Hauptziel, so wird es hier auch formuliert. Und ich glaube, ich habe ausreichend genug dokumentiert, um tragfähige und effiziente Verwaltungsstrukturen hier finanzieren zu können aufgrund der Entwicklungen, die vor uns stehen, müssen wir diesem Hauptziel nachkommen.

Und ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch mal auf die Matrix zurückkommen, weil immer so getan wird, Herr Ritter, auch gerade von Ihnen, nach Jux und Tollerei wird hier ein Modell ausgewählt und jetzt werden wir das Modell diesem Land überstülpen. Schauen Sie in die Matrix, da wird nämlich genau dieses erste wichtige Hauptziel, die effiziente wirtschaftliche Verwaltungsstruktur auseinandergenommen und in 13 unterschiedlichen Modellen bewertet. Und wenn Sie dort reinschauen, dann werden Sie sehen, dass dieses 6+2-Modell den höchsten Wert, nämlich 9 Punkte erreicht, und 9 Punkte heißt übersetzt:

(Toralf Schnur, FDP: Da waren die
Kreissitze aber noch nicht festgesetzt.)

sehr, sehr positive Auswirkungen.

Und wenn dann andere Modelle wie zum Beispiel 7+2 in die Diskussion gebracht werden, die ja in der Gesamtheit nachher bei Abwägungsprozess auf Platz zwei gelegen haben, dann muss man sagen, dass in diesem entscheidenden Punkt eine Wertigkeit von 6,4 erreicht wird.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Und wenn wir von Finanzen und von Zukunftsfähigkeit sprechen, dann müssen wir doch deutlich sagen, dass das ein wesentliches Argument ist, um hier auch Kosten zu sparen und unser Land zukunftsfähig zu machen.

Der zweite Punkt, der in dieser Abwägung eine entscheidende Rolle gespielt hat,

(Toralf Schnur, FDP: Das haben
aber nicht wir abgewogen.)

nämlich das zweite Ziel dieser Reform, ist

(Toralf Schnur, FDP: Das war die Abwägung der Landesregierung.)

Erhalt und Stärkung der ehrenamtlich ausgeübten kommunalen Selbstverwaltung. Und jetzt können wir ja alle sehr schlaue hier miteinander tun und sagen, es soll alles so bleiben, das heißt, die Kreistage bleiben so in den gleichen Strukturen mit 53 Kreistagsmitgliedern.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, das ist aber keine Stärkung.)

Ich will es nicht schönreden,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Aber Sie tun es.)

aber wir müssen, ...

Nein, ich tue es nicht.

(Toralf Schnur, FDP: Natürlich.)

... wir müssen diesen Abwägungsprozess führen – auf der einen Seite Wirtschaftlichkeit, auf der anderen Seite aber auch Erhalt kommunaler Selbstverwaltung. Und da geben wir eine Antwort,

(Toralf Schnur, FDP: Ja, aber es ist Stärkung.)

da geben wir eine Antwort, Herr Schnur, im Gegensatz zu Ihnen. Ich rede es nicht schön, es steht auch im Gesetzestext so drin: Es geht um den Erhalt zumutbarer äußerer Bedingungen für die Mandatsausübung. Ich weiß nicht, was der Landtag bei dem Beschluss hier schön geredet hat. Wir haben Fakten zur Kenntnis gegeben und das so auf den Weg gebracht. Das hat mit Schönreden nichts zu tun.

Und wir sagen auch, das steht im nächsten Satz, dass es ein gewisser Zielkonflikt ist. Aber bei einem Abwägungsprozess sind wir dann zu der Entscheidung gekommen,

(Toralf Schnur, FDP: Wir haben das nicht abgewogen.)

eine Reform wie heute auf den Weg zu bringen. Und wenn uns dann hier ein Vorwurf gemacht wird, zum Beispiel hinsichtlich des Ehrenamtes – ganz konkret von der FDP oder auch von der LINKEN –, dann möchte ich gerade auch noch mal an die Adresse der LINKEN hier konkret werden: Rot-Rot, Herr Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.)

hat damals einen Gesetzentwurf beschlossen in einer Fünferstruktur.

(Toralf Schnur, FDP: Euer Gesetz unterscheidet sich doch nur in einem Punkt und das ist noch schlechter.)

Sie haben in Ihrem Gesetzentwurf vorgesehen hinsichtlich der Ehrenamtlichkeit 389 Mitglieder in Kreistagen. Sie haben das, das werden Sie wissen, damals gekoppelt an die 300.000-Einwohner-Frage. Wir haben einen etwas anderen Weg, aber entscheidend ist ja, was hinten rauskommt, das wissen Sie.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nichts als Dünnpfiff!)

Wir haben es gekoppelt an die Einwohnerzahl 175.000, legen klar fest 61 beziehungsweise, wenn wir über 175.000 Einwohner liegen, 69, und zusätzlich gekoppelt an die Fläche für Landkreise,

(Toralf Schnur, FDP: Das ist auch einmalig.)

gekoppelt an die Zahl über 4.000 Quadratkilometer,

(Toralf Schnur, FDP: Das gibt es sonst nicht, ja.)

wird es Kreistage geben, die dann noch mal zusätzlich acht Mitglieder mehr haben. Ich glaube,

(Toralf Schnur, FDP: So was ist einmalig.)

das stellt auch eine Stärkung des Ehrenamtes dar.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was ist da der wesentliche Unterschied zu Rot-Rot?)

Der wesentliche Unterschied ist, Herr Ritter,

(Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

ich betrachte das einfach mal als Zwischenfrage, die ich jetzt hier beantworten will, dass Sie auf 389 gekommen sind und wir auf 432 Mitglieder des Kreistages.

(Peter Ritter, DIE LINKE: He! – Marc Reinhardt, CDU: Hervorragend!)

Und das heißt, dass wir 43 Mitglieder in diesem Ehrenamt mehr haben.

(allgemeine Unruhe – Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Und wie das Amt aussehen soll, das erklären Sie nicht.)

Ich sage Ihnen nicht, dass das die Lösung schlechthin ist, aber ich sage Ihnen, es ist eine bessere Lösung, und deswegen: Reden Sie unsere Lösung nicht schlecht!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Nein. – Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und ich will Ihnen auch als Nächstes sagen, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und was ist mit den Geschäftsstellen der CDU?)

Sehr schön, ich danke Ihnen auch für die nächste Zwischenfrage. Sie scheinen mein Redemanuskript hier zu kennen, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, nee! Nee, nee!)

... Sie werfen uns vor, dass wir keine Geschäftsstellen einrichten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So toll ist die Rede nicht, dass ich sie vorher lese. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Ich sage Ihnen, wir beschließen in diesem Gesetzentwurf, nachzulesen auf Seite 37, Änderung Kommunalverfassung:

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja.)

„Nach § 105 Absatz 4 Satz 3 wird folgender Satz eingefügt:“ – eingefügt signalisiert, wir werden die Situation verbessern,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja. Ja, ja.)

und da werden wir Folgendes tun,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Die Botschaft hör ich wohl, allein ...!)

die Koalitionäre werden Folgendes beschließen – „Die Landkreise sollen im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja. Ja, ja.)

„die Aufgabenwahrnehmung der Fraktionen

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

durch Zuwendungen aus dem Kreishaushalt für deren Geschäftsbedarf in angemessenem Umfang unterstützen.“

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Sie haben vielleicht jetzt durch die Zwischenrufe erreicht, dass ich nicht abschließend zu verstehen war, das mag sein.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Na Gott sei Dank!)

Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass wir hier eine Lösung anbieten.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Eil! –
Toralf Schnur, FDP: Das ist
doch überhaupt keine Lösung.)

Wir sagen nämlich nicht umsonst „sollen“, wir hätten ja auch sagen können „können“.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Müssen, müssen!)

Nein,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Müssen! –
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Haben!)

nein, wir sagen „sollen“.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Müssen!)

Übersetzt, Herr Ritter, wissen Sie, was das heißt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie
müssen Ihre Gesetze übersetzen.)

Wenn Sie interessiert sind an der sachlichen Argumentation, dann empfehle ich Ihnen eine kurze Pause beim Atmen.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Dann wäre es vielleicht möglich, auch das Sachargument aufzunehmen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

„Sollen“ heißt in diesem Fall, dass das bisherige Ermessen in eine faktische Verpflichtung durch CDU und SPD hier auf den Weg gebracht wird, eine faktische Verpflichtung.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Oh! –
Zuruf von Toralf Schnur, FDP –
Glocke der Vizepräsidentin)

Was uns aber unterscheidet, das will ich auch deutlich sagen: Dieser Gesetzentwurf sieht nicht vor,

(Toralf Schnur, FDP: Das ist ja
hochinteressant, was Sie hier anbringen.)

dieser Gesetzentwurf sieht in diesem Punkt nicht vor,

(Toralf Schnur, FDP: Den Protokollauszug
muss man sich geben lassen.)

dass wir hier hauptamtliches Fachpersonal einstellen. Auch das kann man hier entnehmen. Aber wir sind sehr wohl der Auffassung,

(Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

dass hier Geschäftsstellenpersonal finanziert werden muss und soll. Insofern an die Adresse der LINKEN: Entwickeln Sie hier keine Mär, dass wir in diesem Bereich nichts tun! Das ist einfach nur falsch.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Fragen Sie mal die Leute vor Ort,
wie toll die Ihre Rede finden!)

Ich will auch zu einem zweiten wichtigen Punkt noch mal kommen, und zwar die Reform im Dialog. Hier ist es so, das ist die Schwierigkeit, Herr Schnur,

(Toralf Schnur, FDP: Ja, ja.)

ich habe es mir gedacht, also noch mal für Sie,

(Toralf Schnur, FDP: Die ersten
zwei. Ich habe schon mitgezählt.)

Punkt 1 war „Ziel und Notwendigkeit der Reform“. Jetzt kommen wir mal zum Punkt 2 „Reformen im Dialog“ bei mir überschrieben.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, ja.)

Ich will Ihnen das auch ganz kurz erklären.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Oh!)

Ich habe immer gesagt, wir sind nicht beratungsresistent,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und das zeigt genau das, was wir tun,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

nämlich eine Vielzahl von Änderungsanträgen, die wir hier auf den Weg bringen. Herr Müller hat Sie zum größten Teil inhaltlich begründet. Ich will drei, vier einfach nur noch mal nennen, weil es Änderungen sind von Tragweite und mit Tragweite,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ah ja!)

die dokumentieren, dass wir nicht beratungsresistent sind, sondern dass wir im Sinne unseres Landes und im Sinne der Beschäftigten und der Bürger hier gehandelt haben,

(Toralf Schnur, FDP: Die CDU ist
lernfähig, habe ich gerade gehört.)

nämlich dass wir dem kommunalen Willen der Stadt Demmin und des Amtes Demmin-Land nachkommen

(Toralf Schnur, FDP: Na, so glücklich
waren sie darüber aber nicht.)

und hier eine Korrektur vornehmen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Da haben Sie noch gesagt, dass
das Unsinn gewesen wäre, Herr Renz.)

nämlich hin zum Landkreis Mecklenburgische Seenplatte.

Ich persönlich finde es auch einen Erfolg, dass wir gewährleisten eine zeitgleiche Übertragung des Personals. Es soll auch nicht unerwähnt sein, dass wir hier den Artikel 9 des Gesetzentwurfes – sprich, die Abschaffung der Entschädigungsverordnung – streichen.

Ich will auch nicht unter den Tisch fallen lassen, dass wir die Anzahl der Beigeordneten anpassen hinsichtlich der Kommunalverfassung.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Analog zu den kreisfreien Städten, die bei einer Einwohnerzahl über 100.000 vier Beigeordnete haben können, führen wir eine Kannregelung ein für unsere Landkreise

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

und werden auch hier gewährleisten bei Einwohnerzahlen über 200.000, dass die Möglichkeit vor Ort besteht, hier zu handeln.

Und zwei Punkte habe ich noch bei diesem Komplex. Einer ist für mich auch interessant, nämlich die Konstituierung der Kreistage. Da werden wir heute hier beschließen, dass wir für diese Konstituierung sechs Wochen Zeit haben.

(Heinz Müller, SPD: Wer hat das eigentlich beantragt?)

Das haben die LINKEN beantragt, Herr Müller, wenn Sie mich schon so fragen.

(Unruhe bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Toralf Schnur, FDP)

Ich habe da noch gar kein Lob für die Koalitionäre gehört, dass sie sich hier inhaltlich der Sache angenommen haben. Aber was ich in diesem Punkt spannend finde, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Tatsache, der letzte Gesetzentwurf, der dann gescheitert ist, wo ja auch schon einige Spezialisten am Werk waren, zum Beispiel Herr Ritter, um das mal namentlich zu benennen, der sah damals auch drei Wochen vor.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, sehen Sie. – Torsten Koplín, DIE LINKE: Und weiterentwickelt hat es Herr Ringguth.)

Wir wurden schon fast in Grund und Boden geredet, wie wir überhaupt darauf kommen können, jetzt auf vier Wochen überzugehen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Torsten Koplín, DIE LINKE: Wir haben uns weiterentwickelt, wie Herr Ringguth.)

Aber ich sage Ihnen ganz persönlich, Herr Ritter, als Praktiker, die sechs Wochen sind okay und wir werden dem zustimmen.

(Zuruf von Dr. Marianne Linke, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, ich muss Sie noch mal unterbrechen.

Meine Damen und Herren, besonders meine Herren Abgeordnete, die Zwischenrufe sind wichtig für eine lebhaftige Debatte, da habe ich nichts dagegen, aber der Redner muss wenigstens verstanden werden. Deswegen, bitte halten Sie sich hier etwas zurück.

Bitte, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Torsten Renz, CDU: Also wir werden das mit den sechs Wochen so machen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na ja, ist in Ordnung.)

auch wenn der andere Gesetzentwurf es damals anders vorsah.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es entwickeln sich alle weiter, Herr Renz.)

Wir arbeiten inhaltlich und werden die Sache hier unterstützen.

Der letzte Punkt, den wir ändern werden, Herr Müller hat es schon angesprochen, ist die Tatsache, und ich bin ja auch schon darauf eingegangen, dass wir den Bürgerentscheid hier nicht mehr durchführen werden. Ich wollte zu diesem Punkt eigentlich sehr, sehr wenig sagen, aber auch der Redebeitrag von Herrn Ritter hat mich einfach dazu bewogen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

nein, es hat mich einfach dazu bewogen, Herr Ritter, weil Sie ansonsten ja in diesem Spagat sind. Eigentlich sind Sie ja dafür, dass wir die Reform machen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir sind für eine Reform, ja, aber nicht für diese.)

sie geht Ihnen nur nicht weit genug. Im Prinzip würden Sie gerne zustimmen,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Da kennen Sie uns aber schlecht.)

weil Sie inhaltlich ja mit uns den Reformbedarf sehen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und diesen Spagat hinzubekommen, ist ja nicht einfach. Insofern akzeptiere ich das schon und Ihre Angriffe halten sich ja auch heute sehr in Grenzen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: So?)

Aber das, was Sie gemacht haben zum Thema Kreissitze, Herr Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.)

ich will Ihnen sagen, das ist unredlich

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Na, na, na, na!)

und das geht gar nicht.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Na, na!)

Der Vorwurf Ihrerseits lautet, in den verschiedenen Regionen des Landes werden die Kriterien zur Kreissitzfestlegung unterschiedlich bewertet.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, das entspricht der Tatsache.)

Da sage ich Ihnen eindeutig, das ist eine Unterstellung

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein.)

und die weise ich vor allem auch als Mitglied des Innenausschusses zurück.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das können Sie tausendmal zurückweisen, es bleibt trotzdem wahr.)

Ja, der Fakt ist einfach der, es ist schön, dass wir heute so eine breite Öffentlichkeit hier haben,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, deswegen.)

sodass man ja dann auch mal Sachen zitieren kann zum Beispiel aus der Sitzung des Innenausschusses,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Draußen sitzen auch noch drei Leute.)

nachzulesen auch in der Beschlussempfehlung. Die LINKEN geben Folgendes von sich: „Der Innenausschuss habe sich diesbezüglich auf bestimmte Kriterien geeinigt.“ Das ist Ihre erste Aussage. Die zweite Aussage ist, Herr Ritter, auf Seite 210 auch nachzulesen: „Die Fraktion DIE LINKE hat zum Ausdruck gebracht, dass nicht die Abwägung anhand zusätzlicher Kriterien kritisiert werde. Diese seien im Ausschuss abgestimmt gewesen.“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die beiden, die beiden.)

Und wenn Sie das leugnen und sich hier noch mal hinstellen und anderes behaupten,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dann sagen Sie nicht nur die Unwahrheit,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein.)

dann gehen Sie noch einen Schritt weiter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein.)

den ich hier an dieser Stelle dann so nicht aussprechen will.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es ist ganz klar so gewesen, dass alle Fraktionen – auch DIE LINKE und die FDP – in diesen Diskussionsprozess eingebunden waren und wir zusammen gesagt haben, das sind unsere Kriterien.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich bedauere es auch etwas, dass das in der Öffentlichkeit jetzt so nicht angekommen ist, dass wir hier nämlich zusätzliche Kriterien benannt haben,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Herr Müller hat das auch schon mal ausgeführt, nämlich dass gerade Verwaltungsimmobilien, strukturpolitische Auswirkungen zusätzlich dazugekommen sind und dass wir eben nicht nur die Erreichbarkeit gewählt haben oder die Einordnung im zentralörtlichen System.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, dann hätte es ja nicht geklappt mit euren Vorschlägen. Ihr musstet euch das ja irgendwie hinrechnen.)

Und wir haben die Anzuhörenden auch aufgefordert, weitere Aspekte in die Diskussion einzubringen. Insofern war das Konsens, das war so und das sollte man dann auch nicht schlechtreden.

Ich werde natürlich ähnlich wie mein Kollege Müller hier nicht jetzt eine Werbeveranstaltung für einzelne Kreisstädte vollführen. Ich will aber ...

(allgemeine Unruhe)

Ich will aber ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, Herr Ritter, wenn Sie mich etwas länger auch in meiner kommunalpolitischen Arbeit schon mal begleitet hätten, dann hätten Sie jetzt genau gewusst, dass ich inhaltlich in der Sache abstimme. Da können Sie gerne Rücksprachen führen.

(Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Das können Sie so nicht wissen, das mache ich Ihnen nicht zum Vorwurf. Das werde ich bei meinem nachherigen Abstimmungsverhalten zum Ausdruck bringen.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Insofern können wir diese Debatte noch mal verschieben und nach der Sitzung führen.

Aber ich will, und diese Pflicht sehe ich hier schon bei mir als Innenpolitiker, gerade diesen Spagat, den Herr Ritter uns vorwirft hinsichtlich der Festlegung der Kreisitze im Ausschuss,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

da will ich doch schon mal deutlich auch der Öffentlichkeit sagen, dass das ein Vergleich von Äpfeln und Birnen ist, wo wir auf der einen Seite eine Entscheidung fällen müssen zwischen Greifswald und Anklam.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sind die Äpfel.)

Ich glaube nicht, dass diese Frage dazu angetan ist, das hier in die Lächerlichkeit zu ziehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, Sie haben doch Äpfel und Birnen jetzt hier angebracht.)

Insofern will ich Ihnen sagen, hier vergleichen wir ein Teiöberzentrum mit einem Mittelzentrum mit ganz unterschiedlichen Auswirkungen hinsichtlich der Erreichbarkeit und auch bezogen auf die Einwohnerzahl.

(Toralf Schnur, FDP: Also kann man sie gar nicht richtig miteinander vergleichen.)

Und das muss jeder mit sich selbst hier heute abwägen und dann entscheiden.

(Toralf Schnur, FDP: Habe ich das jetzt richtig verstanden?)

Dann füge ich das noch mal ein, Herr Schnur,

(Toralf Schnur, FDP: Das kann man also nicht vergleichen.)

wir haben schon sehr wohl in Abhängigkeit vom Landesraumentwicklungsprogramm,

(Toralf Schnur, FDP: Also wenn man nicht vergleichen kann, dann kann man es ja irgendwie auswählen.)

wo unter anderem auch so wie hier im Gesetzentwurf von Zentren gesprochen wird und von Stärkung, Oberzentren, Teiöberzentren und Mittelzentren definiert. Insofern ist das ein klares, wesentliches Merkmal, was man in diesem Prozess abwägen muss. In dieser besonderen Situation, wenn es um die Erreichbarkeit in dem konkreten Fall geht,

(Toralf Schnur, FDP: Das spielt keine Rolle. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

spreche ich hier keine Empfehlung aus, ich sage Ihnen aber, Sie sollen das dumme Dazwischengerede lassen und sachlich, inhaltlich entscheiden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja.)

Sollte das eben unparlamentarisch gewesen sein, nehme ich diesen Ausdruck mit äußerstem Bedauern zurück.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP –
Toralf Schnur, FDP: Oh! Das stand doch
auf dem Zettel, das stand doch auf dem Zettel.)

Ich möchte aber auch den zweiten Streitfall, so, wie er sich hier abzeichnet, noch mal beleuchten,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

weil ich eben sage, es ist kein Vergleich in der Sachfrage möglich, sondern wir müssen in der Gesamtheit die Kriterien, die wir formuliert haben, abwägen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt in
der Gesamtheit und sonst einzelne.)

wenn es um die Frage geht, Parchim oder Ludwigslust.

Und da werden Sie sehr schnell zu der Feststellung kommen, dass nach dem Landesraumentwicklungsprogramm beide Städte als Mittelzentren eingestuft sind

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ach, das überrascht. – Zuruf
von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

und auch hinsichtlich der Erreichbarkeit nur minimale Unterschiede bestehen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genauso ist es.)

Und ich glaube, im heutigen Zeitalter der Technik ist das kein ausreichender Grund, eine Entscheidung zu fällen.

(Toralf Schnur, FDP: Das war der
Klüngel, den ich vorhin gemeint habe. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das war Logik der Mitglieder des Innenausschusses,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Logik à la Renz, ja, ja.)

die dann weitere Kriterien herangezogen haben.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Ich habe sie im Vorfeld genannt. Es sind weitere Kriterien, jeder kann das nachlesen in der Beschlussempfehlung, dass wir nicht aus dem hohlen Bauch heraus eine Entscheidung gefällt haben.

(Toralf Schnur, FDP: Das stimmt.
Das kann man nicht abstreiten.)

Und insofern sollten Sie auch in dieser Frage persönlich, wenn Sie sich dazu in der Lage fühlen, abwägen und dann eine gute Entscheidung fällen.

Ich möchte jetzt abschließend noch mal im Interesse des Landes werben für die Zustimmung zu den Gesetzen, weil es ein großer, wichtiger Schritt ist, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu erhalten. Und ich will auch deutlich sagen für die Zukunft, es ist notwendig, ich glaube, der Innenminister hat es auch schon so auf den Punkt gebracht, und ich schließe mich dem an, es ist notwendig, weitere Aufgabenübertragungen zu prüfen. Es ist notwendig, Deregulierung und Bürokratieabbau voranzutreiben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: He!)

Wir werden das demnächst tun.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wann denn?)

Da warten wir ja noch auf Ihre Vorschläge.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wann
denn, Herr Renz? Wann denn?)

Das vierte Deregulierungsgesetz ist gerade im Innenausschuss.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja,
lange genug hat es gedauert.)

Wir haben dort bei den Anzuhörenden gehört,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dass es von allen Seiten begrüßt wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Lange genug hat es gedauert.)

Es wird aber auch darauf ankommen, eine Weiterentwicklung der Gemeinde- und Ämterstruktur vorzunehmen.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Es wird darauf ankommen, die Ministerialverwaltung zu verschlanken. Das heißt für mich nicht, dass entscheidend die Anzahl der Ministerien ist, sondern die Anzahl der Stellen, so, wie der Herr Ministerpräsident das zum Ausdruck gebracht hat.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zuerst
muss es eine Aufgabenkritik geben.)

Es wird auch darum gehen, Einsparungen im Bereich des Landtages zu diskutieren. Ich schließe mich nicht der plumpen Diskussion an, Zahlen in den Raum zu stellen

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie die Junge
Union das gemacht hat, vier sind genug.)

und einfach zu sagen, wir verhandeln hier mal über ein, zwei oder zehn Abgeordnete. Es geht um den Landtag in der Sache an sich, dass wir über den diskutieren in der Zukunft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht Bestände verwalten, sondern Zukunft für Mecklenburg-Vorpommern gestalten! – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Renz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

(Heinz Müller, SPD:
Ich glaube, ich muss mal.)

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den letzten Wochen waren die Folgen der Politik der regierenden Parteien von SPD und CDU durch Aktionen der Betroffenen hier direkt vor dem Landtag, aber auch durch die vielen Briefe und Stellungnahmen, die uns Abgeordnete erreichten, besonders deutlich zu spüren.

Es grassiert im Land die totale Existenzangst. Vom Kleinkind bis zum Rentner haben die Landkreise und Städte, die ihren Kreissitz behalten wollen, auch hier vor dem Landtag alles aufgeboten, um für sich zu werben. Dabei erhielten wir Abgeordneten nicht nur Argumente, warum eine Stadt als Kreisstadt geeignet wäre, an die Hand, sondern auch Erzeugnisse aus den Regionen. Es geht sprichwörtlich um die Wurst, in diesem Falle in Form der Wurst aus Ludwigslust.

Haben Sie, Vertreter der regierenden Parteien, mit Ihren Gesetzentwürfen dieses Gegeneinander der verschiedenen Städte beabsichtigt? Haben Sie gewollt, dass eine CDU-Bundestagsabgeordnete einen SPD-Landrat im Zusammenhang mit dem Werben für eine Kreisstadt der Unehrllichkeit bezichtigt?

Verantwortlich für die große Angst, aber auch für die scharfe Auseinandersetzung um die beste Kreisstadt sind sowohl die Landesregierung, die augenscheinlich mit dem Regieren total überfordert ist, als auch die sie tragenden Fraktionen aus SPD und CDU, die eine Politik der Flickschusterei betreiben und somit der Bundesregierung in nichts nachstehen.

Wir erinnern uns: Am 26. Juli 2007 urteilte das Landesverfassungsgericht in Greifswald über die Verfassungsbeschwerden des Vorgängermodells dieser Kreisgebietsreform und befand, dass die Maßstäbe zur Bildung der damals geplanten Großkreise unvereinbar mit der Landesverfassung und somit verfassungswidrig seien. Diese Entscheidung der Verfassungsrichter hinterließ bei den Führungskadern der LINKEN, SPD und CDU einschneidende Erschütterungen, von denen sie sich bis heute nicht erholen konnten. Daher ist es nicht verwunderlich, dass der Landtag Mecklenburg-Vorpommern am heutigen Tage erneut ein Gesetz zur Schaffung von Großkreisen beschließen soll, deren Ermittlung und Zusammenschnitte ebenfalls so unausgegoren und nicht nachvollziehbar sind, wie es bereits beim Vorgängermodell der Fall war.

(Michael Andrejewski, NPD:
Wie die Landkarte von Afrika.)

Die Gesetzentwürfe der Landesregierung sind Beleg für die absolute Orientierungslosigkeit derselben und gleichzeitig ein Eingeständnis, dass nicht nur in Berlin die Regierenden mit ihrem Latein am Ende sind, sondern auch hier in Schwerin. Zukunftsgestaltung zum Wohle der Bürger sieht wahrlich anders aus.

Am heutigen Tag soll also der Landtag das angeblich wichtigste Vorhaben der Landesregierung in dieser Legislaturperiode absegnen: die Kreisgebietsreform zusammen mit der Zuordnung von Aufgaben von oben nach unten. Vor dem Schloss fanden heute zahlreiche Protestveranstaltungen gegen diesen Wahnsinn statt, ohne dass Volkes Stimme bei den Abgeordneten der Regierungsfractionen Gehör fand. Eine langfristige Konzeption für eine zukunftsweisende Raumordnung im Land ist nicht erkennbar. Die Einwohner Mecklenburgs und Pommerns werden von den Herrschenden wieder einmal nicht eingebunden. Hierauf haben wir Nationalisten ja bereits in der Aktuellen Stunde sehr deutlich aufmerksam gemacht. Ein Meisterwerk sieht wahrlich anders aus.

Mit ihren Gesetzentwürfen belegen SPD und CDU vielmehr ihre Abgehobenheit. Beide Parteien und mit ihnen auch die Landesregierung haben sich dem Volk vollkommen entfremdet. Stattdessen sitzen sie in ihren Elfen-

beintürmen und wollen das Land regieren. Die Politik, und das haben die Damen und Herren dieser Regierungsfractionen schon lange vergessen, hat aber dem Volk zu dienen. Daher hat sich die NPD-Fraktion von Beginn an gegen die Verwaltungskunstgebilde ausgesprochen, die von der LINKEN bis zur CDU gefordert wurden. Für eine am Volkswohl ausgerichtete Politik ist die Bürgernähe Primat der Politik. Großkreise hingegen isolieren die Bürger von den Entscheidungsgremien noch mehr als schon jetzt, und dies sowohl räumlich als auch emotional. Und nicht zuletzt entwickeln sich Großkreise zu anonymen Gebilden weit ab von den Problemen der Bürger.

Die schwerwiegenden Mängel und Unzulänglichkeiten der Landesregierung bei der Umsetzung des Vorhabens sind nicht zu verbergen. So hat die Landesregierung bis heute nicht darlegen können, warum die Zusammenlegung in sechs Kreisen und Beibehaltung von lediglich zwei kreisfreien Städten sachlich überhaupt erforderlich ist. Zudem stellt sich die Landesregierung mit ihrem Vorhaben gegen die Kommunen. Um diesem Treiben noch die Krone aufzusetzen, zwingt die Landesregierung kleine Gemeinden zu Zusammenschlüssen, indem sie die Finanzausweisungen für kleine Gemeinden über das Finanzausgleichsgesetz reduzierte.

Die Politik der Landesregierung und der SPD- und CDU-Fraktion ist ein absolutes Armutszeugnis. Die geplante Gebietsreform ist eine direkte Folge einer total gescheiterten Politik aller Landesregierungen der letzten 20 Jahre, angefangen von einer verfehlten Wirtschaftspolitik, in dessen Mittelpunkt nicht das Wohl der Mecklenburger und Pommern, sondern eiskalte Profitmaximierung stand und steht, bis hin zur skandalösen Bevölkerungspolitik, in der Abwanderung und Kinderarmut, also die Armut an Kindern politisch vorangetrieben wurde. Die Blockparteien von der LINKEN bis zur CDU haben abgewirtschaftet und unser Land ruiniert. Und somit ist das Vorhaben der Landesregierung nicht nur ein politischer Offenbarungseid, sondern zugleich auch eine Bankrotterklärung.

Die NPD steht für eine am Volk ausgerichtete und somit für eine bürgernahe Politik. Wir setzen uns für die Stärkung unseres Landes und somit für die Stärkung der Städte als auch des ländlichen Raumes ein. Stadt und Land sind aufeinander angewiesen und gehören somit untrennbar zusammen. Ein gegenseitiges Ausspielen der Bewohner der Städte gegen die Bewohner im ländlichen Raum und umgekehrt, wie es von den etablierten Parteien seit Jahren betrieben wird, schadet unserem Land. Selbstverständlich gehört daher auch die Verwaltung in den ländlichen Raum.

Vielmehr sollte die alles entscheidende Frage lauten: Brauchen wir überhaupt die Landkreise? Mein Kamerad Michael Andrejewski wird in unserem Antrag „Erarbeitung von Alternativen zur Kreisgebietsreform“ für den Fall einer weiteren Niederlage vor dem Landesverfassungsgericht eine Alternative zu Ihrem Vorhaben der Monsterkreise aufzeigen. Und mit der Niederlage vor dem Landesverfassungsgericht ist absolut zu rechnen.

In den insgesamt sechs Anhörungen im Innenausschuss wurde sehr deutlich, was die Verantwortlichen in den Kreisen und kreisfreien Städte von Ihren Monsterkreisen halten:

So äußerte beispielsweise der Landrat des Landkreises Ludwigslust Herr Christiansen richtigerweise, dass viele

Punkte aus dem Leitbild des Landtages, also dem Leitbild, wie sich die Regierungsfractionen unter anderem künftige Kreisstrukturen vorstellen, in keiner Weise mit dem vorliegenden Kreisstrukturgesetz auch nur annähernd erreicht werden. Das bedeutet also, dass selbst große Verfechter einer Gebietsreform, zu denen ich persönlich den Landrat Christiansen zähle, Ihnen vorwerfen, dass bei Ihnen zwischen Anspruch und Wirklichkeit Welten liegen.

Die Landrätin von Rügen Frau Kerstin Kassner kündigte bereits im letzten Jahr an, dass der Landkreis Rügen die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze prüfen lassen wird und daher auch Klage vor dem Landesverfassungsgericht einzureichen gedenkt.

Sprichwörtlich den Nagel auf den Kopf traf der Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg Dr. Paul Krüger, den ich nachfolgend zitiere: „Das Grundproblem dieses Gesetzes ist, dass es sich zu stark, und zwar auch entgegen dem Leitbild ausschließlich auf vermeintliche Einsparungen fokussiert, zu wenig die Entwicklung des Landes in den Blick nimmt, auch übrigens, und das ist heute hier schon von den Landkreisen zu Recht angemerkt worden, die demografische Entwicklung.“ Zitatende.

Betrachtet man in diesem Zusammenhang noch eine Aussage des Landrates des Landkreises Uecker-Randow Dr. Volker Böhning

- Zitat: „Eine Steuerung von Landkreisen dieser Größe, und es gibt ja welche die noch größer sind, durch ehrenamtlich kommunalpolitisch Tätige wird sehr stark in Frage gestellt. Eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, wie wir es uns auf die Fahnen geschrieben haben, wird damit auf überhaupt keinen Fall erreicht werden können.“ Zitatende,

sowie des Kreistagspräsidenten des Landkreises Bad Doberan Fred Ibold

- Zitat: „Was erschwerend hinzukommt ist eine weit verbreitete Resignation in der Bevölkerung, die den Entwicklungen hilflos gegenübersteht und sich immer mehr ins Privatleben zurückzieht. Die Folgen sind vielschichtig. Neben Sätzen, die ich auch tagtäglich als hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Tessin höre, wie ‚Macht doch was ihr wollt.‘ Bis hin zu selbst gewählter Isolation und Verdrängung der Probleme reicht die Palette.“ Zitatende,

und des Landrates vom Landkreis Güstrow Lutz da Cunha

- Zitat: „In zehn Jahren haben wir dann erneut vielleicht viele Stellen eingespart und der Anteil der Personalkosten an den Ausgaben beträgt dann vielleicht nur noch zehn Prozent. Das hört sich theoretisch sehr gut an, Zusammenlegung bringt Einsparung, vor allem Personaleinsparung. Praktisch ist dies aus unserer Sicht jedoch eine Rechnung, die auch die Augen vor bestimmten Realitäten verschließt. Größer ist nicht automatisch besser, größer ist auch nicht automatisch kostengünstiger und effizienter und schon gar nicht bürgernäher.“ Zitatende,

wird aus diesen Aussagen eines deutlich: Das Versagen der Regierung kann kaum treffender in Worte gefasst werden.

Viele Anzuhörende haben in den Anhörungen im Innenausschuss unter anderem auch festgestellt, dass die

Landesregierung mit Einsparungszahlen argumentiert, deren Berechnungsgrundlagen allerdings auf fehlerhaften Annahmen beruhen. Auch haben viele Landräte zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass die ehrenamtliche Arbeit durch die Kreisgebietsreform sehr stark belastet und für Arbeitnehmer zum Teil unmöglich gemacht wird. So kann es passieren, dass zum Beispiel die Kreisfeuerwehrverbände aufgrund der zurückgehenden Nachwuchszahlen wichtige Steuerungsaufgaben in diesen Riesengebieten nicht mehr leisten können.

Von der Landesregierung blieben auch jene Feststellungen unwidersprochen, dass, je größer die Entfernungen werden, die Kompetenz im Allgemeinen sinkt, über örtliche kleinteilige Dinge mitreden zu können, auch wegen der fehlenden Identität und all der Probleme, die mit dem Ehrenamt verbunden sind, wie es der Neubrandenburger Oberbürgermeister Krüger aussprach.

Schlussendlich sahen und sehen die Angehörten unzählige Nachteile, Beeinträchtigungen für die künftigen Kreistagsmitglieder, für die Bürger und für die Wirtschaft im Allgemeinen, da die Wege für uns alle wesentlich weiter werden, aber im Besonderen auch für das Gemeinwohl und das Engagement der Bürger innerhalb des neuen Landkreises, denn aufgrund der Entfernung und Größe wird die Bindung an den Landkreis immer geringer werden, was sich dann auch bei den ehrenamtlich Tätigen widerspiegeln dürfte.

Bei all diesen Argumenten schalteten die Regierungsfractionen auf stur und ließen eine inhaltliche Auseinandersetzung gar nicht zu. Keine Argumente und zudem Angst vor der inhaltlichen Auseinandersetzung, das sind die Kennzeichen des Reformpaketes.

Als einzige Fraktion und Partei spricht sich die NPD ganz deutlich und unmissverständlich gegen die Großkreise und für mehr Bürgernähe aus. Wir sind der Ansicht, dass die Städte Anklam, Bad Doberan, Bergen auf Rügen, Demmin, Greifswald, Grevesmühlen, Grimmen, Güstrow, Ludwigslust, Neubrandenburg, Neustrelitz, Parchim, Pasewalk, Stralsund, Waren und Wismar weiterhin ihren bisherigen Status behalten und von den Kreisen sogar noch mehr Verantwortung übernehmen sollten, ganz im Sinne unseres Alternativmodells, wonach erhebliche Teile der Landkreisverwaltung eine Angliederung an die Behörden der Kreisstädte und der kreisfreien Städte erfahren würden und bisherige Kreisaufgaben für ihr gesamtes Umland mit erledigen. Für die Bürger würden die Wege zu den Sitzen der Verwaltung unverändert bleiben. Die Behördenmitarbeiter würden hingegen lediglich ihren Dienstherrn wechseln.

Dieses Modell, wodurch Bürgernähe praktiziert wird, wird mein Kamerad Michael Andrejewski am morgigen Donnerstag im Landtag noch einmal erläutern. Denn unser Land muss darauf vorbereitet sein, wenn das Landesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit dieser Gesetze feststellen wird. Davon ist wiederum auszugehen.

Selbstverständlich hat sich die Fraktion der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, also der NPD, trotzdem auch mit der Frage der Kreissitze auseinandergesetzt. Wir können die plötzliche Umkehr der Regierungsfractionen in der Frage der künftigen Kreisstädte in den Neukreisen Südvorpommern und Südwestmecklenburg inhaltlich absolut nicht nachvollziehen. Dass Greifswald eine verhältnismäßig starke Stadt ist, die unter anderem über eine hervorragende Universität

und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verfügt, ist nicht erst seit gestern bekannt. Dass Parchim unter anderem ebenfalls über eine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verfügt, ist auch nichts Neues. Auch dass Greifswald und Parchim mehr Einwohner haben als Anklam und Ludwigslust, dürfte selbst den Regierungsfractionen länger bekannt sein.

Es ist für unsere Fraktion der NPD offenkundig, dass hier parteipolitische Ränkespiele bei SPD und CDU für die kurzfristige Umsteuerung gesorgt haben, zusätzlich zu einem Zeitpunkt, als die Anhörung aller Landkreise und kreisfreien Städte abgeschlossen war und die Entscheidung im Innenausschuss unmittelbar bevorstand. Dieses unaufrichtige Verhalten der Regierungsfractionen können und werden wir nicht unterstützen.

Die NPD-Fraktion hat daher auf ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, geschlossen für die Kreisstädte Anklam und Ludwigslust zu stimmen, nicht weil Greifswald und Parchim schlechter sind, sondern weil die Regierungsfractionen mit allen bisherigen Kreisstädten ein Katz- und-Maus-Spiel veranstalten, und hierfür stehen wir nicht zur Verfügung.

Hinzu kommt, dass die Landesregierung, aber auch die Fraktion DIE LINKE, der SPD und der CDU, wie es heute Morgen in der Aktuellen Stunde des Landtages unser NPD-Vorsitzender Udo Pastörs in seiner Rede absolut treffend festgestellt hat, die Stimme des Volkes missachten. Weder wurden die Bürger im Land gefragt, ob sie diese Monsterverwaltung wollen, noch können die Bürger über die künftigen Kreisstädte und somit Verwaltungssitze entscheiden. Volksbeteiligung ist bei den Vertretern dieser Partei absolut unerwünscht. Das ist das Demokratieverständnis der LINKEN, der SPD und der CDU. Die Bürger sollen ihrer Ansicht nach lediglich im Nachhinein die Entscheidung der Politik schlucken.

Ich kann daher im Namen meiner Fraktion die Bürger im Land nur aufrufen, sich diese bürgerfeindliche Politik nicht länger gefallen zu lassen, sondern sich endlich dagegen zu wehren! Die Möglichkeiten hierfür sind vielfältig. Vergessen Sie nicht, im Jahr 2011, im kommenden Jahr sind Kreistags- und Landtagswahlen. Jede Stimme, die die LINKEN, die SPD und die CDU nicht erhalten, ist eine Stimme für mehr Bürgernähe. Entscheiden Sie sich daher für mehr Bürgernähe statt Großkreise.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schwarz von der Fraktion der SPD.

Thomas Schwarz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte werben für einen Kreissitz,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Helmut Holter, DIE LINKE: Für wen denn?!)

und wen mag es verwundern, natürlich für Parchim.

Die Bestimmung der Kreissitze im Landtag ist ein wichtiges Thema in der Öffentlichkeit geworden. Sie haben es alle gesehen, wie viele engagierte Streiterinnen und Streiter für die Interessen der Kreisstädte auch heute wieder vor das Schloss gekommen sind. Meine Wahrnehmung war, es war eine offene, eine sachliche und eine freundliche Stimmung. Hier steht die Frage heute: Parchim oder Ludwigslust?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sein oder Nichtsein.)

Der Innenausschuss hat sich nach ausführlichen Abwägungen aller vorgetragenen Argumente unter Heranziehung von sachlichen Kriterien für Parchim entschieden. Bei dem Kriterium „Erreichbarkeit und Immobiliensituation“ ist es aus meiner Sicht ein Kopf-an-Kopf-Rennen, aber beim Kriterium „Einwohnerzahl“ spricht Parchim eine eindeutige Sprache. Wir haben fast 40 Prozent mehr Einwohner als Ludwigslust.

Beim Kriterium „Strukturpolitische Auswirkungen“ bewertet der Innenausschuss die negativen Folgen für die Wirtschaft beim Verlust des Kreissitzes für Parchim am größten, weil Ludwigslust die bessere Anbindung an die Ballungszentren habe. Niemand kann ein Interesse daran haben, dass eine ökonomische und soziale Schiefelage im neuen Kreisgebiet entsteht. Der westliche Teil um Ludwigslust profitiert vom Ballungszentrum Hamburg und der östliche Teil von Parchim ist aufgrund seiner geografischen Lage benachteiligt.

Ich kann gut verstehen, dass Bürgerinnen und Bürger für den Erhalt ihrer Kreissitze werben, und das machen sie mit viel Herzblut und Leidenschaft. Doch hier im Landtag sind die Entscheidungen nach sachlichen und fachlichen Kriterien zu treffen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Genauso ist es.)

Schließlich soll die Kreisgebietsreform zu einer effizienten Verwaltung für alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern führen, die, so wünsche ich es mir, viele, viele Jahre vorhält. Parchim möchte eine gute, lebenswerte und zukunftssichere Kreisstadt für alle Menschen im neuen Landkreis sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werbe um die Zustimmung zur Beschlussempfehlung des Innenausschusses. – Danke schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schwarz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schnur von der Fraktion der FDP.

Toralf Schnur, FDP: Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Anlehnung an den letzten Redner möchte ich nur sagen: Lieber Thomas Schwarz, ich glaube, wir alle haben in irgendeiner Form regionalen Patriotismus. Das gilt auch für mich. Ich komme aus Waren (Müritzer See) und werde natürlich auch für meine Stadt werben. Aber, und das sage ich auch an diejenigen, die nicht für Waren sind, ich für mich akzeptiere die Entscheidung, auch wenn sie gegen meine Heimatstadt läuft. Aber ich sage damit nicht automatisch, dass die Kriterien, die die anderen für sich herangezogen haben, nicht objektiv waren. Das bitte ich auch in diesem Gesamtkonstrukt vielleicht einmal zu beachten. An der Stelle, gerade bei Parchim und Ludwigslust, haben wir alle ein Problem, glaube ich, in der Abwägung eine endgültige Entscheidung zu treffen. Das würde ich in Richtung der Ludwigsluster sagen wollen als auch in Richtung der Parchimer.

Ich möchte noch eines grundsätzlich sagen – mir bleiben leider nur vier Minuten –: Wir haben jetzt mehrfach gehört, dass diese Reform im Dialog entstanden sein soll. Ganz spannend fand ich die Interpretation des Begriffs „sollen“ von meinem Kollegen Renz, der uns erklärt hat, dass „sollen“ im Grunde genommen nichts anderes heißt als eine Verpflichtung. Das fand ich übrigens wahrsinnig

spannend, vor allem vor dem Hintergrund der Interpretation unseres Innenministers im Zusammenhang mit der Größe von Kommunen. Aber das nur mal nebenbei.

Wir haben, und das, finde ich, ist eigentlich eine der schönsten Passagen, deswegen möchte ich sie auch zitieren, im Gesetz stehen, wo man sich ernsthaft fragen muss, wie viel Vertrauen hat eigentlich die Verwaltung oder vielmehr die Landesregierung in unsere Verwaltung, ich will das einmal zitieren,

(Vincent Kokert, CDU:
Ich denke, es geht um Waren?)

Paragraf 19 Absatz 1: „Zur Vorbereitung auf die neue Struktur der Landkreise und kreisfreien Städte sollen die Landrätinnen oder Landräte der Landkreise und die Oberbürgermeisterinnen oder Oberbürgermeister der einzukreisenden Städte, deren Gebiet ganz oder in Teilen zum Gebiet eines neuen Landkreises gehören wird, vertrauensvoll zusammenarbeiten.“

(Gino Leonhard, FDP: Ja.)

Nun muss ich ganz offen sagen, ich habe mir die ganze Zeit bei dieser Passage die Frage gestellt: Was wäre, wenn sie es nicht tun? An diesem Punkt kann man doch eigentlich nur sagen, dass man Ihnen gerade das möglicherweise unterstellt. Das tun wir übrigens nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Aber da ich so wenig Zeit habe, muss ich noch ein bisschen schneller weitermachen.

Wir haben, das ist übrigens auch ein ganz interessanter Punkt, die Änderung im Kommunalwahlgesetz in Paragraf 4 Absatz 2 mit der Einführung, und das ist durchaus eine sehr interessante Einführung, in der wir sagen, wir koppeln es an die Fläche, die Mandatszahlen. Ich will das nur noch einmal auseinanderhalten. Das heißt doch letzten Endes nichts anderes, als dass wir in einigen Kreisen ein Mandat leichter erringen können, wobei der Kreis nur größer ist. Damit verletzen wir letzten Endes, oder anders gesagt, meines Erachtens nach haben wir damit eine ungleiche Chance zwischen den Wählerinnen und Wählern der einzelnen Landkreise geschaffen, die nämlich nicht mehr abhängig ist von der Anzahl der Einwohner, sondern es werden vielmehr abhängig von der Fläche Mandatsträger gewählt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Das ist in Deutschland auch einmalig. Das muss man dann auch sagen.

(Heinz Müller, SPD: Wir verteilen sogar
Geld in Abhängigkeit von der Fläche. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass man so vollkommen konsequent ist in dem gesamten Gesetzentwurf und sich immer an das Leitbild hält, insbesondere auch bei der Anzahl der Beigeordneten. Auch das finde ich interessant.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Bei der Größe der Landkreise orientiert man sich natürlich am Leitbild. Es werden 150.000 zugrunde gelegt, aber bei der Anzahl der Beigeordneten sind es 200.000.

Da stellt sich für mich als neutraler Beobachter die Frage: Wie kommt man eigentlich zu der Zahl 200.000? Dann wird mir gesagt, bei der Anzahl der Beigeordneten müsse man sich anlehnen an die kreisfreie Stadt

Rostock. Dazu sage ich, Moment mal, die kreisfreie Stadt Rostock bleibt doch kreisfrei wie bisher. Wir müssen uns doch an der Stelle nicht daran orientieren, wenn wir eine Landkreisneuordnung vollziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das will ich abschließend sagen, ich habe ja auch einen Änderungsantrag zum Sparkassengesetz eingebracht. Hintergrund ist der ...

(Heinz Müller, SPD: Ein
bisschen spät, Herr Kollege.)

Ja, ein bisschen spät, das will ich ja zugeben. Aber der Punkt ist, zu spät ist deswegen noch nicht falsch.

An der Stelle will ich ganz klar dafür werben, denn wir brauchen, wenn wir die Situation haben, dass wir verschiedene Sparkassen in verschiedenen Regionen haben, dass es zukünftig zumindest möglich ist, dass die Verwaltungsräte wohnortnah bestimmt werden und nicht aus dem möglicherweise Nichtgeschäftsgebiet der Sparkasse kommen. Ich will das konkret sagen, das ist auch regional entstanden. Ich möchte nicht, dass meine Müritz-Sparkasse mehr oder minder mit Verwaltungsräten aus Demmin, Neubrandenburg oder Mecklenburg-Strelitz versehen wird.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nein, das ist nicht im Gesetz geregelt. Richtig ist, im Gesetz ist geregelt, dass die Trägerschaft auf den Landkreis übergeht und der Landkreis als Träger zuständig ist bei der Bestimmung der Verwaltungsräte. Das ist aus meiner Sicht schwierig. Deshalb bitte ich an der Stelle um Ihre Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schnur.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Innenminister Herr Caffier hat der Presse gegenüber und auch heute hier im Landtag noch einmal darauf hingewiesen, dass wir als Landespolitikerinnen und Landespolitiker und nicht als Kommunalpolitiker hier auftreten sollten, sondern eine landespolitische Entscheidung treffen sollten. Recht hat er, kann ich nur sagen. Dass insbesondere die Frage des Kreissitzes die Gemüter erregt, ist nachvollziehbar, ja, verständlich. Ich habe auch Verständnis dafür, dass die Abgeordneten der betreffenden Landkreise für ihre Städte streiten. Sichtbar wird das auch an den unterschiedlichen Änderungsanträgen, und zwar fraktionsübergreifend.

Bevor ich zu einigen inhaltlichen Fragen komme, möchte ich mich an dieser Stelle bei den vielen Bürgerinnen und Bürgern der Region Parchim bedanken, die mit viel Fantasie, viel Engagement, ob Alt, ob Jung, seit andert-halb Jahren für die Kreisstadt Parchim gekämpft haben, und zwar für Parchim und nicht gegen Ludwigslust. Sie haben gezeigt, was sie können, wie sie mit sachlichen Argumenten gemeinsam für ihre Kreisstadt werben können.

Erinnern wir uns: Als im Reformentwurf Ludwigslust als Kreissitz festgeschrieben werden sollte, lehnten sich verständlicherweise die Ludwigsluster zurück. Als dann in der Ersten Lesung der Bürgerentscheid festgeschrie-

ben werden sollte, konnten sich, das ist auch verständlich, wiederum die Ludwigsluster zurücklehnen, denn sie hatten bekannterweise mehr Wahlberechtigte. Bereits in dieser Phase haben Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Verbände die Initiative in der Stadt Parchim und in der Umgebung ergriffen, um gemeinsam Argumente für ihre Stadt zu suchen und sie öffentlich zu machen. Der Innenausschuss hat sich mehrheitlich für Parchim ausgesprochen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich halte diese Entscheidung für richtig, auch mit Blick ...

(Detlef Müller, SPD: Da bin ich ja gespannt.)

Warten Sie bitte!

... auf eine gemeinsame Verantwortung für den zukünftigen Kreis und auch, das wissen Sie, ich bin Kreistagsabgeordnete in Parchim, im Hinblick auf die Entwicklung hier bei uns im Land. Ich will das auch begründen: Ich möchte darauf hinweisen, und wenn Sie sich die Kreise angucken, die zukünftig entstehen und damit ihre Mittelzentren, werden Sie auf der einen Seite feststellen, dass wir Wismar, Schwerin und Ludwigslust zukünftig hätten, auf der anderen Seite Neubrandenburg und hochgehend Anklam oder Greifswald, beziehungsweise auf der anderen Seite Rostock und Stralsund. Der gesamte ostmecklenburgische Raum wäre, und das ist der ländliche Raum, vom Prinzip her teilweise abgeschlossen.

(Jochen Schulte, SPD: Ach!)

Auf der anderen Seite, auch wir reden darüber, dass wir vom Prinzip her nicht nur ein Nord-Süd-Gefälle, sondern auch ein Ost-West-Gefälle haben. Auch darüber, glaube ich, müssen wir ernsthaft nachdenken. Wenn wir die ostmecklenburgische Region nicht stärken, gemeinsam nicht stärken, werden wir auch dafür Sorge tragen, dass sich die Wirtschaft in dieser Region schlechter entwickeln kann, und vieles andere mehr.

Ein anderes Argument spricht für Parchim, auch das will ich an dieser Stelle sagen: Warum sind denn die Bürgerinnen und Bürger, gerade was die Frage der Kreissitze betrifft, so impulsiv und emotional dabei? Natürlich weil sie mit ihrem Kreissitz auch die Schaffung beziehungsweise den Bestand von Arbeitsplätzen verbinden. Das geht den Ludwigslustern genauso wie den Parchimern. Ein Unterschied besteht aber dennoch: Wenn man sich ganz genau die Entwicklung anguckt, dann muss man feststellen, dass im Bereich Ludwigslust, der zur Hamburger Metropole gehört, in erster Linie davon auszugehen ist, wenn dort Arbeitsplätze wegfallen, dann pendeln die aus nach Hamburg.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das ist doch Quatsch!)

Wenn man sich bei uns in Parchim, auch das ist bewiesen, die Arbeitsplatzentwicklung anguckt, dann sieht man ganz deutlich, dass, wenn in Parchim nicht mehr Arbeitsplätze da sind, die Erwerbslosigkeit steigt und die Menschen dann aus dieser Region auswandern. Das müssen wir gemeinsam auch zur Kenntnis nehmen.

Natürlich glaube ich, und das ist uns auch allen bewusst, gerade die Auseinandersetzung beziehungsweise die Entscheidung zwischen Parchim und Ludwigslust ist die schwerwiegendste, was die Abwägung der einzelnen Argumente betrifft. Ich möchte dennoch dafür werben, für die Beschlussempfehlung zu streiten, weil wir auch gemeinsam die Verantwortung haben.

Und auch der Hinweis sei an der Stelle gestattet: Wir haben letztendlich Strukturentscheidungen hier im Landtag, davon ist zum Beispiel die Polizeiinspektion Parchim betroffen. Noch nicht entschieden ist das Amt für Landwirtschaft und Umwelt, auch hiervon wird Parchim mit betroffen sein. Das heißt, wenn wir davon ausgehen, wenn wir Strukturentscheidungen treffen können, dann wird in nächster Zukunft Parchim überproportional betroffen sein, auch unter Berücksichtigung, dass der Sitz des Landkreises noch nicht entschieden ist. Deshalb werbe ich dafür, sich für Ostmecklenburg zu entscheiden, sich für den ländlichen Raum zu entscheiden, also für Parchim. Ich bitte um Zustimmung für die Beschlussempfehlung. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Borchardt.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Detlef Müller von der Fraktion der SPD.

Detlef Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Wir sollten heute dem Österreicher Karl Kraus dankbar sein, denn er hat uns bereits vor einigen Jahrzehnten einen Hinweis zur heutigen Debatte gegeben. Ich darf zitieren: „In zweifelhaften Fällen entscheide man sich für das Richtige.“

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Also, in zweifelhaften Fällen entscheide man sich für das Richtige. Das ist hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frage.

Einige meiner Vorredner haben darauf hingewiesen, dass der heutige Tag, der 7. Juli, ein ganz entscheidender Tag ist in mehrfacher Hinsicht.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Wegen Fußball.)

Zum Beispiel spielt die DFB-Mannschaft im Halbfinale bei der Weltmeisterschaft in Südafrika um den Einzug in das Finale. Die Stadt Ludwigslust spielt heute bereits im Finale um den Kreissitz.

Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Wir haben bereits vieles von den Vorrednern gehört zu den Kreissitzen und zu den Kriterien, die aufgestellt worden sind. Insofern möchte ich es mir ersparen, darauf noch einmal einzugehen. Vor uns liegt die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, über die wir heute hier zu befinden haben. Ich weiß, wie viel Überlegungen, wie viel Abwägungen in der Regel hinter solchen Empfehlungen eines Ausschusses stehen, denn schließlich bin ich selbst Vorsitzender eines Ausschusses hier im Landtag. Am Ende ist es immer eine Entscheidungsfrage: So oder so? Nicht umsonst haben sich alle Fraktionen heute und hier dazu entschieden, die Abstimmung in Hinblick auf die Kreissitze hier im Plenum freizugeben.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Bei
uns gibt es keinen Fraktionszwang.)

Das ist, wie ich finde, auch gut so.

Diese Möglichkeit möchte ich nutzen, und ich habe sie genutzt, mit weiteren Abgeordnetenkollegen, mit Frau Dr. Seemann, mit Herrn Dr. Backhaus, Frau Měšťan und Herrn Dr. Jäger, einen Änderungsantrag auf der Drucksache 5/3603 Ihnen hier heute vorzulegen. Mit die-

sem Antrag wollen wir erreichen, dass Ludwigslust der Sitz des neuen Landkreises mit der vorläufigen Bezeichnung Südwestmecklenburg wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Wir haben diesen Antrag gestellt, weil wir wissen, dass hinter dem Kreissitz Ludwigslust die gesamte Region steht, die Menschen der Region, die Unternehmen, die Vereine und Verbände und auch unsere Nachbarstädte.

Meine Damen und Herren, ich glaube, in den vergangenen Tagen konnte niemand den Landtag betreten, ohne von Ludwigsluster Befürwortern angesprochen

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Gefüttert zu werden.)

oder gefüttert zu werden. Allein gestern habe ich der Präsidentin des Landtages über 12.000 Unterschriften von Bürgern aus der Region übergeben, die sich für einen Kreissitz Ludwigslust aussprechen. Und auch heute hat Ludwigslust mobil gemacht und ist, das werden Sie gesehen haben, mit dem Flugzeug in die Luft gegangen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Und
Parchim schippert auf dem See.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich den Mitstreitern aus Ludwigslust und der Region die herzlichsten Grüße hier von dieser Stelle übermittle, ich ihnen Dank sage für ihre gezeigten Aktivitäten und für ihre Unterstützung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Meine Damen, meine Herren, das Herz ist ein zentrales Organ im Körper. Es sitzt nicht umsonst an zentraler Stelle.

(Heinz Müller, SPD, und
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Und links!)

Von hier aus sind die Wege kurz ...

Und links! Vielen Dank für den Hinweis, Herr Kollege Bluhm.

Es sitzt nicht umsonst an zentraler Stelle. Von hier aus sind die Wege kurz in alle Winkel und Ecken, denn das erleichtert dem Herzen die Erfüllung seiner Aufgabe. Es hat die Lebensenergie überall im Körper zu verteilen, ganz nach Bedarf. Und noch eines braucht jeder Körper, das ist eine Seele. Sie verkörpert den Wesenskern und gibt uns die Identität.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als zukünftiger, ich nehme jetzt bewusst den doch etwas sperrigen Namen aus der Beschlussempfehlung, Südwestmecklenburger bin ich der festen Überzeugung, dass die Stadt Ludwigslust es ist, die dem Landkreis wie keine andere Stadt sowohl Herz als auch Seele ist. Ludwigslust liegt zentral im neuen Landkreis und ist sozusagen das natürliche Herz. Ludwigslust bietet die bessere Erreichbarkeit innerhalb der Region. Die Zahlen sprechen hier für sich. Und noch mehr: Mit der Verbindung nach Hamburg und Berlin steht Ludwigslust für Offenheit und Vernetzung, die wir auch in dem neuen Landkreis brauchen. Ludwigslust bringt noch etwas mit, und das wird für den neu gebildeten Landkreis von Bedeutung sein, nämlich Identität und Heimat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, machen wir uns nichts vor, im neuen Südwestmecklenburg werden wir etwas brauchen, was den Menschen einen Anker bietet. Wir brauchen etwas, was uns mit dem neuen Land-

kreis verbindet. Das ist Ludwigslust, denn Ludwigslust ist als ehemalige Residenzstadt ein eingeführtes Markenzeichen. Schon der Name, wie ich finde, ist selbst-erklärend, verkörpert Freude und Heimat für jeden, der in Mecklenburg zu Hause ist.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und Ludwigslust ist es gewohnt abzugeben. Die Stadt lebt schon jetzt mit und für die ganze Region. Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, sage ich: Ludwigslust hat das Zeug dazu, für alle Einwohnerinnen und Einwohner im neu gebildeten Landkreis Heimat zu sein. Dieses Potenzial müssen wir nutzen, wenn wir mit dem neuen Landkreis eine Chance geben wollen.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Außer für die, die gar nicht herkommen.)

Daher, meine sehr verehrten Damen, werbe ich für unseren Änderungsantrag und bitte um Zustimmung. Ich komme noch einmal auf Herrn Kraus zurück und verweise noch einmal auf sein Zitat: „In zweifelhaften Fällen entscheide man sich für das Richtige.“ – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

(Vincent Kokert, CDU: Das muss
jetzt aber schön geschmeidig werden.)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde jetzt nicht für Stavenhagen als Kreisstadt werben.

(Heinz Müller, SPD:
Das wäre aber interessant.)

Nein, weil das ein Kriterium wäre, was nicht abgesprochen war, Herr Müller, denn wir haben uns bewusst dazu entschieden,

(Vincent Kokert, CDU: Aha, im
Hinterzimmerchen ausgeklügelt.)

nur Städte anzuschreiben, die bislang Kreisstadt waren. Aber ich will die Gelegenheit nutzen, um auf das eine oder andere noch einmal einzugehen, was in der Debatte geäußert worden ist. Das ist das Schöne an solchen langen Debatten, wenn man ausreichend Redezeit hat.

Herr Müller, ich fand das Bild mit den Elchen ganz hübsch.

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

Ich habe, als Sie gesprochen haben, mir einmal die CDU vorgestellt, wie sie alle so mit den Geweihen hier im Plenarsaal sitzen, denn es gibt einen sehr wesentlichen Unterschied zwischen meiner Fraktion und der Fraktion der CDU.

(Vincent Kokert, CDU:
Da bestehe ich auch drauf.)

Ja, gut, mehrere, aber zu diesem Thema einen sehr wesentlichen. Meine Fraktion war und ist für eine Verwaltungsmodernisierung Mecklenburg-Vorpommern in der Einheit von Kreisgebietsreform und Funktionalreform,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ganz genau.)

im Übrigen so, Herr Kokert, wie es im Leitbild beschrieben ist. Und die CDU ...

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Dr. Jäger, Sie rufen gerade hinein, wir hätten es nicht hingekriegt. Die CDU kriegt noch weniger hin, denn es gibt nur eine Kreisgebietsreform und keine Aufgabenübertragung.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Helmut Holter, DIE LINKE: So ist es.)

Das, was jetzt stattfindet, Herr Dr. Jäger, ist eine 180-Grad-Wende bei der CDU,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

denn noch 2006 haben Sie uns erklärt: Lasst die Kreisstrukturen so, wie sie sind! Gebt die Aufgaben herunter, das werden wir schon regeln. Das entspricht übrigens dem Verbandsmodell von Dr. Krüger, was Sie heute ablehnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und dann darf ich noch mal an Ihren Entschließungsantrag, den Sie hier eingebracht haben, Herr Dr. Jäger, erinnern. Da hieß es unter anderem: „Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die Regelungen des Gesetzentwurfes zur Kreisstruktur von allen Kreistagen der betroffenen Kreise abgelehnt werden.“ Und der Landtag „respektiert den Willen“ der gewählten Volksvertretungen et cetera, et cetera. Das wollen Sie alles nicht mehr wahrhaben.

Nun habe ich gelernt, dass die CDU-Fraktion einen Lernprozess durchgemacht hat. Herzlichen Glückwunsch, dass Sie zu Erkenntnissen gekommen sind! Aber Sie haben trotzdem die falschen Schlussfolgerungen gezogen, weil Sie eine isolierte Kreisgebietsreform machen und keine Verwaltungsmodernisierung im Zusammenhang mit Struktur- und Funktionalreform. Das ist der entscheidende Fehler, der Ihnen von allen vorgeworfen wird.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Genau.)

Und, sehr geehrter Herr Innenminister, dass Sie als Verhandlungsführer der damaligen Klage nicht mal mehr den Inhalt Ihrer Klage kennen, nun gut, das mag auch mit dem Lernprozess zu tun haben, manche nennen das auch Vergessensprozess. Aber Sie haben genau die Monsterkreise beklagt.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Sie haben beklagt, dass es zu einer Schwächung des kommunalen Ehrenamtes kommt.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Was ist denn heute? Was ist denn heute?)

Was passiert denn nun? Wollen Sie etwa sagen, wir stärken jetzt das kommunale Ehrenamt, Herr Dr. Jäger?

(Toralf Schnur, FDP: Das ist ein Witz!)

Ja, das müssen Sie mal beweisen anhand des Gesetztextes, wie das funktionieren soll.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Vincent Kokert, CDU: Sie haben nicht
mal die Mehrheit in Ihrer Fraktion.)

Und dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch mal zum Verbandsmodell.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wir haben in den Ausschussberatungen immer wieder erklärt, dass wir uns mit dem Verbandsmodell auseinandersetzen wollen, dass wir es durchaus als Alternative ansehen,

(Heinz Müller, SPD:
Das haben wir auch getan.)

dass das Verbandsmodell aber einen entscheidenden Nachteil hat, weil es ein Modell aus Verwaltungssicht ist.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Und wenn diese Verwaltungssicht überwunden wird und das kommunale Ehrenamt mit einbezogen wird, dann wäre es wirklich eine sinnvolle Alternative zu den vorliegenden Gesetzentwürfen. So weit die Wahrheit der Debatten im Innenausschuss.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Und dazu gehört auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir im Innenausschuss keine Abstimmung zum Verbandsmodell durchgeführt haben.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Genau. –
Toralf Schnur, FDP: Richtig.)

Nach der inhaltlichen Beschäftigung hat die Koalition eine Auszeit genommen und dann sind wir einfach mal so zum nächsten Tagesordnungspunkt übergegangen.

(Toralf Schnur, FDP: Ja. –
Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Hier also zu behaupten, es hätte eine Positionierung, eine ablehnende Haltung im Innenausschuss zum Verbandsmodell gegeben, das stimmt einfach nicht.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das kann Herr Renz gut. –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Toralf Schnur, FDP)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu der Problematik der Wahl des Beigeordneten im Landkreis Ostvorpommern:

(Torsten Renz, CDU: Das hat tief gesessen.)

Nee, nee. Nun war ich ja zufälligerweise auf der Kreistagssitzung, als das stattgefunden hat, Herr Renz.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Herr Hasselmann, der Ihrer Partei angehört, ist aufgrund eines Vorschlages der CDU-Fraktion gewählt worden. Die Landrätin hat sich im Vorfeld an den Innenminister gewandt. Ich habe mich auch im Vorfeld an den Innenminister gewandt, um in Erfahrung zu bringen, ob es auch möglich ist, die Amtszeit von Herrn Hasselmann zu verlängern, oder ob es andere Möglichkeiten gibt, Herrn Hasselmann nicht jetzt noch kurz vor ultimo zu wählen, Herr Müller. Und die Antwort aus dem Innenministerium lautet: „Es ist demnach rechtsaufsichtlich nicht zu beanstanden, wenn der Beigeordnete zwischen Anfang April und Ende Juli 2010 neu gewählt würde ...“

(Heinz Müller, SPD: Ende Juli, das wäre in vier Wochen, und dann ist das Gesetz durch.)

Lassen Sie mich doch mal zu Ende zitieren, Herr Müller. Sie kennen ja nicht alles, aber Sie meinen, alles zu wissen.

(Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

„Es ist demnach rechtsaufsichtlich nicht zu beanstanden, wenn der Beigeordnete zwischen Anfang April und Ende Juli 2010 gewählt würde, freilich vor Inkrafttreten des Landkreisneuordnungsgesetzes.“ Genau diese Ansage hat die CDU-Kreistagsfraktion von Ostvorpommern zum Anlass genommen, Herrn Hasselmann auf den Personalvorschlag gesetzt

(Vincent Kokert, CDU: Ja, und nun?)

und mit der Mehrheit der CDU-Fraktion wurde Herr Hasselmann gewählt.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
So ist das mit dem Bumerang.)

Die Mehrheit meiner Fraktion, Herr Müller, weil Sie uns das ja zum Vorwurf gemacht haben,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

hat sich an der Wahl überhaupt nicht beteiligt.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Hört, hört! – Toralf Schnur, FDP:
Keine Meinung ist auch eine.)

Insofern will ich dann hier noch mal darauf verweisen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Die
Wahrheit auf den Tisch, Peter, richtig!)

wie die Diskussionen in Ostvorpommern gelaufen sind.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

In einer Pressemitteilung vom 14. April 2010, ...

(Vincent Kokert, CDU: Da muss ich aber
laut lachen, Herr Ritter. Hören Sie auf!)

Nein, nein.

... Artikel vom 14.04.2010, ging es um die Debatte, ob Hasselmann gewählt werden soll oder nicht.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, da waren
auch Ihre Leute dran beteiligt. Das
wissen Sie ganz genau. Sie verdrängen
nur die Wahrheit. Das ärgert einen. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Herr Kokert, hören Sie doch erst mal zu!

Da heißt es, ich zitiere die Zeitung: „Michael Hack, DIE LINKE, indes äußerte Zweifel.“

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

„Wenn der Kreistag nämlich wie geplant am 28. Juni Hasselmann entweder in seinem Amt bestätigt“

(Vincent Kokert, CDU:
Wir sind hier im Landtag.)

„oder einen Nachfolger wählt, ...“

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion
der CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Herr Müller hat mich aufgefordert, das richtigzustellen, wenn ich meine, es ist anders gewesen.

(Torsten Renz, CDU: Es
geht um die Zukunftsfähigkeit
von Mecklenburg-Vorpommern. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Bitte schön, dann hören Sie jetzt zu!

„... wissen wir nicht, ob derjenige in einem Jahr noch die Tätigkeit überhaupt ausübt.“

Hacks Vorschlag, also wie gesagt, Michael Hack, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE, sich beim Innenministerium um eine Sondergenehmigung zur Verlängerung von Hasselmanns Amtszeit bis zur Kreisgebietsreform zu bemühen, fand im ostvorpommerschen Kreistag indes kein Echo. Und jetzt fragen wir mal, wer die Mehrheit hat im ostvorpommerschen Kreistag. Das ist leider noch die CDU-Fraktion, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: So ist das.)

Aber das wird sich dann vielleicht beim nächsten Mal auch ändern.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Insofern, Herr Müller, war dieser Vorwurf uns gegenüber dann wirklich ein Schuss ins Leere, denn er hat so nicht funktioniert.

Und dann zum Abschluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, was die Kriterien zur Kreisstadtfindung angeht, da will ich dann doch noch mal einige Stellen aus dem Bericht des Innenausschusses zitieren:

„Der Innenausschuss hat sich dabei die Kriterien der Landesregierung zur Kreissitzbestimmung, welche im Vorfeld des Gesetzentwurfes im Rahmen der Ressortanhörung erörtert wurden, zu Eigen gemacht. Wesentliches Kriterium für die Kreissitzfestlegung ist die Einschränkung“, das waren unsere zusätzlichen Kriterien, „dass als Kreisstadt nur bisherige Kreisstädte der derzeitigen Landkreise und bisher kreisfreie Städte in Betracht kommen. Dabei müssen sich diese Städte im neuen Kreisgebilde befinden.“ Und alles andere wäre auch absurd gewesen.

„Die infrage kommenden Städte wurden gebeten, zur

- Einordnung im zentralörtlichen System,
- Erreichbarkeit,
- Einwohnerzahl,“...

(Heinz Müller, SPD: Einordnung im
zentralörtlichen System. Das haben
Sie eben bestritten.)

Herr Müller, Sie machen schon wieder den Fehler, dass Sie nicht bis zu Ende zuhören.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

... „ – Situation der vorhandenen Verwaltungsimmobilien“ et cetera

„Stellung zu nehmen.“

Und dann heißt es eben weiter, lieber Kollege Müller,

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

aus der Stellungnahme der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion: „Zusätzlich“, Herr Müller – hören Sie genau zu –,

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

„sei zu erwarten, dass ein Kreissitz in der Hansestadt Greifswald die Außendarstellung des neuen Landkreises verbessere. Dies sei angesichts der strukturpolitischen Probleme des neuen Landkreises von großer Bedeutung und werde beispielsweise auch von den Verbänden der

deutschen Wirtschaft als wichtig erachtet.“ Zusätzlich! Anders ausgedrückt heißt es auch, die Anklamer sind ein bisschen blöd, die können das nicht in den neuen Kreisen. Aber das will ich hier nur mal als Interpretation stehen lassen.

Und dann heißt es: „Die Fraktion DIE LINKE hat zum Ausdruck gebracht, dass nicht die Abwägung anhand zusätzlicher Kriterien kritisiert werde. Diese seien im Ausschuss abgestimmt gewesen. Es sei aber nicht nachvollziehbar“, Herr Müller, und das ist die Wahrheit, „dass die strukturpolitischen Auswirkungen für Anklam weniger einschneidend sein sollen als für Parchim. Kritisiert werde vielmehr“, Herr Müller, „dass die Kriterien bei Vorliegen der gleichen Voraussetzungen unterschiedlich bewertet würden.“ Und genau dieses haben Sie getan. „Stattdessen hätten die Kriterien in allen Landkreisen einheitliche Anwendung finden müssen. Der Ausschuss habe sich nicht über die Einbeziehung weiterer Kriterien, wie die Meinung der Wirtschaftsverbände geeinigt.“ Et cetera, et cetera.

Das können Sie alles nachlesen. Insofern ist auch dieser Vorbehalt uns gegenüber völlig fehl am Platze.

Um im Bild des Innenministers zu bleiben, weil heute ja die große Frage des Fußballs sich entscheidet: Sehr geehrter Herr Innenminister, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, wenn Sie den Gesetzentwürfen heute zustimmen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

stellen Sie das kommunale Ehrenamt vom Platz. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Harry Glawe, CDU: Überhaupt nicht.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ritter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

(Angelika Peters, SPD: Schade! –
Toralf Schnur, FDP: Oh!)

Zwischenzeitlich ist zu den bereits genannten ein weiterer Änderungsantrag der Abgeordneten Vincent Kokert und Dr. Klaus-Michael Körner auf Drucksache 5/3633 eingereicht worden.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich unterbreche vereinbarungsgemäß an dieser Stelle die Sitzung für 30 Minuten und berufe für jetzt eine Ältestenratssitzung ein. Wir werden die Sitzung um 14.40 Uhr fortsetzen und beginnen dann mit der Abstimmung. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 14.08 Uhr

(Die Dauer der Unterbrechung
wird zwischenzeitlich verlängert.)

Wiederbeginn: 15.06 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet und wir treten ein in die Abstimmung.

Zwischenzeitlich liegt Ihnen ein Änderungsantrag des Abgeordneten Ratjen auf Drucksache 5/3639 vor.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Rechtzeitig eingebracht.)

Wir kommen jetzt zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Kreisstrukturgesetz) auf der Drucksache 5/2683. Der Innenausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 5/3599 anzunehmen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Abgeordneten Egbert Liskow und Jörg Vierkant auf Drucksache 5/3632, der sowohl den Paragraphen 1 als auch die Paragraphen 5 und 6 betrifft, vor, der an dieser Stelle insgesamt abgestimmt wird. Wer also dem Änderungsantrag der Abgeordneten Egbert Liskow und Jörg Vierkant auf Drucksache 5/3632 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Abgeordneten Egbert Liskow und Jörg Vierkant auf Drucksache 5/3632 bei fünf Jastimmen, ansonsten Neinstimmen abgelehnt.

Es liegt Ihnen ferner ein Änderungsantrag des Abgeordneten Sebastian Ratjen auf Drucksache 5/3639 vor, der sowohl den Paragraphen 1 als auch die Paragraphen 3, 5, 6 und 7 sowie die sich ergebenden Änderungen in den Artikeln 1 bis 12 betrifft. Der Abgeordnete Ratjen verlangt hierzu gemäß Paragraph 91 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung. Da dieses Ansinnen bisher nicht von einer Fraktion oder mindestens vier Abgeordneten unterstützt wird, frage ich, wer von den Mitgliedern des Hohen Hauses dieses Verlangen auf namentliche Abstimmung unterstützt?

(Zustimmung von Abgeordneten
der Fraktion der FDP – Stefan Köster, NPD:
Die NPD-Fraktion unterstützt das. –
Heinz Müller, SPD: Super!)

Damit ist also auch bei Zustimmung durch die Fraktion der FDP dem Antrag des Abgeordneten Ratjen auf namentliche Abstimmung stattgegeben.

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Ratjen und die Fraktionen der FDP und NPD haben gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Änderungsantrag des Abgeordneten Sebastian Ratjen auf Drucksache 5/3639 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für eine Minute zur Feststellung des Ergebnisses.

Unterbrechung: 15.13 Uhr

Wiederbeginn: 15.14 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

An der Abstimmung haben insgesamt 69 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 14 Abgeordnete, mit Nein stimmten 55 Abgeordnete, es enthielt sich kein Abgeordneter. Damit ist der Änderungsantrag des Abgeordneten Ratjen auf Drucksache 5/3639 abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den in Artikel 1 befindlichen Paragraphen 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer diesem Paragraphen 1 zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 1 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 2 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3625 vor, soweit er den Artikel 1 Paragraph 2 betrifft. Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3625, soweit er den Artikel 1 Paragraph 2 betrifft, zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3625, soweit er den Artikel 1 Paragraph 2 betrifft, bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD angenommen.

Wer in Artikel 1 dem Paragraphen 2 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 2 in der Fassung der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen durch die Fraktionen der FDP und NPD sowie bei Enthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Paragraphen 3 und 4 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer den Paragraphen 3 und 4 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit sind in Artikel 1 die Paragraphen 3 und 4 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, eines Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktionen der FDP und NPD sowie bei Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über die Paragraphen 5 bis 8. Das heißt, dieses umfasst auch die Abstimmung über die Festlegung der Kreissitze. Hierzu ist von der Fraktion DIE LINKE beantragt worden, zu den Änderungsanträgen und zu den Abstimmungen über die Paragraphen in der Beschlussempfehlung, in denen die Kreissitze festgelegt wurden, sowie zur Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf insgesamt jeweils namentliche Abstimmungen gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung durchzuführen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 5 in der Fassung der Beschlussempfehlung – Stichwort: Landkreis Nordvorpommern.

Ich lasse nun über den hierzu vorliegenden Änderungsantrag des Abgeordneten Gino Leonhard, Fraktion der FDP, auf Drucksache 5/3606 abstimmen, mit dem beantragt wird, das Wort „Stralsund“ durch die Worte „Bergen auf Rügen“ zu ersetzen.

(allgemeine Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der namentlichen Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium wieder namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann unterbreche ich die Sitzung für eine Minute zur Feststellung des Ergebnisses.

Unterbrechung: 15.22 Uhr

Wiederbeginn: 15.23 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, an der Abstimmung haben insgesamt 70 Abgeordnete teilgenommen. Für Bergen auf Rügen stimmten 3 Abgeordnete, mit Nein stimmten 60 Abgeordnete, es enthielten sich 7 Abgeordnete. Damit ist der Änderungsantrag des Abgeordneten Gino Leonhard, Fraktion der FDP, auf Drucksache 5/3606 abgelehnt.

Ich rufe auf in Artikel 1 Paragraph 5 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Meine Damen und Herren, wir beginnen hierzu nun mit der namentlichen Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte die Schriftführer ...

(allgemeine Unruhe)

Ich darf noch daran erinnern, die Fraktion DIE LINKE hatte beantragt, da, wo es Änderungsanträge gibt, über den Änderungsantrag und dann über den Paragraphen namentlich abzustimmen. Korrekt? – Korrekt. Also, namentliche Abstimmung.

Wir kommen damit wieder zu dem jetzt schon eingeübten Verfahren. Dazu werden Sie vom Schriftführer zu meiner Linken aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis auszuzählen, und unterbreche kurz zur Feststellung des Ergebnisses.

Unterbrechung: 15.27 Uhr

Wiederbeginn: 15.28 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, an der Abstimmung haben insgesamt 70 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 58 Abgeordnete, mit Nein stimmten 11 Abgeordnete, es enthielt sich

ein Abgeordneter. Damit ist in Artikel 1 der Paragraf 5 in der Fassung der Beschlussempfehlung angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragrafen 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung – Stichwort: Südvorpommern.

Ich rufe zunächst die Änderungsanträge zu Paragraf 6 auf. Hierzu liegen Ihnen drei gleichgerichtete Änderungsanträge – auf Drucksache 5/3601 des Abgeordneten Peter Ritter, auf Drucksache 5/3607 der Abgeordneten Sigrun Reese sowie von der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3627 – vor, mit denen beantragt wird, als Kreissitz Anklam vorzusehen. Diese drei Anträge mit den entsprechenden Drucksachenummern beinhalten daher das gleiche Änderungsbegehren. Weiterhin liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Abgeordneten Beate Schlupp auf der Drucksache 5/3631 vor, als Kreissitz Pasewalk vorzusehen.

Entsprechend der zu Beginn der Sitzung festgelegten Verfahrensweise wird diese namentliche Abstimmung dergestalt durchgeführt, dass nach Namensaufruf Sie sich bitte von Ihrem Platz erheben und laut und deutlich entweder Anklam, Pasewalk, Nein oder Enthaltung sagen.

Wir werden jetzt mit der Abstimmung beginnen und ich bitte den Schriftführer, die Namen ...

(allgemeine Unruhe)

Darf ich jetzt noch mal, weil so eine Unruhe entsteht, fragen, ob das Verfahren klar ist.

(allgemeine Zustimmung)

Ja, gut. Also dann bitte ich jetzt den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Der Abgeordnete Lorenz Caffier wird nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung zur Feststellung des Ergebnisses für zwei Minuten.

Unterbrechung: 15.35 Uhr

Wiederbeginn: 15.36 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis bekannt. Für den Kreissitz Anklam stimmten 32 Abgeordnete, für den Kreissitz Pasewalk stimmte eine Abgeordnete, mit Nein stimmten 35 Abgeordnete, es enthielten sich 2 Abgeordnete. Damit sind das Änderungsbegehren auf den Drucksachen 5/3601, 5/3607 und 5/3627 und die entsprechenden Änderungsanträge wegen Nichterreichens der relativen Mehrheit abgelehnt. Der Änderungsantrag auf Drucksache 5/3631 ist ebenfalls abgelehnt.

Ich rufe damit auf in Artikel 1 Paragraf 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Meine Damen und Herren, auch hier beginnen wir wieder mit der namentlichen Abstimmung. Dazu werden Sie

hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimmen mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken, die Namen vorzulesen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind in der Abstimmung und was passieren kann, wenn man nicht ganz aufpasst, hat man eben gesehen. Also von daher ist eine klare, deutlich für alle vernehmbare Stimmabgabe erfolgt.

(allgemeine Unruhe)

Es tut mir leid, Herr Ratjen, da ist nichts zurückzuholen. Und ich bitte jetzt Herrn Schwarz, die weiteren Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird fortgesetzt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Der Abgeordnete Egbert Liskow wird nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen. – allgemeine Unruhe)

So, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich schließe jetzt die Abstimmung, da offensichtlich kein Abgeordneter mehr da ist, der noch seine Stimme abgeben möchte, unterbreche die Sitzung zur Feststellung des Ergebnisses für circa zwei Minuten und dann gebe ich Ihnen das Ergebnis dieser Abstimmung bekannt.

Unterbrechung: 15.44 Uhr

Wiederbeginn: 15.46 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, da wir hier vorne zwei verschiedene Ergebnisse feststellen, werden wir diese Abstimmung wiederholen.

(allgemeine Unruhe)

Na ja, also, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Geschäftsordnung und die vereinbarte Art und Weise besagt, vom Platz aus sich zu erheben und laut und deutlich mit Ja, Nein oder Enthaltung die Stimme abzugeben. Es war hier ganz schwierig für die Schriftführer bei dem Getuschel untereinander, das festzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Jörg Vierkant, CDU: Ja.)

Von daher ist es für die Rechtssicherheit dieser Entscheidung sehr zweckmäßig, die entsprechende Abstimmung noch einmal zu wiederholen. Das würde wahrscheinlich Herrn Ratjen es dann auch ermöglichen, noch einmal abzustimmen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wenn er denn aufpasst. – Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Also ich möchte wirklich darum bitten, sich zu erheben und dann im Stehen laut und deutlich sein entsprechendes Votum hier abzugeben.

Ich bitte jetzt also noch einmal zur Abstimmung über Artikel 1 Paragraf 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung, namentliche Abstimmung. Ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung kurz für die Feststellung des Ergebnisses.

Unterbrechung: 15.51 Uhr

Wiederbeginn: 15.52 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, das Ergebnis der Abstimmung: An der Abstimmung haben insgesamt 70 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 45 Abgeordnete, mit Nein stimmten 21 Abgeordnete, es enthielten sich 4 Abgeordnete. Damit ist in Artikel 1 der Paragraf 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 7 in der Fassung der Beschlussempfehlung – Stichwort: Landkreis Mecklenburgische Seenplatte.

Ich rufe hier zunächst die Änderungsanträge zu Paragraf 7 auf. Hierzu liegen Ihnen zwei gleichgerichtete Änderungsanträge – auf Drucksache 5/3604 der Abgeordneten Toralf Schnur, Michael Roolf und Gino Leonhard und auf Drucksache 5/3624 der Abgeordneten Wolf-Dieter Ringguth, Jürgen Seidel und Rudolf Borchert – vor, mit denen beantragt wird, als Kreissitz Waren an der Müritz vorzusehen. Diese Änderungsanträge beinhalten von daher das gleiche Änderungsbegehren. Weiterhin liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Abgeordneten Vincent Kokert und Dr. Klaus-Michael Körner auf der Drucksache 5/3633 vor, als Kreissitz Neustrelitz vorzusehen.

Entsprechend demselben Prozedere wie zu Paragraf 6 bitte ich Sie, sich nach Namensaufruf von Ihrem Platz zu erheben und entweder Waren, Neustrelitz, Nein oder Enthaltung zu sagen. Ich werde jetzt mit der Abstimmung beginnen und bitte den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann unterbreche die Sitzung kurz für die Feststellung des Ergebnisses.

Unterbrechung: 15.57 Uhr

Wiederbeginn: 15.59 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Mein Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis bekannt. Für den Kreissitz Waren an der Müritz stimmten 10 Abgeordnete, für den Kreissitz Neustrelitz stimmten 8 Abgeordnete, mit Nein stimmten 45 Abgeordnete, es enthielten sich 7 Abgeordnete. Damit ist das Änderungsbegehren auf den Drucksachen 5/3604 und 5/3624 abgelehnt. Ebenso ist das Änderungsbegehren auf Drucksache 5/3633 abgelehnt.

Ich rufe damit auf in Artikel 1 den Paragraphen 7 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Auch hier werden Sie wieder mit der entsprechenden namentlichen Abstimmung von meinem Schriftführer zu meiner Lin-

ken aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann unterbreche ich die Sitzung kurz für die Feststellung des Ergebnisses.

Unterbrechung: 16.03 Uhr

Wiederbeginn: 16.04 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 70 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 53 Abgeordnete, mit Nein stimmten 12 Abgeordnete, es enthielten sich 5 Abgeordnete. Damit ist in Artikel 1 der Paragraf 7 in der Fassung der Beschlussempfehlung angenommen.

Ich rufe jetzt auf in Artikel 1 den Paragraphen 8 in der Fassung der Beschlussempfehlung – Stichwort: Landkreis Südwestmecklenburg.

Hierzu liegen Ihnen drei gleichgerichtete Änderungsanträge – auf der Drucksache 5/3603 der Abgeordneten Detlef Müller, Dr. Margret Seemann, Dr. Till Backhaus, Gabriele Měšťan und Dr. Armin Jäger auf Drucksache 5/3605 der Abgeordneten Toralf Schnur, Michael Roolf und Gino Leonhard sowie ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3628 – vor. Mit diesen drei Änderungsanträgen wird beantragt, Ludwigslust als Kreissitz vorzusehen. Diese drei Anträge beinhalten von daher das gleiche Änderungsbegehren.

Entsprechend dem schon eingeübten Prozedere bitte ich Sie, sich nach Namensaufruf von Ihrem Platz zu erheben und entweder Ludwigslust, Nein oder Enthaltung zu sagen,

(Heinz Müller, SPD: Nee, nee, nee! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja oder Nein. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ludwigslust, Nein oder Enthaltung zu sagen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das ist doch nur eine Alternative.)

Wir haben genau nach diesem Verfahren bisher abgestimmt.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, das ist doch richtig.)

Also ich kann es noch einmal bitte vortragen.

(allgemeine Unruhe)

Wir stimmen über den Änderungsantrag ab.

(Heinz Müller, SPD: Ja, richtig. Und da wird mit Ja oder nein abgestimmt.)

Na, Ludwigslust.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir haben nur eine Alternative: Ja, Nein oder Enthaltung.)

Wir haben vorhin auch über die Frage, ich darf Sie daran erinnern, als es den Änderungsantrag ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Bergen auf Rügen.)

Nein, nicht als es mehrere gab.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Bei Bergen haben wir auch mit Ja,
Nein und Enthaltung gestimmt. –
Toralf Schnur, FDP: Das stimmt.)

Es gab da, ja, in der Tat, es gab da aber nur einen Antrag.
Und hier gibt es drei Anträge.

(Heinz Müller, SPD:
Mit dem gleichen Inhalt.)

Ja. Und deswegen, weil alle drei den gleichen Inhalt
haben, müssen wir an dieser Stelle schon ...

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Ludwigslust sagen. – Zuruf von
Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Sonst kommen wir ja nicht, sonst müssen wir über einen
Antrag abstimmen.

(allgemeine Unruhe)

Ja, doch.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Na doch. Das ist richtig, was er sagt. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist richtig.)

Also ich unterbreche die Sitzung, bitte die Geschäfts-
führer kurz zu mir,

(allgemeine Unruhe)

weil es ist offensichtlich ein unklares Verfahren.

Unterbrechung: 16.07 Uhr

Wiederbeginn: 16.08 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Also, meine sehr ver-
ehrten Damen und Herren, ich konnte mich jetzt mit den
Parlamentarischen Geschäftsführern einigen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Du konntest dich durchsetzen.)

Also wir rufen auf die Abstimmung zu den vorliegenden
drei Änderungsanträgen und ich bitte Sie, sich nach
Namensaufruf von Ihrem Platz zu erheben und laut und
deutlich Ludwigslust, Nein oder Enthaltung zu sagen.
Bitte, Herr Schriftführer.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine
Stimme nicht abgegeben hat?

(allgemeine Unruhe)

Ich sehe, das ist nicht der Fall, dann unterbreche ich
die Sitzung für circa zwei Minuten zur Feststellung des
Ergebnisses.

Unterbrechung: 16.12 Uhr

Wiederbeginn: 16.14 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und
Herren, ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt.
Insgesamt haben 70 Abgeordnete teilgenommen.
Für Ludwigslust stimmten 34 Abgeordnete, mit Nein
stimmten 35 Abgeordnete, es enthielt sich eine Abgeord-
nete. Das entsprechende Änderungsbegehren und damit
die Änderungsanträge auf den Drucksachen 5/3603,
5/3605 sowie 5/3628 sind damit abgelehnt.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 8 in der Fassung
der Beschlussempfehlung.

Meine Damen und Herren, wir beginnen auch hier jetzt
mit der namentlichen Abstimmung und ich bitte Sie, sich
vom Platz zu erheben und Ihre Stimme mit Ja, Nein oder
Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer, die
Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine
Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall.
Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche kurz
zur Feststellung des Ergebnisses.

Unterbrechung: 16.18 Uhr

Wiederbeginn: 16.20 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und
Herren, ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt.
An der Abstimmung haben insgesamt 70 Abgeord-
nete teilgenommen. Mit Ja stimmten 41 Abgeordnete,
mit Nein stimmten 24 Abgeordnete, es enthielten sich
5 Abgeordnete. Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 8 in der
Fassung der Beschlussempfehlung angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Paragraphen 9 bis 24 in der Fas-
sung der Beschlussempfehlung. Wer diesen Paragraphen
zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzei-
chen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön.
Stimmenthaltungen? – Damit sind in Artikel 1 die Para-
graphen 9 bis 24 in der Fassung der Beschlussempfehlung
bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU,
Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und
der NPD angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 25 in der Fassung
der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion
DIE LINKE auf Drucksache 5/3618 vor. Wer dem
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Druck-
sache 5/3618 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt
um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegen-
probe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke
schön. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion
DIE LINKE auf Drucksache 5/3618 bei Zustimmung
durch die Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD,
Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und CDU und
Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der FDP und
einer Stimme der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wer in Artikel 1 dem Paragraphen 25 in der Fassung der
Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte
ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die
Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? –
Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 25 bei Zustimmung
durch die Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen
durch die Fraktion der LINKEN, der FDP und der NPD bei
zwei Stimmenthaltungen vonseiten der Fraktion der CDU
angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Paragraphen 26 bis 39 in der
Fassung der Beschlussempfehlung. Wer diesen Para-
graphen zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein
Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke
schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall.
Damit sind in Artikel 1 die Paragraphen 26 bis 39 in der
Fassung der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der
Fraktionen der SPD und CDU bei Gegenstimmen durch
die Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD angenom-
men.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 40 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Auch hier liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3619 vor. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3619 zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3619 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion der NPD sowie bei Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der FDP abgelehnt.

Wer in Artikel 1 dem Paragraphen 40 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 40 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Gegenstimmen durch die Fraktionen DIE LINKE, der FDP und NPD angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Paragraphen 41 bis 44 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer diesen Paragraphen zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit sind in Artikel 1 die Paragraphen 41 bis 44 in der Fassung der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD sowie bei zwei Stimmenthaltungen vonseiten der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 2 die Nummern 1 bis 10 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind in Artikel 2 die Nummern 1 bis 10 in der Fassung der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, ansonsten Ablehnung durch die Fraktion der LINKEN, der FDP und der NPD angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 2 die Nummer 11 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3620 vor. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3620 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3620 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion der NPD sowie bei Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der FDP abgelehnt.

Wer in Artikel 2 der Nummer 11 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist in Artikel 2 die Nummer 11 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Gegenstimmen vonseiten der Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 2 die Nummern 12 bis 17 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Auch hier gibt es keine Stimmenthaltungen. Damit sind in Artikel 2 die Nummern 12 bis 17 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Gegenstimmen vonseiten der Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 3 und 4 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer den Artikeln 3 und 4 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 3 und 4 in der Fassung der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU und ansonsten Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 5 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3625, soweit er den Artikel 5 betrifft, über den ich zunächst abstimmen lasse, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3625, soweit er den Artikel 5 betrifft, bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung vonseiten der Fraktionen der FDP und NPD sowie bei Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Wer dem Artikel 5 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Artikel 5 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktion der LINKEN, der FDP und der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem Artikel 6 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Artikel 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD sowie bei einer Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 7 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3629 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem ...

(Toralf Schnur, FDP: Das war kein Fraktionsantrag, das ist einer von mir.)

Bitte?

(Toralf Schnur, FDP: Das ist kein Fraktionsantrag.)

In der Tat. Herr Schnur, Sie haben Recht. Da stimmt mein Zettel nicht.

Also, hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag des Abgeordneten Schnur, Fraktion der FDP, auf Drucksache 5/3629 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag des Abgeordneten Schnur, Fraktion der FDP, auf Drucksache 5/3629 bei Zustimmung durch die Fraktion der FDP, Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU und der Fraktion der NPD sowie bei Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Wer dem Artikel 7 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Artikel 7 in der Fassung der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktionen der FDP und NPD und einer Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE und ansonsten Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 8 bis 10 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit sind die Artikel 8 bis 10 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktionen der FDP und NPD und einer Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE und ansonsten Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf Artikel 11 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegen Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3614, soweit er den Artikel 11 betrifft, sowie ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3621 vor.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3614. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3614 bei Zustimmung durch die Fraktionen der CDU und SPD und Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD angenommen.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3621. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3621 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der FDP, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU und NPD abgelehnt.

Wer mit dem Artikel 11 in der Fassung der Beschlussempfehlung und den soeben beschlossenen Änderungen

einverstanden ist und dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Artikel 11 in der Fassung der Beschlussempfehlung und mit den soeben beschlossenen Änderungen bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, ansonsten Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 5/3599. Hierzu ist ebenfalls im Rahmen der Debatte namentliche Abstimmung beantragt worden.

Meine Damen und Herren, wir beginnen jetzt mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Der Abgeordnete Sebastian Ratjen wird nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Gibt es weitere Mitglieder des Hauses, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben? – Das ist nicht Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung zur Feststellung des Ergebnisses.

Unterbrechung: 16.37 Uhr

Wiederbeginn: 16.38 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Schlussabstimmung bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 68 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 40 Abgeordnete, mit Nein stimmten 28 Abgeordnete. Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 5/3599 mit den heute hier beschlossenen Änderungen angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Auf Drucksache 5/3616 liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor, der die Einfügung einer Ziffer 2 in der Beschlussempfehlung, einer Entschließung beinhaltet, über den ich jetzt abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3616 zustimmen wünscht ...

(allgemeine Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir sind in der Abstimmung.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3616 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der FDP, Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU und der Fraktion der NPD sowie bei einer Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der SPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die Abgeordnete Beate Schlupp und der Abgeordnete Dr. Udo Timm haben an der Schlussabstimmung nicht teilgenommen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Zuruf aus dem Plenum: Nicht Doktor!)

Na ja, nach dieser Debatte verzeihen Sie mir auch dieses.

Also, die Abgeordneten Beate Schlupp und Udo Timm haben an der Schlussabstimmung nicht teilgenommen. Gemäß Paragraf 96 unserer Geschäftsordnung haben sie um das Wort für die Abgabe einer Erklärung gebeten.

Ich bitte daher zuerst die Abgeordnete Frau Schlupp, ihre Erklärung gemäß Paragraf 96 der Geschäftsordnung hier abzugeben.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe an der Abstimmung nicht teilgenommen, weil mich neben einigem anderen insbesondere die Lösungsansätze des soeben beschlossenen Gesetzes in Bezug auf die Altschuldenproblematik nicht überzeugen.

Als kommunalpolitisch Verantwortliche aus dem Landkreis Uecker-Randow weiß ich, dass auch unter Einbeziehung von Anschubfinanzierung, Strukturbeihilfe und Anpassungshilfe die verbleibenden Altschulden im geplanten Großkreis durch eine Altfehlbetragsumlage für die Kommunen aus meinem Landkreis unter Beibehaltung der Pflichtaufgaben nicht einmal theoretisch abgebaut werden könnten. Auch wenn der neue Kreistag eine solche Umlage nicht beschließen würde, bliebe ihm ein Schuldenberg aus den Altkreisen Uecker-Randow und Ostvorpommern, der in Anbetracht der Strukturschwäche beider Kreise auch perspektivisch nicht abzubauen ist. Um dieser neuen Struktur eine wirkliche Perspektive zu bieten, bedarf es einer Unterstützung, die weit über die bisherigen Planungen hinausgehen muss.

Ich bitte an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich, den betroffenen Kommunen die nötige Unterstützung zukommen zu lassen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Vielen Dank, Frau Schlupp. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Und nun?)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schlupp.

Es hat jetzt das Wort für seine persönliche Erklärung der Abgeordnete Udo Timm. Bitte, Herr Abgeordneter.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Udo Timm, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe an der Abstimmung nicht teilgenommen, weil ich den Inhalt des Gesetzes zur Neuformierung der Kreise unter besonderer Berücksichtigung, der Berücksichtigung der vorpommerschen Landschaft nicht akzeptieren kann und da nicht mitgehen kann. Da es sich hier um eine verbundene Aussprache handelt, will ich auch noch gleich zu den damit im Zusammenhang stehenden Dingen etwas sagen, die meine Entscheidung untersetzen.

Die Gesetzesregelungen lassen viele Fragen offen, die mir Sorgen machen, ob wir in der Lage sind, bis zur Kommunalwahl 2011 auf alle Fragen Antworten zu geben beziehungsweise Lösungen anzubieten. Zukunftsfähige Strukturen von Kreisen können nur in Verbindung mit weitgehenden Aufgabenübertragungen an die Landkreise erfolgen. Das ist nicht einmal ansatzweise für

mich zu erkennen. Es ist einfach nicht erfolgt. Wir hatten in der letzten Legislaturperiode zu dieser Gesetzgebung in dem Zusammenhang eine völlig andere Auffassung, die ich gerne mitgetragen hätte. Jetzt sind wir in der Beziehung zu einem Reförmchen heruntergegangen.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Habt ihr dagegen geklagt?)

Herr Minister, das betrifft auch die Bereiche Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und Umweltschutz.

(Minister Dr. Till Backhaus: Genau.)

Mich hat außerdem verwundert, dass es nicht möglich ist, an sechs Landkreise weitestgehende Aufgaben zu übertragen. Und wenn da die Begründung vom Ministerpräsidenten kommt, das wäre nur möglich gewesen, wenn wir vier oder fünf Landkreise neu gebildet hätten, das vermag ich nicht umzusetzen.

Ich bin von der Notwendigkeit von Reformen überzeugt,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

das will ich ganz klar und deutlich sagen, aber nur im Zusammenhang von Kreisreform und Funktionalreform mit wirklichen und tief greifenden Wirkungen. Die vom Innenminister angesprochene Einheit der vorliegenden Gesetze kann ich nicht als wesentlich erkennen und habe deshalb an der Abstimmung nicht teilgenommen. – Danke schön.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Timm.

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt 3 b). Wir kommen zur Einzelberatung gemäß Tagesordnungspunkt 3 b) über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Zuordnung von Aufgaben im Rahmen der Landkreisneuordnung auf der Drucksache 5/2684. Der Innenausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 5/3600 anzunehmen.

Ich rufe jetzt auf in Artikel 1 den Paragraphen 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist in Artikel 1 der Paragraf 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktion der SPD, der CDU und der Fraktion DIE LINKE sowie bei Gegenstimmen vonseiten der Fraktionen der FDP und NPD angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 2 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf der Drucksache 5/3626, soweit er den Paragraphen 2 betrifft, vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3626, soweit er den Paragraphen 2 betrifft, bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktionen der FDP und NPD und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE und einer Stimmenthaltung bei der Fraktion der SPD angenommen.

Wer in Artikel 1 dem Paragraphen 2 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 2 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktionen der FDP und NPD und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE und einer Abgeordneten der Fraktion der SPD angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 3 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3617 vor, soweit er den Paragraphen 3 betrifft, über den ich zunächst abstimmen lasse.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Dem können wir ja zustimmen. –
Torsten Renz, CDU: Das ist
mein Lieblingsantrag.)

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3617, soweit er den Paragraphen 3 betrifft, zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3617, soweit er den Paragraphen 3 betrifft, bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und CDU und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktionen der FDP und NPD abgelehnt.

Wer in Artikel 1 dem Paragraphen 3 in der Fassung der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 3 in der Fassung der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktionen der FDP und NPD und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 4 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegen Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3617, soweit er den Paragraphen 4 betrifft, sowie ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3626, soweit er den Paragraphen 4 betrifft, vor.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3617, soweit er den Paragraphen 4 betrifft. Wer dem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3617, soweit er den Paragraphen 4 betrifft, bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU und der Fraktion der NPD sowie bei Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3626, soweit er den Paragraphen 4 betrifft. Wer diesem zuzu-

stimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3626, soweit er den Paragraphen 4 betrifft, bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung vonseiten der Fraktionen der FDP und NPD und bei Stimmenthaltung von der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Wer jetzt in Artikel 1 dem Paragraphen 4 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 4 mit den soeben beschlossenen Änderungen in der Fassung der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen durch die Fraktionen der FDP und NPD und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 5 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf der Drucksache 5/3617 vor, soweit er den Paragraphen 5 betrifft. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3617, soweit er den Paragraphen 5 betrifft, zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3617, soweit er den Paragraphen 5 betrifft, bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU und der Fraktion der NPD und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der FDP abgelehnt.

Wer in Artikel 1 dem Paragraphen 5 in der Fassung der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 5 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Gegenstimmen der Fraktionen der FDP und NPD und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ebenfalls ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf der Drucksache 5/3617, soweit er den Paragraphen 6 betrifft, vor. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3617, soweit er den Paragraphen 6 betrifft, zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3617, soweit er den Paragraphen 6 betrifft, bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU und NPD und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der FDP abgelehnt.

Wer in Artikel 1 dem Paragraphen 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen durch die

Fraktionen der FDP und NPD und bei Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 7 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf der Drucksache 5/3617, soweit er den Paragraphen 7 betrifft, vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3617, soweit er den Paragraphen 7 betrifft, zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3617, soweit er den Paragraphen 7 betrifft, bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und CDU und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der FDP und der NPD abgelehnt.

Wer in Artikel 1 dem Paragraphen 7 in der Fassung der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 7 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktionen der FDP und NPD und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Paragraphen 8 bis 27 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer diesen Paragraphen zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit sind in Artikel 1 die Paragraphen 8 bis 27 in der Fassung der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktionen der FDP und NPD und eines Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE und ansonsten Enthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 28 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3626, soweit er den Paragraphen 28 betrifft, vor. Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3626, soweit er den Paragraphen 28 betrifft, zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3626, soweit er den Paragraphen 28 betrifft, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Gegenstimmen vonseiten der Fraktionen der FDP und der NPD und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Wer in Artikel 1 dem Paragraphen 28 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 28 mit den soeben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Gegenstimmen durch die Fraktionen der FDP und NPD und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Paragraphen 29 und 30 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer diesen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit sind in Artikel 1 die Paragraphen 29 und 30 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE bei Gegenstimmen vonseiten der Fraktionen der FDP und NPD angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 2 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3626, soweit er den Artikel 2 betrifft, vor. Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3626, soweit er den Artikel 2 betrifft, zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3626, soweit er den Artikel 2 betrifft, bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktionen der FDP und NPD und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Wer dem Artikel 2 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Artikel 2 mit den soeben beschlossenen Änderungen bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen durch die Fraktionen der FDP und NPD und einer Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE und ansonsten Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 3 die Nummer 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer der Nummer 1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist in Artikel 3 die Nummer 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 3 die Nummer 2 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3615 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3615 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3615 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktionen der FDP und NPD und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Wer in Artikel 3 der Nummer 2 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist in Artikel 3 die Nummer 2 mit den soeben beschlossenen Änderungen bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 3 die Nummern 3 bis 9 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind in Artikel 3 die Nummern 3 bis 9 in der Fassung der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 4 bis 10 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer den Artikeln 4 bis 10 sowie der Überschrift zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 4 bis 10 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD und bei einer Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der SPD angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 11 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3626, soweit er den Artikel 11 betrifft, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen? – Danke schön. – Stimmenthaltungen? Danke schön. – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3626, soweit er den Artikel 11 betrifft, bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen durch die Fraktionen der FDP und NPD und eines Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE und ansonsten Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Wer dem Artikel 11 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Artikel 11 in der Fassung der Beschlussempfehlung und mit den soeben beschlossenen Änderungen bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 12 bis 15 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer den Artikeln 12 bis 15 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Artikel 12 bis 15 in der Fassung der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung vonseiten der Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 16 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ziehe zurück.)

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen, sodass wir zur Abstimmung über den Artikel 16 in der Fassung der Beschlussempfehlung kommen.

Wer dem Artikel 16 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein

Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Artikel 16 in der Fassung der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf der Drucksache 5/3600 mit den soeben beschlossenen Änderungen.

Meine Damen und Herren, auch hier ist namentliche Abstimmung beantragt. Wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung und dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte die Schriftführer, die Namen aufzuzuführen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Der Abgeordnete Ralf Grabow wird nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Gibt es weitere Mitglieder des Hauses, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben?

(Der Abgeordnete Sebastian Ratjen wird nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Gibt es noch Mitglieder des Hauses, die ihre Stimme nicht abgegeben haben? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche kurz für die Feststellung des Ergebnisses.

Unterbrechung: 17.08 Uhr

Wiederbeginn: 17.10 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Schlussabstimmung bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 67 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 42 Abgeordnete, mit Nein stimmten 23 Abgeordnete, es enthielten sich 2 Abgeordnete. Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 5/3600 mit den heute beschlossenen Änderungen angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf von dieser Stelle aus allen an diesem Verfahren Beteiligten den herzlichen Dank noch einmal aussprechen und ich möchte das ganz persönlich vor allen Dingen für die Vorbereitung und Durchführung der Abstimmung hier heute auch gegenüber der Verwaltung tun,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

ohne die wäre eine solche Abstimmung nicht möglich gewesen, und in diesen Dank ausdrücklich einschließen meine Kollegen Schriftführer und Schriftführerinnen, die das hier ganz tapfer gemacht haben, so.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Und wir bedanken uns bei Ihnen für die souveräne Leitung, Herr Präsident.)

Danke schön.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 4**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 5/3094, hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Sozialausschusses auf Drucksache 5/3602. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3630 vor.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung
der Mitwirkung der Seniorinnen und
Senioren am gesellschaftlichen Leben
in Mecklenburg-Vorpommern (Senioren-
mitwirkungsgesetz M-V – SenMitWG M-V)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 5/3094 –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit**
– Drucksache 5/3602 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/3630 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Sozialausschusses Herr Grabow. Bitte schön, Herr Grabow, Sie haben das Wort.

Ralf Grabow, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine lieben Kollegen!

(Vizepräsident Hans Kreher
übernimmt den Vorsitz.)

Mit dem vorliegenden Seniorenmitwirkungsgesetz wird eine langjährige Forderung der Altenparlamente aufgegriffen. Gleichzeitig waren die im Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen, insbesondere zum Landesseniorenbeirat und dem Altenparlament, Gegenstand heftiger Diskussionen. Immerhin sind einige Vorschriften sogar Verstöße gegen die Verfassung des Landes. Der Ausschuss sieht Änderungen im Gesetzentwurf vor, die diese Bedenken rechtlich tragen. Ich bitte Sie daher, der entsprechend der vom Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP und NPD bei Enthaltung seitens der Fraktion DIE LINKE beschlossenen Empfehlung, den Gesetzentwurf mit den vom Ausschuss vorgesehenen Änderungen anzunehmen, zuzustimmen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle für die Arbeit des Ausschussesekretariates. Da wir zeitweilig mit Krankmeldungen zu rechnen hatten, bedanke ich mich hier noch mal recht herzlich bei der Verwaltung. – Danke.

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Grabow.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst gebeten die Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Schwesig, Frau Schwesig, Sie haben das Wort.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Nach so einer langen Debatte zu einem doch so umdiskutierten Entwurf oder Gesetz wie einer so groß angelegten Verwaltungsreform – das war ja beim ersten Mal nicht anders als heute – ist klar, wenn ich es mal so

salopp sagen darf, dass vielleicht bei einigen die Luft raus ist. Trotzdem freue ich mich zumindest, dass die, die hier sind, doch sich dem Thema noch mal widmen,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

denn ich denke, es ist heute auch ein wichtiger Tag, weil wir mit der Verabschiedung des Seniorenmitwirkungsgesetzes, auf die ich natürlich hier hoffe, einen Bogen schlagen, einen großen Generationsbogen, der in dieser Landtagssitzung stattfindet. Wir werden morgen das KiföG auf den Weg bringen, also Politik für die Kleinsten und Jüngsten in unserem Land, und wollen heute das Seniorenmitwirkungsgesetz auf den Weg bringen, also Politik für die Großelterngeneration, kann man sagen, Politik für die Seniorinnen und Senioren in unserem Land.

Und ich habe die herzliche Bitte: Die Diskussion gerade um die Kreissitze war sicherlich auch sehr von Emotionen begleitet, was völlig normal ist. Es ist wichtig, dass in unserem Land die Generationen, aber auch die Regionen zusammenhalten. Ich hoffe, dass nach diesen hitzigen Debatten vielleicht die eine oder andere Enttäuschung, die sicherlich in der Bevölkerung auch da sein wird, das ist einfach so, wenn am Ende nur einer bei einer Abstimmung durchkommen kann, sich in den nächsten Tagen und Wochen wieder dahin gehend legt, dass die Regionen wirklich zusammenhalten, denn in den nächsten Jahren werden auf uns noch größere Aufgaben zukommen als bisher im Bereich der Gesundheit, aber auch im Bereich des sozialen Zusammenhalts. Deswegen ist es wichtig, dass Politik an der Stelle zusammenhält, aber natürlich vor allem die Menschen in unserem Land, und das auch generationsübergreifend.

Und da bin ich bei meinem ersten Punkt. Ich werbe sehr dafür, dass dieses Gesetz, was wir heute auf den Weg bringen wollen, das Seniorenmitwirkungsgesetz, eben nicht so verstanden wird, dass es eine Bevorzugung von bestimmten Generationen ist, sondern es ist ein Beitrag für die Stärkung der Senioren, der Rechte von Seniorinnen und Senioren. Aber wir setzen auf den Generationsdialog, wir setzen darauf, dass es ein Miteinander der Generationen gibt und nicht ein Gegeneinander, was manche versucht haben, bei der Debatte um das Seniorenmitwirkungsgesetz zu forcieren. Ich wehre mich dagegen als Sozialministerin, dass man versucht, die Generationen in unserem Land auseinanderzuspielen. Wir müssen zusammenhalten, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig,
Frau Ministerin.)

Die Koalitionspartner wollen an dieser Stelle mit dem vorgelegten Seniorenmitwirkungsgesetz ein klares Signal an die Seniorinnen und Senioren im Land setzen. Wir wollen sie nicht nur begreifen als Großelterngeneration unserer Jüngsten, sondern wir wollen sie begreifen als eine Generation, die eben nicht nur definiert werden soll über die Frage, wie kriegen wir medizinische Versorgung hin, über die Frage, wie kriegen wir die Pflege organisiert, sondern vor allem wollen wir sie auch begreifen als Generation, die heute fitter denn je ist, als eine Generation, die viele Potenziale hat, die wir brauchen, und diese Potenziale sollen in die Gesellschaft einfließen. Wir wollen, dass Seniorinnen und Senioren Möglichkeiten haben, noch besser mitzuwirken und noch bessere Teilhaberechte zu bekommen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, mit diesem Seniorenmitwirkungsgesetz werden wir heute ein modernes und richtungsweisendes Seniorenmitwirkungsgesetz auf den Weg bringen. Damit steht Mecklenburg-Vorpommern neben dem Land Berlin bundesweit an der Spitze dieser Bewegung und ich bin mir sicher, dass andere Länder nachziehen werden. Auf Veranstaltungen deutschlandweit bekomme ich jedenfalls sehr viel Zustimmung zu diesem Gesetz.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, im Laufe der Beratungen in den beteiligten Ausschüssen des Landtages stand vor allem die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes nochmals im Mittelpunkt der Beratungen. Hierzu hat das Justizministerium für mich inhaltlich gut nachvollziehbar noch mal klipp und klar festgestellt: Die Kritik ist unbegründet. Es gibt keinerlei verfassungsrechtliche Bedenken. Dies wurde dem Europa- und Rechtsausschuss schriftlich mit ausführlicher Begründung mitgeteilt.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, mein Appell geht abschließend an die Abgeordneten aller demokratischen Fraktionen: Stimmen Sie dem Gesetzentwurf zu, schließlich haben sich alle demokratischen Parteien anlässlich der zurückliegenden Altenparlamente viele Jahre immer wieder für ein solches Gesetz starkgemacht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nur Herr Grabow nicht, ne?)

Ich freue mich, dass die Koalition nun solch ein Gesetz vorlegt. Wir haben es gut beraten in den Ausschüssen. Wir werden es noch weiterentwickeln durch die Änderungsanträge der Regierungskoalition, die ich begrüße. Es wäre daher ein gutes und eindeutiges Signal an die Seniorinnen und Senioren im Land, dass wir parteiübergreifend – parteiübergreifend der demokratischen Fraktionen – etwas tun für diese Bevölkerungsgruppe. Das ist dringend notwendig. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rüks von der Fraktion der CDU.

Günter Rüks, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mitwirkung der Senioren am gesellschaftlichen Leben in Mecklenburg-Vorpommern ist bis jetzt nicht landesgesetzlich geregelt. Um nunmehr die Voraussetzung für stabile und verlässliche Rahmenbedingungen des Landes zu schaffen, hat das 5. Altenparlament am 20.06.2007 eine gesetzliche Grundlage zur Stärkung der Mitwirkung der Senioren gefordert. Dies gilt ebenso für den Landesseniorenbeirat sowie die Kreis- und örtlichen Seniorenbeiräte. Der Landesseniorenbeirat hat diese Forderung an die Landesregierung unter anderem bereits anlässlich seiner Herbsttagung am 10.10.2006 gestellt.

Ein Seniorenmitwirkungsgesetz steht zudem im besonderen Einklang mit der Koalitionsvereinbarung und wird einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Ziffern 217 und 218 leisten.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Können wir wieder einen Haken machen.)

Ja.

Die Koalitionspartner haben sich daher bereits am 09.06.2009 darauf verständigt, ein Seniorenmitwirkungs-

gesetz auf den Weg zu bringen. Mit dem Gesetz sollen die Vertretungs- und Mitwirkungsrechte der Senioren in unserem Land gestärkt und aktive Beteiligung am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben gefördert werden. In diesem Zusammenhang sollen auf Landesebene vor allem die Aufgaben, Befugnisse und Pflichten des Landesseniorenbeirates gesetzlich geregelt werden. Dabei soll es sich insbesondere um die Wahrnehmung der Interessen der Senioren des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die Unterstützung und Beratung des Landtages und seiner Ausschüsse, der Landesregierung und der kommunalen Landesverbände in allen seniorenpolitischen Fragen, die Berechtigung der Landesregierung, Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften vorzuschlagen, die der oben genannten Zielstellung dienen, sowie ein Anhörungsrecht vor dem Einbringen von Gesetzentwürfen und dem Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften, die die Belange von Senioren betreffen, einschließlich der Befugnis, Empfehlungen abzugeben und zu beraten, handeln.

Diese Aufgaben, Befugnisse und Pflichten orientieren sich an denen, die der Rat für Integrationsförderung für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen – der Integrationsförrerrat – bereits seit mehreren Jahren hat.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Kreisseniorenräte und örtliche Seniorenbeiräte sollten nach Möglichkeit auf ihrer jeweiligen Ebene vergleichbare Aufgaben und Rechte erhalten. Unter Beachtung des Konnexitätsprinzips sind deshalb entsprechende Regelungen mit empfehlendem Charakter vorgesehen.

Die unmittelbar bevorstehende Verabschiedung des Seniorenmitwirkungsgesetzes ist ein gutes Signal für die Senioren in unserem Land. Deren Rechte werden gestärkt und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten erweitert. Damit nimmt Mecklenburg-Vorpommern unter den Flächenländern eine Vorreiterrolle ein, die sich vor allem aus unserer besonderen demografischen Entwicklung begründen lässt. Was heute und morgen bei uns schon Realität ist, wird andere Bundesländer, insbesondere im Westen, erst in vielen Jahren oder Jahrzehnten erreichen. Wir müssen somit früher auf die sich ändernde Zusammensetzung unserer Bevölkerung reagieren und die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Hierbei ist es wichtig, dass die Senioren unmittelbar eingebunden und direkt beteiligt werden. Dafür brauchen wir dieses neue Gesetz. Es ist zudem ein Gesetz, welches den Menschen dient und denjenigen hilft, die dieses Land in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut haben. Sie können sich zukünftig stärker einbringen und das ist auch ausdrücklich so gewollt. Auf ihr Wissen, auf ihre Erfahrung können und werden wir in Zukunft nicht verzichten. Daher bedauere ich es umso mehr, dass bei der abschließenden Beratung im federführenden Sozialausschuss des Landtages die FDP gegen den Gesetzentwurf gestimmt und sich DIE LINKE enthalten hat.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Das begründe ich noch. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Die CDU hält dieses Gesetz hingegen nach eingehender Prüfung durch das Justizministerium unseres Landes für verfassungs- und rechtmäßig und vor allen Dingen für sehr zeitgemäß.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich bitte daher um Zustimmung für unseren Gesetzesentwurf und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Rühls.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion DIE LINKE.

Irene Müller, DIE LINKE: Werter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Liebe Frau Schwesig! Heute haben wir also hier auf dem Tisch nach zugegebenermaßen recht anstrengenden Stunden auch noch das Seniorenmitwirkungsgesetz.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das Seniorenmitwirkungsgesetz hat zugegeben erst mal nicht so die großen Wirkungen wie die Kreisstrukturreform und alles sich darum herum Rankende,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Aber es ist ein wichtiges Gesetz.)

aber es ist verdammt wichtig und es wird auch schon sehr, sehr lange gefordert, gefordert vom Altenparlament des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Und wer sich so ganz doll erinnert, weiß, dass Anfang 2000 die Volkssolidarität gerade so ein Seniorenmitwirkungsgesetz geschrieben hatte und alle Landtage in Deutschland aufgefördert hatte, sich damit zu befassen. Wir wollten uns auch damit befassen. Wir hätten also dieses Gesetz wirklich schon viel früher haben können. Leider hat die SPD-Fraktion in der Koalition mit uns nicht den richtigen Weg gefunden, mit uns zu diskutieren.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wie? Ich sprach gerade von dem Vorschlag der VS.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Zuhören! Nicht einfach das hören wollen, was gar nicht gesagt wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch
Schnee von vorgestern, Frau Müller. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Nein, es ist kein Schnee von vorgestern, denn das Gesetz, was wir jetzt hier vorliegen haben, hangelt sich an dem Gesetzesentwurf der Volkssolidarität von damals entlang.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh Gott!)

Das ist ja auch überhaupt nicht falsch.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wie wir es auch gemerkt haben, sind viele, viele Dinge drin, an denen wir uns hier wirklich abarbeiten können, die für unsere Seniorinnen und Senioren positive Effekte haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann loben
Sie das Gesetz doch mal schön, Frau Müller.)

Nachdem wir in der vergangenen Zeit einige Hürden zu überstehen hatten, einmal das Problem der beiden Koalitionsparteien, einmal verfassungsrechtliche Bedenken – Herr Rühls hat gesagt, dass das alles geprüft ist, jetzt in Ordnung ist, selbst der Staatssekretär vom Sozialministerium hatte ja so einige Bedenken und fand

dieses Gesetz nicht so ganz sinnvoll –, diese Probleme haben wir überwunden.

Wir hatten schon in der Ersten Lesung zu diesem Gesetz als Fraktion DIE LINKE gesagt, dass wir dieses Gesetz unterstützen, dass wir mitarbeiten werden und dass wir aber auch kritisch begleiten werden. Das haben wir getan. An den Sozialausschusssitzungen, wo dieses Gesetz diskutiert wurde, haben wir Änderungsanträge eingebracht und die auch entsprechend begründet, was sich nicht positiv ausgewirkt hat. Deshalb liegt Ihnen heute der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor mit eben diesen Punkten, die wir von Anfang an anmahnten.

Das Erste, was ich anmahnen möchte, ist Folgendes: Es ist einfach nicht nachzuvollziehen, warum wir im Seniorenmitwirkungsgesetz, wo wir die Rechte der Seniorinnen und Senioren stärken und die Mitwirkung unterstützen wollen, die Altersbegrenzung 60 Jahre haben. Im Landesseniorenbeirat gibt es durchaus Seniorenverbände, die ihr Eintrittsalter auf 55 festgelegt haben. Und ich denke nicht und wir denken nicht, dass wir den ab 55-Jährigen, die vielleicht im Landesseniorenbeirat mitarbeiten wollen, die Mitwirkung nicht geben wollen, denn – und das ist ganz wichtig und das habe ich versucht, nicht nur ich, auch Frau Linke, im Sozialausschuss immer wieder zu erklären – der Landesseniorenbeirat ist ein demokratisch gewähltes Gremium aus Mitgliedern der Vereine und Verbände, die im Landesseniorenbeirat Mitglied sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, aber
das wissen wir doch alles, Frau Müller.)

Demzufolge sind sie legitimiert und demzufolge haben wir überhaupt kein Recht, da irgendwelche Einschränkungen oder Erweiterungen vorzunehmen.

Bei dem Wort „Erweiterung“ bin ich gleich beim nächsten Problem. Da hat mir Herr Glawe sogar vorgeworfen in der letzten Sozialausschusssitzung, dass ich wohl gegen die Freie Wohlfahrtspflege wäre. Ich spreche zu den Strukturen und sage ganz eindeutig: Die LIGA, die Mitglieder der LIGA sind nicht Senioren, Vereine und Verbände. Die Caritas ist kein Seniorenverein, die Diakonie nicht, die AWO nicht, das DRK nicht, die Jüdische Gemeinde gleich gar nicht, aber der Paritätär. Der Paritätär hat unter seinem Dach Vereine und Verbände, die alle selbstständig agieren, aber bestimmte Dinge gebündelt werden. Die Seniorenverbände und -vereine, die im Landesseniorenbeirat sind, sind im Paritätär. Demzufolge sind die Verbände und Vereine vertreten und wir sollten die LIGA nicht als mitberatenden Teil in den Landesseniorenbeirat reinpacken.

(Harry Glawe, CDU: Das sehen wir anders.)

Mir wurde gesagt, dass ich dann wohl gegen die LIGA wäre,

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

weil ich die Freie Wohlfahrtspflege da nicht will. Da muss ich ganz deutlich sagen, wieder nicht richtig zugehört.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der Paritätär ist drin als Mitglied der LIGA und hat die Verbände und Vereine als Dachorganisation in der Selbstständigkeit unter seinem Dach. Das genügt.

Außerdem steht in der Begründung des Gesetzes, dass die Möglichkeit geschaffen werden soll, dass die LIGA

mitberaten darf. Im Gesetzestext steht dann „soll“ und da muss ich Ihnen ganz am Rande sagen, da haben Sie nicht richtig recherchiert. Dieses Jahr im September wird das 15., das 15. Treffen des Landesseniorenbeirates sein mit der LIGA. Das ist gute Tradition, dass man sich miteinander, untereinander abspricht, wie zum Beispiel Träger von Einrichtungen bestimmte Aktionen gestalten wollen, wie Pflegesatzverhandlungen geführt werden und, und, und. Die Männer und Frauen im Landesseniorenbeirat wissen ganz genau, was sie wollen, warum sie es wollen, und es ist abgestimmt, wie sie es tun. Und sie wissen auch ganz genau, warum sie wann wen als Berater an ihre Seite holen und warum wann wen nicht.

(Harry Glawe, CDU: Tja.)

Wir sollten also, wenn wir die Rechte der Seniorinnen und Senioren stärken wollen, wenn wir ihre Verbände und Vereine stärken wollen, akzeptieren, wie der Landesseniorenbeirat zusammengesetzt ist und wie sie zu ihrem Austausch kommen, zu ihrer Aktion kommen, zu ihren Beschlüssen finden. Das hat sich lange bewährt und ich denke, es hat sich noch niemand zu beschweren brauchen, dass er außen vor gelassen wurde.

Des Weiteren finden Sie in unserem Änderungsantrag das Problem der finanziellen Ausstattung. Vom 1. Altenparlament an durchgezogen bis zu dem bisher letzten wurde immer davon gesprochen, dass der Landesseniorenbeirat eine Geschäftsstelle braucht, in der eine Person hauptamtlich koordinierend tätig ist. Noch nie war die Finanzierung, der Zuschuss durch das Land auskömmlich. Immer schon mussten die Seniorinnen und Senioren einen großen Teil ihrer Arbeitszeit dazu verwenden, Gelder zusammenzusammeln, um das finanzieren zu können. Wir haben mehrmals angemahnt, die Finanzierung auskömmlich zu gestalten. Wir haben niemals als Fraktion DIE LINKE eine Antwort bekommen, warum es nicht gemacht wird. Es wurde gar keine Diskussion zugelassen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh!)

sodass man vielleicht hätte denken können, es werden Millionen von Geldern gebraucht. Das ist es nicht. Es sind ein paar Hundert Euro pro Jahr. Pro Jahr, nicht pro Monat!

Wenn wir Rechte stärken wollen, sollte man auch auf den Landesseniorenbeirat hören, wenn er bestimmte Dinge festgezurr hat, weil er sie möchte. Es ist hinderlich und gar nicht gut, dass der Wille des Landesseniorenbeirates, ungefähr alle zwei Jahre, so, wie es dann im Gesetz verankert ist, hier Bericht zu erstatten beziehungsweise durch die Landesregierung Bericht zu erstatten darüber, was sie getan haben, und die Landesregierung aufzufordern, diesen Bericht dann sehr schnell an das Parlament weiterzuleiten, damit Empfehlungen, Hinweise, Ratschläge aufgenommen werden können für unsere Arbeit in der Seniorenpolitik, dass dieser Satz wieder rausgefallen ist. Das halten wir nicht für gut.

Ein besonderes Wort noch zu der CDU.

(Harry Glawe, CDU: Anwesend.)

Herr Rühls, Ihre Worte, die Sie hier gesprochen haben, waren positiv, das Seniorenmitwirkungsgesetz ist ja auch positiv. Meine Damen und Herren von der CDU, dazu gehört aber auch, dass Sie mit Ihren Bürgermeistern im Land sprechen, dass Sie mit Ihren Landräten im Land sprechen und dafür werben, dass auf kommunaler Ebene Seniorenbeiräte, oder wie sie auch immer heißen

mögen, keine Truppenteile sind, die da irgendwo in was reinreden wollen, sondern ein wichtiges demokratisches Gremium, das gerade bei unserer demografischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern sehr wichtig ist und

(Harry Glawe, CDU: Sie sind schlecht informiert, Frau Kollegin.)

sehr viele Hinweise gibt.

Ich bin ganz besonders gut informiert, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Überhaupt nicht! Überhaupt nicht!)

Vor allem bei Ihnen im Landkreis bin ich darüber informiert. Tut mir leid, ich fahre eben mal zu den Seniorenbeiräten vor Ort.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das muss Ihnen doch nicht leid tun, Frau Müller. – Harry Glawe, CDU: Das machen Sie mal!)

Und da muss ich auch an die FDP sagen,

(Harry Glawe, CDU: Es gibt einen Kreissenorenbeirat.)

FDP-Mandatsträger sind erschüttert, regelrecht erschüttert.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Gibt es, ja, aber Sie müssen sie auch unterstützen.

(Harry Glawe, CDU: Ich weiß gar nicht, was Ihnen noch fehlt hier.)

Es gibt regelrecht erschüttertes Hauptschütteln darüber, wie Sie hier agieren. Es gibt FDP-Mandatsträger auf der Insel Rügen,

(Toralf Schnur, FDP: Irene, sagen Sie es doch mal, Mandatsträger.)

die können zum Beispiel überhaupt nicht verstehen, wie Sie hier agieren, überhaupt nicht.

(Toralf Schnur, FDP: Mehrzahl. Dann sagen Sie es mal.)

Auch Mitglieder aus dem Seniorenbeirat in Neubrandenburg,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

auch der Vorsitzende aus Neubrandenburg versteht überhaupt nicht,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

wie Sie hier als FDP agieren. Unterstützen Sie bitte die mit ihrem Mandat schon arbeitenden älteren Frauen und Männer in den Seniorenbeiräten, indem Sie auch dieses Gesetz vertreten und diese Mitwirkung wollen, ansonsten verstehen die einfach die Welt nicht mehr. Sie tun etwas, was sie überhaupt nicht wollen. Was soll das?

Unterm Strich kann ich nur dafür werben, dass Sie unseren Änderungsantrag noch mal ganz genau durchlesen

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und feststellen, so, wie wir das schon lange festgestellt hatten, dass das wichtige Dinge sind, die wir doch noch einmal aufgeschrieben haben, die Sie zwar nicht mit uns diskutieren wollten, die aber trotzdem für unsere Fraktion als wichtig erscheinen. Wenn Sie unsere Anträge

ablehnen, immer unter der Prämisse, sie sind für uns sehr wichtig, enthalten wir uns der Stimme. Herr Rühs, nur das ist Grund für unsere Enthaltung,

(Harry Glawe, CDU: Sie sind wenig informiert, Frau Müller.)

nicht, weil wir das Gesetz schlecht finden, sondern weil wir finden, dass wichtige Dinge, sehr wichtige Dinge, wie zum Beispiel die Finanzierung, einfach nicht so formuliert sind, wie wir das haben möchten. Stimmen Sie also bitte unserem Änderungsvorschlag zu und wir stimmen auch insgesamt dem Gesetz zu. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na ja, Frau Müller.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnet! Ich will das heute alles ein bisschen straffen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gute Idee, ja. Wunderbar.)

Wenn man sich jetzt die Ausführungen von der Kollegin Müller anguckt, kann man titeln: Die Opposition DIE LINKE unterstützt im vollem Umfang die Seniorenpolitik

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, krittelt an Einzelheiten, aber im Grunde genommen geht alles in die richtige Richtung,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

das ist das, und unterstützt natürlich auch die Ministerin.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das kann man gefälliger ausdrücken, aber das kommt schon hin.)

Das ist das, was wir heute zu hören bekommen haben, denn die Dinge sind genannt worden, sie sind vorgetragen worden.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wir realisieren das, und zwar in einer guten Art und Weise, was seit Langem durch die Seniorenorganisationen gefordert wird.

(Irene Müller, DIE LINKE: Richtig.)

So ist das. Wir realisieren das,

(Irene Müller, DIE LINKE: Das hätten wir schon vor acht Jahren haben können. – Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

was schon lange gefordert worden ist.

Und wenn man sich die Situation noch mal vor Augen führt und wenn man sich noch mal daran erinnert, was in der Anhörung vorgetragen worden ist, dann gab es auf der einen Seite aus den betroffenen Organisationen in vollem Umfang Zustimmung für das Projekt.

(Irene Müller, DIE LINKE: Na klar, weil es das VS-Gesetz ist. Meine Güte! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Es gab andere Organisationen wie beispielsweise der Städte- und Gemeindegtag, die aus mir nicht erklärlichen Gründen letztendlich ein solches Projekt irgendwie abgelehnt haben. Ich kann es bis heute nicht verstehen,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

weil das Argument, dass man sagt, die Leute können sich alle in die kommunalen Gremien einbringen und können sich in die kommunalen Parlamente wählen lassen, ist sicherlich richtig. Das machen ja auch viele von denen und nehmen ein kommunales Mandat wahr, sind aber trotzdem im Seniorenbeirat der jeweiligen Kommune tätig, weil die Tätigkeit in Seniorenbeiräten eine ganz spezifische ist. Es gibt bestimmte Projekte, die zeitlich befristet sind, die realisiert werden. Es gibt Umfragen, die durch die Seniorenbeiräte organisiert werden, und es ist eine gezielte Politik, eine gezielte Politik für eine älter werdende Gesellschaft. Und das muss man zur Kenntnis nehmen und es mal umsetzen.

Und natürlich, Frau Müller, haben Sie recht, wenn Sie sagen, mehr Geld ist immer besser, und je besser eine Geschäftsstelle ausgestattet ist, desto mehr kann sie letztendlich auch leisten. Aber man muss natürlich auch mal ein Stück weit dabei in Betracht ziehen, welche Möglichkeiten haben wir denn im Land Mecklenburg-Vorpommern. Und wenn man das mal ins Verhältnis setzt zu dem, was andere machen, dann sind wir nicht nur neben Berlin das einzige Bundesland, was ein solches Seniorenmitwirkungsgesetz verabschiedet, wir sind auch bei der Zurverfügungstellung von Finanzen beispielgebend für die gesamte Bundesrepublik.

(Irene Müller, DIE LINKE: Deshalb kann es trotzdem auskömmlich sein.)

Und die von Ihnen vorgetragene Kritik, dass die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege darin nichts zu suchen hat, das kann man so und so bewerten. Die LIGA ist als Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege die Organisation, die am meisten mit Angeboten, auch mit institutionellen Angeboten von Senioren zu tun hat, und wenn die da irgendwo mit am Tisch sitzen

(Irene Müller, DIE LINKE: Wohlfahrtspflege ist was anderes, das wissen Sie ganz genau.)

und auch ihren Beitrag leisten und mitdiskutieren, dann finde ich das durchaus eine vernünftige Geschichte.

Aber, meine Damen und Herren, ich würde gerne Ihre Aufmerksamkeit noch auf einen anderen Gesichtspunkt lenken und das ist das Verhalten der FDP an der Stelle.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das ist sehr bemerkenswert.)

Wir haben explizit eine Vertreterin der FDP-Seniorenorganisation im Ausschuss gehabt, die entschlossen und sogar feurig vorgetragen hat, wie sehr von ihr und ihrer Organisation – die Dame kam aus Rostock – dieses Seniorenmitwirkungsgesetz unterstützt wird, für wie richtig sie das halten und dass sie überhaupt kein Verständnis dafür hat, dass die FDP hier im Landtag sich an der Stelle ablehnend verhält, überhaupt kein Verständnis dafür. Auch die FDP scheint letztendlich nicht das zur Kenntnis zu nehmen, was ihre Seniorenorganisationen beim Thema „Mitbestimmung und Partizipation“ fordern. Das ist irgendwie eine Sache, die kann ich nicht so richtig nachvollziehen. Irgendwo sollte sich auch da Sachverstand durchsetzen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

und man sollte letztendlich sich dazu durchringen, solche guten Dinge dann mit durchzutragen.

Wir haben heute schon eine lange Debatte hinter uns. Ich will an dieser Stelle schließen und bitte Sie um Zustimmung für die Beschlussempfehlung und den Bericht des Sozialausschusses. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie wäre es in Zeiten der Abwanderung junger Menschen mit einem Jugendmitwirkungsgesetz im Land, fragte zu Recht der Schweriner Jurist Peter Kramer in der Anhörung des Sozialausschusses zum Seniorenmitwirkungsgesetz. Das Gegeneinander der Generationen und unterschiedlichen Gruppen in unserem Volk geht also weiter. Verantwortlich hierfür ist die Landesregierung. Einerseits will sie den Senioren hier im Land mit einem Gesetz Pseudorechte einräumen, die unter dem Strich aber nicht wirklich etwas für die Senioren bewirken, denn sie sind weiterhin auf das Wohlwollen der Landesregierung angewiesen. Wann, Frau Schwesig, wenn Sie mal nicht auf dem Christopher Street Day herumtanzen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie können ja auch mal hingehen. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

wann, Frau Schwesig, kommt also das Familienmitwirkungsgesetz, das Erwerbslosenmitwirkungsgesetz, das Alleinstehendenmitwirkungsgesetz, das Arbeitnehmer- und/oder Unternehmermitwirkungsgesetz?

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
und Angelika Peters, SPD)

Mit Ihrem Gesetzeswahn bürokratisieren Sie unser Land kaputt, Frau Schwesig.

Die NPD-Fraktion hatte schon damals darauf hingewiesen, welche Wechselwirkungen erzeugt werden können, wenn man dem Landesseniorenbeirat im Vergleich zu anderen Interessengruppen im Land eine herausgehobene Stellung in Form von Sonderrechten gewährt.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das sind keine
Sonderrechte, das sind einfach Rechte.)

Dieses Gesetz steht offenkundig im Widerspruch zur Landesverfassung und auch zum Grundgesetz. Sind denn nicht alle Bürger gleich zu behandeln?

(Irene Müller, DIE LINKE: Nein, ungleich,
damit sie die gleiche Teilhabe haben.)

In der Landesverfassung ist bekanntermaßen unter anderem verankert, dass beispielsweise nur die Landtagsabgeordneten, die Landesregierung und Volksinitiativen Gesetze in den Landtag einbringen können. Den genannten Widerspruch sollte die Sozialministerin aufklären. Ihr gelang das allerdings in keiner Weise. Dieses Gesetz verbessert nicht die Situation für die vielen Senioren in unserem Land, denn die Mehrheit der Senioren ist ja noch nicht mal im Landesseniorenbeirat organisiert.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Dieses Gesetz wird die Senioren nicht vor den fatalen Folgen der Politik der LINKEN, der SPD, der CDU und der FDP bewahren.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Die NPD-Fraktion bleibt daher bei ihrer Ablehnung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schnur von der Fraktion der FDP.

Toralf Schnur, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Zusammenhang mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz möchte ich noch mal ausdrücklich darauf hinweisen, Herr Heydorn, dass dadurch, dass man Unwahrheiten stetig wiederholt, sie nicht richtig werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Michael Rooff, FDP: Jawohl.)

Dies gilt insbesondere für die immer wiederkehrende Falschbehauptung, die FDP im Landtag würde eine andere Auffassung vertreten als die FDP außerhalb des Landtages. Ich will darauf hinweisen, dass ...

(Angelika Peters, SPD: Dann fragen
Sie doch mal die Zuschauer da hinten!)

Ich will darauf hinweisen, dass wir beim Seniorenmitwirkungsgesetz in der Landespartei eine ganz glasklare Beschlusslage haben.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und wenn Sie sich zwei, gegebenenfalls drei Beispiele herausuchen, dann mag das für Sie von Vorteil sein oder von mir aus auch eine gewisse Genugtuung bewirken, dass wir an der Stelle vielleicht nicht 100 Prozent geschlossen sind. Aber wie wir heute gesehen haben, gibt es ja auch andere Sachfragen, wo das in Ihrer Partei ähnlich ist.

Lassen Sie mich an der Stelle noch mal explizit zum Seniorenmitwirkungsgesetz kommen. Wir haben heute in der Zweiten Lesung den Entwurf dieses Gesetzes vorliegen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wozu benötigt eigentlich die größte Wählergruppe in Mecklenburg-Vorpommern besondere Rechte zur Wahrung ihrer Interessen?

(Irene Müller, DIE LINKE: Hätten Sie
mal zugehört, dann wüssten Sie es.)

Die Antwort ist im Grunde genommen genauso einfach und übrigens auch nahe liegend: Sie braucht überhaupt keine Sonderrechte, denn, so ist es zumindest das Verständnis unserer parlamentarischen Demokratie,

(Angelika Peters, SPD: Haben Sie eine eigene?)

ihre Interessensvertretung ist mit den Volksvertreterwahlen ausreichend abgesichert und man sieht es ja auch regelmäßig

(Irene Müller, DIE LINKE:
Wissen Sie, was Herr Grabow beim
letzten Altenparlament gesagt hat?)

an der Wahlbeteiligung und ...

Ja, Frau Müller, Sie brauchen auch nicht immer hier mit mir um die Wette zu schreien.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Doch, doch, das muss ich.)

Erstens habe ich ein Mikrofon und zweitens werden Ihre Aussagen dadurch auch nicht richtiger.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Doch. Herr Grabow hat sich für das
Seniorenmitwirkungsgesetz ausgesprochen.)

An der Stelle will ich Ihnen nur Folgendes sagen: ...

Frau Müller, von mir aus brüllen Sie hier noch den ganzen Tag weiter, selbst wenn Schluss ist.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Gucken Sie sich das mal an!)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben auch das Problem oder vielmehr eigentlich den Vorteil, dass wir bereits aktive Senioren haben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Und Seniorinnen. So viel Zeit muss sein.)

Die nehmen doch bereits am Leben teil. In den kommunalen Parlamenten sind es doch gerade die Senioren, die dort vertreten sind und die sich dort aktiv mit ihrer Stimme und ihren Interessen einbringen können.

Auch die Anhörung im Sozialausschuss, zumindest hat es mir der Kollege Grabow so berichtet, konnte diese Mängel im Gesetzentwurf jedenfalls nicht ausräumen. Bis heute bestehen daher erhebliche, übrigens auch fortwährende verfassungsrechtliche Bedenken.

(Irene Müller, DIE LINKE: So, so.)

Warum fordern denn die Seniorinnen und Senioren überhaupt ein Mitwirkungsgesetz? Die Senioren wollen, ich habe es eben angedeutet, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben und an der Gestaltung ihres eigenen Lebensumfeldes intensiv beteiligt werden. Das ist aufgrund ihrer Lebenserfahrung auch wichtig. Aber was fehlt in unserer Gesellschaft, ist die Akzeptanz des Wertes dieser Lebenserfahrung. In vielen gesellschaftlichen Belangen haben gerade die vielen ehrenamtlichen Senioren das Gefühl, dass es an Respekt und Akzeptanz für ihre Positionen und Erfahrungen mangelt. Aber ein Seniorenmitwirkungsgesetz wird an dieser Situation nichts ändern. Die Akzeptanz für die Ideen der Senioren muss in den Köpfen stattfinden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Sie lässt sich nicht per Gesetz festschreiben oder per Sonntagsreden verordnen, auch wenn die LINKEN das immer und immer wieder hervortun. Daher müssen wir uns auf die gesellschaftlichen Grundwerte besinnen und einen toleranten und offenen Umgang der Generationen miteinander fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Irene Müller, DIE LINKE: Richtig. Und
dann schafft man die Rahmenbedingungen.)

Das vorliegende Seniorenmitwirkungsgesetz hingegen spielt die Generationen gegeneinander aus,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

indem es ausschließlich den Senioren Sonderrechte einräumt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Es führt gerade dazu, dass kein Generationendialog erreicht wird, sondern vielmehr ein Generationenkonflikt provoziert wird.

(Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD)

Dieses Gesetz ist der hilflose Versuch der Regierung, einzelne Wählergruppen durch Privilegien positiv zu stimmen, ohne dabei selbst ernsthafte Antworten auf gesellschaftliche Prozesse geben zu können. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch unter dem Eindruck des Lachens von Herrn Heydorn, lehnen wir natürlich dieses Gesetz ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in Mecklenburg-Vorpommern – Seniorenmitwirkungsgesetz M-V, Drucksache 5/3094. Der Sozialausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 5/3602 anzunehmen.

Ich rufe auf den Paragraphen 1 ...

(Irene Müller, DIE LINKE:
Halt, Änderungsantrag! –
Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Kommt doch noch.)

Hierzu nicht.

Ich rufe auf den Paragraphen 1 entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Paragraph 1 entsprechend der Beschlussempfehlung bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktion der FDP und der NPD, einigen Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE und einigen Zustimmungen der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 2 entsprechend der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3630, soweit er den Paragraphen 2 betrifft, vor. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3630, soweit er den Paragraphen 2 betrifft, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Wer dem Paragraphen 2 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Paragraph 2 entsprechend der Beschlussempfehlung bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, Ablehnung der Fraktion der FDP und der NPD und Enthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 3 entsprechend der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3630, soweit er den Paragraphen 3 betrifft, vor. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit

ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3630, soweit er den Paragraphen 3 betrifft, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Wer dem Paragraphen 3 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Paragraph 3 entsprechend der Beschlussempfehlung bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung der Fraktion der FDP und der NPD und Enthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 4 entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Paragraph 4 entsprechend der Beschlussempfehlung bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und CDU, einer Stimme der Fraktion DIE LINKE, Ablehnung der Fraktion der FDP und der NPD und Enthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 5 entsprechend der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3630, soweit er den Paragraphen 5 betrifft, vor. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3630, soweit er den Paragraphen 5 betrifft, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Wer dem Paragraphen 5 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Paragraph 5 entsprechend der Beschlussempfehlung bei Zustimmung der Fraktion der SPD und der CDU, Ablehnung der Fraktion der FDP und der NPD und Enthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 6 entsprechend der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3630, soweit er den Paragraphen 6 betrifft, vor. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3630, soweit er den Paragraphen 6 betrifft, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Wer dem Paragraphen 6 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Paragraph 6 entsprechend der Beschlussempfehlung bei einer Stimme der Fraktion DIE LINKE, Zustimmung der SPD, der CDU, Ablehnung der Fraktionen der FDP und NPD, ansonsten Enthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 7 entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Paragraph 7

entsprechend der Beschlussempfehlung bei Zustimmung der Fraktion der SPD und der CDU, der Fraktion DIE LINKE, Ablehnung der Fraktion der FDP und der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 8 entsprechend der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3630, soweit er den Paragraphen 8 betrifft, vor. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3630, soweit er den Paragraphen 8 betrifft, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, aber Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Wer dem Paragraphen 8 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Paragraph 8 entsprechend der Beschlussempfehlung bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, Ablehnung der Fraktion der FDP und der NPD und Enthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf die Paragraphen 9 bis 11 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit sind die Paragraphen 9 bis 11 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE, aber Ablehnung der Fraktion der FDP und der NPD angenommen.

(Angelika Peters, SPD: Und bei einer Stimmenthaltung bei der Fraktion DIE LINKE.)

Eine Stimmenthaltung bei der Fraktion DIE LINKE, ich ergänze das damit.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses auf Drucksache 5/3602 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses auf Drucksache 5/3602 bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, Ablehnung der Fraktion der FDP und der NPD und Enthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Ralf Grabow hat am Abstimmungsverfahren nicht teilgenommen und gibt gemäß Paragraph 96 unserer Geschäftsordnung eine Erklärung ab.

Ich erteile dem Abgeordneten Ralf Grabow das Wort.

Ralf Grabow, FDP: Ja, ja, so ist das immer mit den letzten Rednern.

Herr Präsident, auch wenn ich mich jetzt unbeliebt mache, ich habe dieses Mittel der Einrede.

(Toralf Schnur, FDP: Bei uns machst du dich gerade unbeliebt.)

Ja, das macht nichts, Toralf, man muss zu seinen Einstellungen stehen dürfen.

Seit 1986 engagiere ich mich selbst im Ehrenamt.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie können mir also getrost glauben, wenn ich Ihnen versichere, dass ich sehr genau weiß, welche Nöte und Sorgen ehrenamtliche Mitglieder haben. Sie können mir glauben, ich bin im Behindertenbeirat der Hansestadt Rostock viele Jahre. Also lag es mir auch am Herzen, ein Seniorenmitwirkungsgesetz mitzudiskutieren und es mit auf die Reise zu schicken. Nur das vorliegende, was wir hatten, war mit so viel, ich sage es mal, Fehlern will ich nicht sagen, aber es ging einfach nicht in die richtige Richtung.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Es ging nach hinten los, was?!)

Und ich möchte an dieser Stelle natürlich sagen, weil Herr Heydorn uns als FDP angesprochen hat, wir haben uns schon mit dem Thema beschäftigt, aber wir haben auch Parteitagebeschlüsse und die muss man tolerieren.

(Zurufe aus dem Plenum: He!)

Das ist einfach so.

(allgemeine Unruhe und Heiterkeit –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und da ich das auf dem Altenparlament auch so deutlich angesagt habe, stehe ich nach wie vor für die Senioren zur Verfügung.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Persönliche Erklärung?)

Ja, Sie können sich gerne aufregen darüber, aber mir war es wichtig, an dieser Stelle dies auch noch mal deutlich rüberzubringen, da ich mich auch beim 6. Altenparlament so dafür eingesetzt habe, aber leider führten manche Sachen dazu, dass wir es nicht so diskutieren können. – Danke.

(Jörg Heydorn, SPD: Da hatten Sie eine
Amnesie. Da hatten Sie Ihren Parteitage-
beschluss nicht so richtig vor Augen.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Grabow.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 8. Juli 2010, 9.00 Uhr ein.

Nach diesen hitzigen Debatten am heutigen Tag, meine Damen und Herren,

(Heinz Müller, SPD: Ging doch alles.)

würde ich mich freuen, wenn wir uns alle beim anschließenden Sommerfest in entspannter Atmosphäre wiedersehen. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18.01 Uhr

Namentliche Abstimmung

über den Änderungsantrag des Abgeordneten Sebastian Ratjen, Fraktion der FDP

– Drucksache 5/3639 –

Jastimmen

SPD

Dr. Zielenkiewitz, Gerd

CDU

Liskow, Egbert
Rühs, Günter

FDP

Grabow, Ralf
Kreher, Hans
Leonhard, Gino
Ratjen, Sebastian
Reese, Sigrun
Schnur, Toralf

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund Frank
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino

Neinstimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Heydorn, Jörg
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret

Sellering, Erwin
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried

CDU

Dr. Born, Ulrich
Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Lochner-Borst, Ilka
Löttge, Mathias
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Ringguth, Wolf-Dieter
Schlupp, Beate
Seidel, Jürgen
Specht, André
Stein, Peter
Dr. von Storch, Henning
Timm, Udo
Vierkant, Jörg
Waldmüller, Wolfgang

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Borchardt, Barbara
Griese, Wolfgang
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Dr. Linke, Marianne
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Dr. Methling, Wolfgang
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	69
Gültige Stimmen	69
Jastimmen	14
Neinstimmen	55
Enthaltungen	-

Namentliche Abstimmung

über den Änderungsantrag des Abgeordneten Gino Leonhard, Fraktion der FDP

– Drucksache 5/3606 –

Jastimmen

FDP

Grabow, Ralf
Leonhard, Gino
Reese, Sigrun

Rühs, Günter
Schlupp, Beate
Seidel, Jürgen
Specht, André
Stein, Peter
Dr. von Storch, Henning
Timm, Udo
Vierkant, Jörg
Waldmüller, Wolfgang

Neinstimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Heydorn, Jörg
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Borchardt, Barbara
Griese, Wolfgang
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Dr. Linke, Marianne
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Dr. Methling, Wolfgang
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

FDP

Kreher, Hans
Schnur, Toralf

Enthaltungen

FDP

Ratjen, Sebastian
Roolf, Michael

CDU

Dr. Born, Ulrich
Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Löttge, Mathias
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Ringguth, Wolf-Dieter

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund Frank
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	70
Gültige Stimmen	70
Jastimmen	3
Neinstimmen	60
Enthaltungen	7

Namentliche Abstimmung

über Artikel 1 Paragraf 5 des Gesetzentwurfes der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Kreisstrukturgesetz)

– Drucksache 5/2683 –

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses

– Drucksache 5/3599 –

Jastimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Heydorn, Jörg
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

CDU

Dr. Born, Ulrich
Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Löttge, Mathias
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Ringguth, Wolf-Dieter
Rühs, Günter
Schlupp, Beate
Seidel, Jürgen
Specht, André
Stein, Peter
Dr. von Storch, Henning

Timm, Udo
Vierkant, Jörg
Waldmüller, Wolfgang

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Borchardt, Barbara
Griese, Wolfgang
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Dr. Linke, Marianne
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Dr. Methling, Wolfgang
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

Neinstimmen

FDP

Grabow, Ralf
Kreher, Hans
Ratjen, Sebastian
Reese, Sigrun
Roof, Michael
Schnur, Toralf

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund Frank
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino

Enthaltungen

FDP

Leonhard, Gino

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	70
Gültige Stimmen	70
Jastimmen	58
Neinstimmen	11
Enthaltungen	1

Namentliche Abstimmung

über den Änderungsantrag des Abgeordneten Peter Ritter, Fraktion DIE LINKE

– Drucksache 5/3601 –

den Änderungsantrag der Abgeordneten Sigrun Reese, Fraktion der FDP

– Drucksache 5/3607 –

den Änderungsantrag der Fraktion der NPD

– Drucksache 5/3627 –

und den Änderungsantrag der Abgeordneten Beate Schlupp, Fraktion der CDU

– Drucksache 5/3631 –

Anklam (5/3601, 5/3607, 5/3627)

SPD

Dr. Backhaus, Till
Müller, Detlef
Peters, Angelika
Dr. Seemann, Margret
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

CDU

Kokert, Vincent
Reinhardt, Marc
Seidel, Jürgen
Dr. von Storch, Henning

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Borchardt, Barbara
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Dr. Linke, Marianne
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Dr. Methling, Wolfgang
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

FDP

Grabow, Ralf
Kreher, Hans
Leonhard, Gino
Reese, Sigrun
Roof, Michael
Schnur, Toralf

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund Frank
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino

Pasewalk (5/3631)

CDU

Schlupp, Beate

Neinstimmen

SPD

Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard

Heydorn, Jörg
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried

CDU

Dr. Born, Ulrich
Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Lenz, Burkhard
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Löttge, Mathias
Renz, Torsten
Ringguth, Wolf-Dieter
Rühs, Günter
Specht, André
Timm, Udo
Vierkant, Jörg
Waldmüller, Wolfgang

DIE LINKE

Griese, Wolfgang

FDP

Ratjen, Sebastian

Enthaltungen

SPD

Baunach, Norbert

CDU

Stein, Peter

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	70
Gültige Stimmen	70
Anklam	32
Pasewalk	1
Neinstimmen	35
Enthaltungen	2

Namentliche Abstimmung

über Artikel 1 Paragraf 6 des Gesetzentwurfes der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Kreisstrukturgesetz)

– Drucksache 5/2683 –

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses

– Drucksache 5/3599 –

Jastimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Heydorn, Jörg
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

CDU

Dr. Born, Ulrich
Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Löttge, Mathias
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Ringguth, Wolf-Dieter
Rühs, Günter
Schlupp, Beate
Seidel, Jürgen
Specht, André
Stein, Peter
Dr. von Storch, Henning
Timm, Udo
Vierkant, Jörg
Waldmüller, Wolfgang

FDP

Ratjen, Sebastian

Neinstimmen

SPD

Dankert, Reinhard

DIE LINKE

Borchardt, Barbara
Griese, Wolfgang
Holter, Helmut
Dr. Linke, Marianne
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Dr. Methling, Wolfgang
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

FDP

Kreher, Hans
Reese, Sigrun
Roof, Michael
Schnur, Toralf

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund Frank
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino

Enthaltungen

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Koplin, Torsten

FDP

Grabow, Ralf
Leonhard, Gino

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	70
Gültige Stimmen	70
Jastimmen	45
Neinstimmen	21
Enthaltungen	4

Namentliche Abstimmung

über den Änderungsantrag der Abgeordneten Toralf Schnur,
Michael Roof und Gino Leonhard, Fraktion der FDP

– Drucksache 5/3604 –

den Änderungsantrag der Abgeordneten Wolf-Dieter Ringguth,
Jürgen Seidel, Fraktion der CDU, und Rudolf Borchert, Fraktion der SPD

– Drucksache 5/3624 –

und den Änderungsantrag der Abgeordneten Vincent Kokert, Fraktion der CDU,
und Dr. Klaus-Michael Körner, Fraktion der SPD

– Drucksache 5/3633 –

Waren (Müritz) (5/3604, 5/3624)

SPD

Borchert, Rudolf
Dr. Timm, Gottfried

CDU

Ringguth, Wolf-Dieter
Seidel, Jürgen

DIE LINKE

Müller, Irene

FDP

Grabow, Ralf
Leonhard, Gino
Reese, Sigrun
Roof, Michael
Schnur, Toralf

CDU

Dr. Zielenkiewitz, Gerd

Dr. Born, Ulrich
Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Renz, Torsten
Rühs, Günter
Specht, André
Stein, Peter
Dr. von Storch, Henning

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Borchardt, Barbara
Griese, Wolfgang
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Dr. Linke, Marianne
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Dr. Methling, Wolfgang
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

FDP

Kreher, Hans

Neustrelitz (5/3633)

SPD

Dr. Körner, Klaus-Michael

CDU

Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Löttge, Mathias
Reinhardt, Marc
Timm, Udo
Vierkant, Jörg

FDP

Ratjen, Sebastian

Neinstimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Heydorn, Jörg
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina

Enthaltungen

CDU

Schlupp, Beate
Waldmüller, Wolfgang

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund Frank
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	70
Gültige Stimmen	70
Waren (Müritz)	10
Neustrelitz	8
Neinstimmen	45
Enthaltungen	7

Namentliche Abstimmung

über Artikel 1 Paragraf 7 des Gesetzentwurfes der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Kreisstrukturgesetz)

– Drucksache 5/2683 –

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses

– Drucksache 5/3599 –

Jastimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Heydorn, Jörg
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

CDU

Dr. Born, Ulrich
Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Löttge, Mathias
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Rühs, Günter
Schlupp, Beate
Seidel, Jürgen
Specht, André
Stein, Peter
Dr. von Storch, Henning
Timm, Udo
Vierkant, Jörg
Waldmüller, Wolfgang

DIE LINKE

Borchardt, Barbara
Griese, Wolfgang
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Dr. Methling, Wolfgang
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

Neinstimmen

SPD

Dr. Körner, Klaus-Michael

DIE LINKE

Müller, Irene

FDP

Kreher, Hans
Ratjen, Sebastian
Reese, Sigrun
Roolf, Michael
Schnur, Toralf

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund Frank
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino

Enthaltungen

CDU

Ringguth, Wolf-Dieter

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Dr. Linke, Marianne

FDP

Grabow, Ralf
Leonhard, Gino

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	70
Gültige Stimmen	70
Jastimmen	53
Neinstimmen	12
Enthaltungen	5

Namentliche Abstimmung

über den Änderungsantrag der Abgeordneten Detlef Müller, Dr. Margret Seemann,
Dr. Till Backhaus, Fraktion der SPD, Gabriele Měšťan, Fraktion DIE LINKE,
und Dr. Armin Jäger, Fraktion der CDU

– Drucksache 5/3603 –

den Änderungsantrag der Abgeordneten Toralf Schnur,
Michael Roolf und Gino Leonhard, Fraktion der FDP

– Drucksache 5/3605 –

und den Änderungsantrag der Fraktion der NPD

– Drucksache 5/3628 –

Ludwigslust

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Dankert, Reinhard
Müller, Detlef
Peters, Angelika
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Dr. Seemann, Margret
Dr. Timm, Gottfried
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

CDU

Dr. Born, Ulrich
Dr. Jäger, Armin
Dr. von Storch, Henning

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Dr. Methling, Wolfgang
Ritter, Peter
Dr. Tack, Fritz

FDP

Grabow, Ralf
Leonhard, Gino
Reese, Sigrun
Roolf, Michael
Schnur, Toralf

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund Frank
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino

Neinstimmen

SPD

Brodkorb, Mathias
Heydorn, Jörg
Dr. Körner, Klaus-Michael

Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schwarz, Thomas
Selling, Erwin

CDU

Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Löttge, Mathias
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Ringguth, Wolf-Dieter
Rühs, Günter
Schlupp, Beate
Seidel, Jürgen
Specht, André
Stein, Peter
Timm, Udo
Vierkant, Jörg
Waldmüller, Wolfgang

DIE LINKE

Borchardt, Barbara
Griese, Wolfgang
Dr. Linke, Marianne
Müller, Irene
Schwebs, Birgit

FDP

Kreher, Hans
Ratjen, Sebastian

Enthaltungen

SPD

Tegtmeier, Martina

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	70
Gültige Stimmen	70
Ludwigslust	34
Neinstimmen	35
Enthaltungen	1

Namentliche Abstimmung

über Artikel 1 Paragraf 8 des Gesetzentwurfes der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Kreisstrukturgesetz)

– Drucksache 5/2683 –

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innenausschusses

– Drucksache 5/3599 –

Jastimmen

SPD

Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Heydorn, Jörg
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schwarz, Thomas
Selling, Erwin

CDU

Dr. Born, Ulrich
Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Löttge, Mathias
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Ringguth, Wolf-Dieter
Rühs, Günter
Schlupp, Beate
Seidel, Jürgen
Specht, André
Stein, Peter
Dr. von Storch, Henning
Timm, Udo
Vierkant, Jörg
Waldmüller, Wolfgang

DIE LINKE

Borchardt, Barbara
Griese, Wolfgang
Koplin, Torsten
Dr. Linke, Marianne
Müller, Irene
Schwebs, Birgit

Neinstimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Müller, Detlef
Dr. Seemann, Margret
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

DIE LINKE

Holter, Helmut
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Dr. Methling, Wolfgang
Ritter, Peter
Dr. Tack, Fritz

FDP

Grabow, Ralf
Kreher, Hans
Leonhard, Gino
Ratjen, Sebastian
Reese, Sigrun
Roof, Michael
Schnur, Toralf

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund Frank
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino

Enthaltungen

SPD

Peters, Angelika
Schulte, Jochen
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried

DIE LINKE

Bluhm, Andreas

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	70
Gültige Stimmen	70
Jastimmen	41
Neinstimmen	24
Enthaltungen	5

Namentliche Abstimmung

über den Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Kreisstrukturgesetz)

– Drucksache 5/2683 –

in der Fassung der geänderten Beschlussempfehlung des Innenausschusses

– Drucksache 5/3599 –

Jastimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Heydorn, Jörg
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried

CDU

Dr. Born, Ulrich
Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Lochner-Borst, Ilka
Löttge, Mathias
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Ringguth, Wolf-Dieter
Seidel, Jürgen
Specht, André
Stein, Peter
Dr. von Storch, Henning
Vierkant, Jörg
Waldmüller, Wolfgang

Neinstimmen

SPD

Dr. Zielenkiewitz, Gerd

CDU

Liskow, Egbert
Rühs, Günter

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Borchardt, Barbara
Griese, Wolfgang
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Dr. Linke, Marianne
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Dr. Methling, Wolfgang
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

FDP

Grabow, Ralf
Kreher, Hans
Leonhard, Gino
Ratjen, Sebastian
Reese, Sigrun
Roof, Michael
Schnur, Toralf

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund Frank
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	68
Gültige Stimmen	68
Jastimmen	40
Neinstimmen	28
Enthaltungen	-

Namentliche Abstimmung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes über die Zuordnung von Aufgaben im Rahmen der Landkreisneuordnung

– Drucksache 5/2684 –

in der Fassung der geänderten Beschlussempfehlung des Innenausschusses

– Drucksache 5/3600 –

Jastimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Heydorn, Jörg
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried

CDU

Dr. Born, Ulrich
Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Löttge, Mathias
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Ringguth, Wolf-Dieter
Rühs, Günter
Seidel, Jürgen
Specht, André
Stein, Peter
Dr. von Storch, Henning
Vierkant, Jörg
Waldmüller, Wolfgang

Neinstimmen

SPD

Dr. Zielenkiewitz, Gerd

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Borchardt, Barbara
Griese, Wolfgang
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Dr. Linke, Marianne
Dr. Methling, Wolfgang
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

FDP

Grabow, Ralf
Kreher, Hans
Leonhard, Gino
Ratjen, Sebastian
Roof, Michael
Schnur, Toralf

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund Frank
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino

Enthaltungen

CDU

Schlupp, Beate
Timm, Udo

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	67
Gültige Stimmen	67
Jastimmen	42
Neinstimmen	23
Enthaltungen	2